2,50 €

Nr. 13 Juli '04

incipito

Szenezeitschrift für Gartenfreunde und Kaninchenzüchter

Gefahr erkannt...



...Gefahr gebannt!

Inhalt

Inhalt

#13

Impressum

V.i.S.d.P.: H. Lauterbusch
ABO: incipito-abonnement@left-action.de
DRUCK: Eigendruck
Auflage: 2016 Stk.
e-Mail: incipito-kontakt@left-action.de
Post: Bornaische Str. 3d 04277 Leipzig

Editorial

Leipzig ist nicht länger Kandidat für Olympia 2012. Das Internationale Olympische Komitee hat eingesehen, dass der starke Widerstand die Veranstaltung der Olympischen Spiele in Leipzig in ein Desaster verwandelt hätte. Unsere Glückwünsche gehen daher an jene, die mit ihrem unermüdlichen Wirken das Unternehmen „Leipzig 2012" unmöglich gemacht haben. Allen voran geht daher unser Dank an Wolfgang Tiefensee. Leipzigs erster Skinhead hat nicht nur beim Cellospielen konsequent die falschen Töne getroffen, sondern auch beim IOC. Die nächtlichen Anrufe bei namhaften IOC-Mitgliedern erfüllten ohne weiteres den Tatbestand der Nötigung. Wolfgang Tiefensee durchkreuzte erfolgreich die Versuche ein professionelles Olympiateam aufzustellen. Mit Kandidaten wie Dirk Thärichen aus dem Staatssicherheitsdienst der ehemaligen DDR gab er nicht nur der Bewerbung das Antlitz von Hammer und Sichel, sondern ließ auch durch seinen Aparatschik Burkhard Jung, Leipzigs Investitionskapital außer Landes schaffen. Die Redaktion bedankt sich hiermit herzlich beim Genossen Wolfgang für seine tatkräftige Unterstützung.

Weiterhin gilt unser aufrichtiger Dank auch den Bürgerinnen und Bürgern Leipzigs. Mit Demonstrationen, Kirchengebeten und monatelangen Marathonläufen für Olympia haben sie gezeigt, dass es nicht an der Bereitschaft, sondern an der Peinlichkeit Leipzigs scheiterte. Dank ihrem Olympiafundamentalismus und ihrem sozialistischen Führerkult reifte bei den IOC-Vertretern schnell die Erkenntnis, dass Olympia 2012 in Leipzig ein Debakel werden würde.

Wem kein Dank gebührt ist das Anti-Olympische Komitee. Statt einzusehen, dass Leipzig selbst das größte Hindernis für die Bewerbung darstellt, verstopfte es unsere Postfächer mit Texten, Aufrufen, Redebeiträgen und nun auch noch einem Interview in dieser Ausgabe und lähmte diese Szene über ein Jahr mit vielen Veranstaltungen und einer bundesweiten Demonstration. Nachdem das AOK keine Zeitungen, sondern höchstens noch das Archiv des Infoladen ausfüllt, und keine AOK-Aufpasser mehr an den Eingangstüren diverser Läden stehen, um Diskussionen über Leistungssport anzuzetteln, kann die Szene rechtzeitig zur Fußballeuropameisterschaft in Portugal aufatmen.

Aber auch über der heilen Welt des Fußballs ziehen dunkle Wolken auf. So brachte jüngst der holländische Nationalspieler Ruud van Nistelrooy „Rudis Riesen" in Verruf. Zitat: „Hier geht's nicht nur um bisherige Fußball-Duelle, sondern auch um geschichtliche Hintergründe. Vor allem um das, was vor 60 Jahren passiert ist." Deswegen ist es nicht schwer zu verstehen, dass ein Lied zu unserem Rudi seit Wochen in den holländischen Charts auf den vordersten Rängen ist. Hier ein kleiner Textauszug: „Seine Locken sehen aus, wie die von einem Pudel - Weil er so viele Sorgen hat, sieht er aus wie ein Greis - In Portugal spielt er eine Nebenrolle und gewinnt nur den Pudelpreis." Kommt der Fußball auf den Hund? Wenn ihr wollt, dass wir uns diesem Thema in einem Sonderheft widmen, dann schickt einfach einen Brief mit dem Stichwort „Pudel" an die Redaktion und legt 10 € bei. Nicht zu kurz darf unser Fußballkaiser Franz Beckenbauer kommen, der gerade beim ZDF die EM-Spiele analysiert. Nach dem 1:1 gegen Holland stellte er messerscharf fest, dass „die Schwarzen ungemein kopfballstark" seien. Klar, dass unsere „weißen" Jungs da keine Chance haben. Es ist eine Schwäche des Regelwerks, dass der Schiedsrichter Kommentatoren nicht für solche verbalen Fouls einen Platzverweis erteilen kann.

Eine gelbe Karte erhält für uns diesmal auf alle Fälle der neue Schreiberling des Ersten im CEE IEH #111. Nachdem die Rubrik ihre eigentümliche Beliebtheit aus den Hasstiraden gegen das BgR und die Phase 2 zog, erdreistete sich der Autor, diesmal das BgR raushauen zu müssen und schrieb sogar, dass unser geschätzter „Mausebär" auf dem besten Wege zum „Meckeropi" sei. Deswegen ist das obligatorische „BgR-Bashing" diesmal in der Incipito zu finden. Martin D. hat eigens für diesen Zweck seine kostbare Zeit aufgeopfert. Die Rubrik „Wer bricht mit wem" komplettiert dann auch ein Mitglied des BgR, dass die Europakritik seiner Gruppe und der Phase 2 verteidigt. Distanzieren möchten wir uns von einer Schlammschlacht im „Prasses Erben", bei der einem Mitglied des RSL Pädophilie unterstellt wird. Wir fragen uns, warum derartige Debatten in einer öffentlichen Zeitung ausgetragen werden müssen! So braun wie der Acker in Dölitz ist dann auch das Ergebnis der Kommunal- und Europawahlen in Sachsen. Die nationalen Sozialisten der NPD in Sachsen gehören zu den heimlichen Gewinnern. Grund genug für Ares in diesem Heft nach einem Antifaschismus nach der Antifa zu fragen.

Martin (incipito)





Vereint gegen Israel

„Mit einem Appell an Israels Regierung, ihren umstrittenen Sicherheitszaun wieder abzureißen, endete am Samstag die Konferenz „Stop the Wall" in Köln. Zu der Veranstaltung hatten über 20 Friedens- und Palästina-Solidaritätsgruppen eingeladen, unter ihnen die Attac-AG Globalisierung und Krieg, die Ärztevereinigung IPPNW, der Bundesausschuss Friedensratschlag und die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft.

Der im Bau befindliche Grenzzaun schikaniere die palästinensische Bevölkerung und bringe „auf keinen Fall Sicherheit, sondern muss Widerstand hervorbringen", erklärte der israelische Historiker Moshe Zuckermann. Auch Ex-CDU-Arbeitsminister Norbert Blüm kritisierte die Politik der israelischen Regierung.

„Ich kann nicht erkennen, wie man mit Panzerabwehrraketen auf Kinder den Terrorismus bekämpfen kann", sagte Blüm. Für solche Aussagen gab es großen Beifall. Der ließ allerdings jedes Mal merklich nach, wenn Blüm das Existenzrecht Israels verteidigte oder sich vehement gegen palästinensische Selbstmordattentate aussprach. Solche Positionen waren offensichtlich kein Konsens unter den Anwesenden.

Während im Saal nur über gewaltfreie Aktionen diskutiert wurde, ging es am Eingang zu der Konferenz weniger friedlich zu: Dort sorgten Aktivisten der linksextremistischen Kampagne „10 Euro für das irakische Volk im Widerstand", die auch Terroranschläge im Irak befürwortet, als Ordner bisweilen auch handgreiflich dafür, dass vermeintliche „Antideutsche" keinen Einlass bekamen. Dabei attackierten sie auch Journalisten.

An einer pro-israelischen Gegenkundgebung in der Nähe des Veranstaltungsorts nahmen rund 100 Demonstranten teil." (taz, 07.06.04)

Karnevalistischer Antizionismus

Wie jedes Frühjahr wurde auch 2004 in Massenauflage das Programm des Karnevals der Kulturen mit den darin enthaltenen Selbstdarstellungen der beteiligten Gruppen verteilt. Über 70 Initiativen waren beim größten Umzug der Hauptstadt mit einem Wagen, viel Krawall und ihrer je eigenen völkischen Ideologie beteiligt. Allen gemein ist die Klage über den „Verlust an Artenvielfalt bei Pflanzen, Tieren und Menschen". Der Karneval der Kulturen demonstriere gegen eine „Gleichmacherei" der Gattung Mensch und für die „Bewahrung kulturellen Erbes". Unter A führt das „Who is Who" unter anderen das „Aktionsbündnis Mumia Jamal" auf, das versprach, mit einem „Mumiawagen mit DJ Wolf (Shrine-Berlin), den Soundpiraten und Philharmonie" zur Beschallung beizutragen. (...)

Am 30.05.2004 gegen 17.00 Uhr zog der „Mumiawagen" als Bestandteil des „Karnevals der Kulturen" inmitten eines Menschengewühls durch die Hasenheide. Der Mumia-Wagen wurde von gut dreißig jungen Männern, darunter eine Mehrheit arabischer aber auch türkischer Jugendlicher, die wie eine Security-Mannschaft beim VIP-Besuch mißtrauisch um sich blickten, begleitet. Unter diesen Männern stach einer besonders unangenehm ins Auge. Er trug ein T-Shirt mit der Aufschrift: „Antizionistische Aktion". In der Menge am Straßenrand befanden sich auch fünf Antifaschisten, die dergleichen Nazi-Parolen weniger gut finden. Zwei von ihnen riefen dem T-Shirt-Träger zu, was sie von ihm hielten: Er sei ein Antisemit und solle sich verpissen. Das war sicher richtig und mutig nur leider ziemlich unbedacht, denn die fünf wurden daraufhin sofort vom Mumia-Mob angegriffen. Zwei von ihnen konnten sich dem Zugriff nicht mehr durch Flucht entziehen. Den einen traktierten sie solange mit Faustschlägen, bis er zu Boden ging und dort von acht jungen Männern mit Fußtritten gegen den Kopf traktiert wurde. Der andere bekam einen Messerstich in die Hüfte. Der erste erlitt Hämatome am ganzen Körper und eine Gehirnerschütterung, der Messerstich, der den anderen traf, erwies sich zum Glück als nicht lebensgefährlich. (www.redaktion-bahamas.org)

Hisbollah-Quiz

„Das Fernsehquiz „Al Mohemah" heisst übersetzt „Der Auftrag" und erreicht über Satellit die ganze arabischsprachige Welt. Kandidaten und Zuschauer kommen aus Algerien, Syrien oder Palästina. Am Telefon müssen sie eine Vorauswahl bestehen, bevor sie auf Hisbollah-Kosten nach Beirut ins Fernsehstudio eingeflogen werden.

„Schritt für Schritt kommen wir Jerusalem jede Woche näher", verkündet Moderator Ihab Abi Nassif zu Beginn. Tatsächlich nähern sich die Kandidaten mit jeder richtigen Antwort dem „gelobten Ziel" – auf einer Grafik wandern sie zum Felsendom. Der Quizkönig darf sich dann die Hisbollah-Hymne „Jerusalem ist unser" anhören, und bis zu 6000 Dollar gewinnen." (www.tagesschau.de)

Mit Bombenattrappen gegen „das Palästina-Problem"?

„Das Berliner Landgericht hat das Urteil gegen einen Palästinenser bestätigt, der seine Kinder auf einer Demonstration zum Nahost-Konflikt mit umgebundenen Bombenattrappen zur Schau gestellt hatte. Der Mann war wegen Billigung von Mord und Anschlägen gegen Israelis zu fünf Monaten Haft auf Bewährung verurteilt worden und dagegen in Berufung gegangen. (...) Der 35-Jährige, der auch 100 Stunden gemeinnützige Arbeit verrichten muss, hatte sich im Prozess entschuldigt. Er befürworte Selbstmordanschläge nicht und habe nur darauf aufmerksam machen wollen, dass das Palästina-Problem gelöst werden müsse. Nach Überzeugung des Gerichts hat er das Recht auf freie Meinungsäußerung aber weit überschritten und zudem seine Kinder als Objekte missbraucht." (Frankfurter Rundschau, 13.05.04)

Klage vorerst abgewiesen

„Das jüdische Begegnungszentrum kann gebaut werden. Das Verwaltungsgericht Leipzig hat gestern Klagen von vier Anwohnern abgewiesen und die Entscheidung aus dem Eilverfahren im März bestätigt. Bei der Israelitischen Religionsgemeinde herrschte Erleichterung. Wann gebaut wird, hängt aber von einem Spruch der höheren Instanz in Bautzen ab. Ein Bündnis junger Leute empfing die Beteiligten gestern vorm Verwaltungsgericht in der Rathenaustraße mit einem Spruchband. „Das Problem heißt: Antisemitismus" war darauf zu lesen. Franz Frantzen, einer der Kläger gegen den Umbau des Ariowitsch-Hauses in der Hinrichsenstraße 14, wies das prompt zurück: „Darum geht's überhaupt nicht. Meine Vorfahren sind selbst jüdischer Herkunft, eine Tante von mir wurde von den Nazis in Holland umgebracht", sagte er. Ihm und den nicht vor Gericht erschienen drei anderen Klägern gehe es vielmehr um den Erhalt des Wertes ihrer Häuser." (LVZ, 12..05.2004)

Neuköllner Antisemitismus

„Ein israelischer Tourist ist in Berlin von zwei Unbekannten angegriffen und leicht verletzt worden. Dabei habe sich einer der Täter als Palästinenser ausgegeben, teilte die Polizei mit. Der Israeli sei in Neukölln von den beiden gefragt worden, ob er Jude sei. Danach riss ihm ein Täter die Kippa vom Kopf und schlug ihm ins Gesicht." (Taz, 04.06.05)

Hohmann: Mutiger Vordenker gegen politische Korrektheit I

„Die als antisemitisch kritisierte Rede des Fuldaer CDU-Politikers Martin Hohmann zum Tag der Deutschen Einheit 2003 bleibt ohne strafrechtliche Konsequenzen. Nach einer nochmaligen eingehenden Prüfung der „in der Öffentlichkeit meist nur teilweise bekannten Rede" des inzwischen fraktionslosen Bundestagsabgeordneten kam der hessische Generalstaatsanwalt jetzt zu dem Ergebnis, dass der 56-Jährige in seinen umstrittenen Äußerungen „strafrechtliche Vorschriften nicht verletzt hat". Das gelte sowohl für den Tatbestand der Volksverhetzung als auch für Beleidigung und Verleumdung. Allerdings hätten die Äußerungen „durchaus antisemitische Tendenzen" enthalten." (Berliner Morgenpost, 15.05.04)

Hohmann: Mutiger Vordenker gegen politische Korrektheit I

„In der Pause kommen die Autogrammjäger. Sie warten geduldig, bis sie an der Reihe sind, erst bei Martin Hohmann, dann bei Reinhard Günzel. Voller Stolz tragen sie schließlich ihre Kostbarkeiten davon: doppelsignierte Fotos, die die beiden Männer in glücklicheren Tagen zusammen zeigen. Den Bundestagsabgeordneten, der vor einem halben Jahr wegen einer verquer nationalistischen Rede von der Unionsfraktion ausgeschlossen worden war, und den General, der wegen seiner Solidaritätsbekundungen mit Hohmann wenig später entlassen wurde.

Es ist das erste Mal seit dem Doppelskandal vom Herbst, dass diese beiden Männer gemeinsam auftreten. An diesem Sonnabend, im Logenhaus in Berlin-Wilmersdorf, können sich Hohmann und Günzel sicher sein, nicht als Ausgestoßene behandelt zu werden. Bei diesem eigentümlichen Kameradschaftstreffen werden sie als Helden gefeiert, als aufrechte Zeitgenossen und schuldlose Opfer von politischer Korrektheit und politischer Feigheit.

Sehr dankbar sei er für die Unterstützung, sagt Hohmann nach dem Anfangsapplaus. Der Mann, der lieber die Reden im Bundestag verpasst, als auf seinem Einzelstuhl jenseits der Unionsfraktion Platz zu nehmen, wärmt sich am Zuspruch. Er berichtet, dass er sich weiter wehre gegen den Ausschluss aus der CDU, möglicherweise bis hin zum Bundesverfassungsgericht. Und er beharrt darauf, dass selbst die Professoren ihm nichts Falsches hätten nachweisen können in jener Rede, in der er sagte, die Juden könnten mit derselben Berechtigung ein Tätervolk genannt werden wie die Deutschen.

Der Saal ist dicht besetzt, die Stuhlreihen ziehen sich bis ins Foyer. Vor allem Männer sind gekommen, einige Jüngere tragen die Bänder von studentischen Verbindungen. Im Publikum sitzen Koryphäen der rechten Szene wie der Historiker Ernst Nolte und der frühere Berliner Innensenator Heinrich Lummer. Als der Chefredakteur der „Jungen Freiheit" in den Saal fragt, wer zu seinen regelmäßigen Lesern gehöre, schießen Hunderte von Armen in die Höhe.

„Wir haben einen Zeitgeist, der geprägt wird von politischer Korrektheit. Wir müssen noch ein bisschen ausharren, ein bisschen mehr leiden", sagt Hohmann zum Abschluss seiner kurzen Rede. „Wir müssen auf Ausdauer und Geduld setzen und auf solche informellen Strukturen, wie wir sie hier haben. Von hier geht ein Impuls aus." (Berliner Zeitung, 24.05.04)

Mahler als Hitler-Fan

„Ex-NPD-Anwalt Horst Mahler muss sich erneut wegen Volksverhetzung verantworten. Berlins Staatsschutzkammer hat ihm eine entsprechende Anklage zugestellt. Der 68-Jährige hatte unter anderem gesagt: „Milliarden Menschen wären bereit, Adolf Hitler den Völkermord zu verzeihen, wenn er ihn denn begangen hätte."" (taz, 27.05.04)

Ostdeutsche RassistInnen

„Ein 15-jähriger Berliner arabischer Herkunft ist am Mittwochabend in Wriezen (Märkisch-Oderland) von einem 15-jährigen Mädchen mit einer Rasierklinge attackiert worden. Die Angreiferin fügte ihm einen sieben Zentimeter langen und 1,5 Zentimeter tiefen Schnitt am Hals zu. (...) Im Krankenhaus Wriezen musste Mohammed F. operiert werden. „Sein Zustand war lebensbedrohlich, denn er hatte bereits viel Blut verloren", sagte Staatsanwalt Ulrich Scherding. (...) Im März 2000 hatten Skinheads auf einem Parkplatz in Wriezen einen damals 14-Jährigen mit Baseballschlägern fast zu Tode geprügelt. Sie hatten ihr Opfer der linken Szene zugerechnet." (Berliner Morgenpost, 04.06.05)



Die Linke im bewaffneten Kampf?

„In der linksextremistischen Szene der Bundesrepublik wird offen darüber diskutiert, den bewaffneten Kampf gegen Vertreter des Staates wieder aufzunehmen. Nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes gehen diese Diskussionen vor allem von Mitgliedern der hauptsächlich im Berliner Raum aktiven Organisation „militante gruppe" (mg) aus. Einem hochrangigen Verfassungsschützer zufolge sprechen mg-Mitglieder in Internet-Diskussionsforen von der „Notwendigkeit", künftig auch wieder „Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft persönlich zur Rechenschaft zu ziehen".
Für die linksextreme mg steht nach eigenem Bekunden die „objektive Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes" außer Frage. Die Mitglieder der Gruppe sehen sich in der „Verantwortung", bereits „im Hier und Jetzt" die logistischen Voraussetzungen dafür mit zu schaffen, wie es in den Internetappellen heißt. „Wir beobachten diese Entwicklung mit großer Sorge, zumal die Zustimmung für diese Pläne in der Szene wächst", sagte der Verfassungsschützer der Berliner Zeitung." (Berliner Zeitung, 12.05.04)

Am D-Day gegen NPD und Abschiebung

„"Endlich weg damit!" lautete das Motto der Demo, zu der das linksradikale Bündnis ACT! aufgerufen hatte. Mit „damit" meinen die Veranstalter die NPD-Bundeszentrale und das Abschiebegefängnis in der Grünauer Straße. Nach einstündiger Verspätung zogen die Demonstranten langsam in Richtung NPD-Zentrale in der Seelenbinderstraße. 25 Meter davor wurden sie von der Polizei gestoppt. Die Bundeszentrale der NPD befindet sich seit vier Jahren in Köpenick. Seit etwa einem Jahr soll hier zusätzlich das „Nationale Bildungszentrum" entstehen. Das will die vor Ort aktive Gruppe Antifaschistischer Aufstand Köpenick (AAK) verhindern. (...) Die Demonstration am Wochenende sei nur ein Vorgeschmack dessen, was auf die NPD in den nächsten Wochen zukommen werde, sagte eine Teilnehmerin. Für den Fall, dass das Bildungszentrum nämlich tatsächlich eröffnet, haben ACT! Und AAK zum Tag X aufgerufen. Treffpunkt für gemeinsame Aktionen gegen die NPD ist dann um 17 Uhr am S-Bahnhof Köpenick." (taz, 07.06.04)

Tag der Befreiung

„Rund 100 Personen folgten heute dem Anlass des Tags der Befreiung vom Nationalsozialismus, um auf dem Leipziger Ostfriedhof der Zerschlagung des Hitlerfaschismus und der Opfer der deutschen Barbarei zu gedenken. (...) Die Veranstaltung begann um 11 Uhr vor der Kapelle; anwesend waren auch einige Überlebende des NS-Terrors. (...)
Diesen Anlass nutzen sechs jugendliche Nazis, um durch ihre Anwesenheit das Gedenken an die NS-Opfer und den 59. Jahrestag der Befreiung durch die Rote Armee zu verhöhnen. Als der Gedenkzug am Polnischen Ehrenmal eintraf, enthüllten vier von ihnen zwei krakelig beschmierte weiße Bettlaken, eines mit der Aufschrift „Wer gedenkt den Deutschen Opfern?", ein anderes wurde aus Dummheit verkehrt herum gehalten und konnte von mir nicht dechiffriert werden. Ein einzelner Polizist stellte daraufhin die Personalien der Personen fest, zu denen zwei weitere Gesinnungsgenossen stießen. Am Transparenthalten wurden sie jedoch nicht gehindert, ebensowenig daran, zumeist alte Teilnehmer der Veranstaltung in „Antiantifa"-Manier aus nächster Nähe zu fotographieren. (...) Fast alle regionalen Antifa-Gruppen glänzten durch Abwesenheit. (http://de.indymedia.org/2004/05/82856.shtml)

Langfristige AntiFa-Planung

„Unterdessen hat der Hamburger Neonazi [Christian Worch] außer vier weiteren Aufmärschen in diesem Jahr bereits bis 2014 jeweils für den 1. Mai und 3. Oktober Rechten-Kundgebungen in Leipzig angemeldet." (LVZ, 03.05.04)

„Pop-Antifa ist nicht mehr Pop"

„Seit dem 29. April 2004 gibt es die Göttinger Autonome Antifa (M) nicht mehr. Statt dessen drei neue Gruppen ohne Namen. (...) Damit folgt die Auflösung der M einem Trend, der bundesweit seit einigen Jahren zu beobachten ist: Pop-Antifa ist nicht mehr Pop. So wie sich viele andere linke Gruppen am Nahostkonflikt zerstritten haben, war zumindest die Frage zum Umgang mit der Friedensbewegung auch bei der M ein Spaltungsgrund. Vordergründig, denn hinter diesem Streit steckt mehr: Generationenwechsel, andere subkulturelle Gepflogenheiten und der „Wegzug vieler Führungskräfte", wie es der Verfassungsschutz formuliert." (taz, 12.06.04)

Dienst am Vaterland

„Wer gegen seine Einberufung rechtzeitig aufmuckt, wird derzeit in der Regel nicht eingezogen. Der juristische Streit um das Fortbestehen der Wehrpflicht betrifft also vor allem Spätmerker, die sich erst um die Sache kümmern, wenn sie den Einberufungsbescheid in Händen halten. Sie müssen dann allerdings auch weiterhin ihren Dienst am Vaterland versehen, wie am Mittwoch das Bundesverfassungsgericht entschied. Es lehnte in einem Eilbeschluss den Antrag eines jungen Mannes aus Chemnitz ab, der sich über die fehlende Wehrgerechtigkeit beschwert hatte." (taz, 21.05.04)

Olympia in Leipzig: verschoben auf 2016?

„Wolfgang Tiefensee fand diese Ideen gut. „,One family' steht für inneren Zusammenhalt, der enorm wichtig ist", befand er. „Dieser Geist hat zum Beispiel bewirkt, dass uns unsere Nachbarstadt Halle fantastisch unterstützt und die lokale Wirtschaft einen vorbildlichen Schulterschluss geprobt hat. Das müssen wir für die Region bewahren. Dann ist auch wieder ein großes Ziel möglich."" (LVZ, 26.05.04)
„(...) Einer davon, Jens Herrmann (PDS), zückt schließlich eine erfundene Pressemeldung aus dem Jahr 2009, die von einem erfolgreichen Europäischen Turn- und Sportfest in Leipzig berichtet. „Leipzig hat bewiesen, dass auch Städte mit 500.000 Einwohnern sportliche Großveranstaltungen durchführen können. Das IOC hat daraufhin spontan verkündet, das wir Austragungsort für Olympia 2016 werden", sagt Herrmann im Kaffeesatz lesend. „Leipzig braucht Visionen. Ich kann nicht ertragen, dass nun viele die Köpfe hängen lassen."" (www.lvz-online.de/aktuell/content/115573.html)
„Gekämpft, verloren - Leipzig muss Olympia verschieben." (www.mdr.de)

Schutz vor aggressiven Personen I

„Nach der versuchten Selbstverbrennung eines Afrikaners in der Ausländerbehörde will Innensenator Ehrhart Körting (SPD) zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen prüfen. Auch die Mitarbeiter der Einrichtung müssten vor aggressiven Personen geschützt werden. Am Montag hatte sich ein 34-jähriger Mann aus Sierra Leone in einem Büro am Friedrich-Krause-Ufer selbst angezündet, um seine Abschiebung zu verhindern." (taz, 05.05.04)
Die Mitarbeiter müssen vor dem aggressiven Selbstverbrennen geschützt werden? Durch Abschiebung vielleicht?

Schöne neue Datenwelt

„Nach einem „Reuters" vorliegenden Schreiben des Informationsverbundes Berlin Bonn (IVBB) haben über eine halbe Million Spam-Mails die zentralen Mail-Rechner des IVBB und damit aller Ministerien und des Bundeskanzleramts nahezu lahm gelegt. Durch die rund 510.000 unerwünschten Mails empfangen die Mitarbeiter der Regierung seit dem Wochenende ihre E-Mails oft mit mehrtägiger Verspätung. Von ihnen versandte elektronische Post braucht mitunter länger als ein per Post verschickter Brief. „Wir sind E-Mail-mäßig völlig lahm gelegt", sagte ein Ministeriumsmitarbeiter." (www.tagesschau.de)

Leipziger Vorzeigekreative

„Der Leipziger Hauptbahnhof mit seiner Einkaufsgalerie hat erneut eine internationale Auszeichnung bekommen. Wie die Betreibergesellschaft der «Hauptbahnhof Promenaden» am Freitag mitteilte, erhielt er den Preis des Urban Land Institute (ULI) Europe. Eine international besetzte Jury aus Architekten, Stadtplanern und Immobilien-Managern habe die Einkaufsgalerie aus 110 eingereichten Projekten aus ganz Europa ausgewählt. Bereits 1998 hatte das Bauwerk einen Preis des International Council of Shopping Centers erhalten. Wie es in der Mitteilung der ECE Projektmanagement hieß, hätten die Juroren die Idee gelobt, in einem Bahnhof eine Einkaufsmeile «mit ausgeklügeltem Branchenmix» zu errichten." (http://de.news.yahoo.com)
Das ist ja auch wirklich mal eine außergewöhnliche Idee, die das ECE da hatte: „eine Einkaufsmeile «mit ausgeklügeltem Branchenmix»". Da bleibt nur eins zu sagen: Herzlichen Glückwunsch, diesen Preis habt ihr verdient.

Revolution auf MLPD-Art

„Die Marxistisch-Leninistische Arbeiterpartei Deutschlands (MLPD) will einen Brückenkopf in Brandenburg gründen. Eine Pioniergruppe um die Berliner Grundschullehrerin Carola Franke bemüht sich um den Aufbau einer Parteiorganisation in der Havelstadt. Der Grund: Auf ihrem „siebten Parteitag" hat die 1982 in Westdeutschland gegründete Partei kürzlich beschlossen, verstärkt in die Kommunen zu gehen. Die aber haben, so scheint es, im Moment andere Sorgen als eine Unterversorgung mit maoistisch angehauchten Klassenkampfparteien. Nicht einmal drei Neumitglieder haben die Werber bislang gefunden - so viele sind aber zur Eröffnung einer Ortsgruppe nötig. „Es gibt großes Interesse, aber viele Leute haben gesagt, sie seien im Urlaub oder hätten Spätschicht", sagt die Pädagogin." (Märkische Allgemeine Zeitung, 04.06.05)

Schutz vor aggressiven Personen II

„Der 1509 Meter hohe Jaunpass im Berner Oberland, acht Kilometer vom nächsten Dorf entfernt: Was reizvoll für Touristen ist, soll jetzt abschreckend für abgelehnte Asylbewerber sein. Ein Militärbunker auf der Passhöhe ist für sie hergerichtet als Notunterkunft. In dem kalten, fensterlosen Betonunterstand können etwa 100 Menschen untergebracht werden. Diese Anlage soll keine Gemütlichkeit entstehen lassen. Im Gegenteil: Die Menschen würden mit der Absicht in den Bunker geschickt, erklärt die Polizei- und Militärdirektorin Dora Andres, „dass sie wissen, wir sind wirklich nicht mehr willkommen, wir müssen den Entscheid, dass wir illegal sind, akzeptieren und die Schweiz verlassen". (...) Nur Tage sollen die Bewohner hier bleiben, durch Gespräche zur schnellen Ausreise gebracht werden. Und: Dieses Lager unter Tage soll sich herumsprechen. „Das Signal soll sein, wir müssen Entscheide in der Schweiz von jetzt an akzeptieren und die Schweiz verlassen", erklärt Andres. Auf die Frage, ob dieses Zentrum eine gewisse abschreckende Wirkung erzielen soll, sagt die Polizei- und Militärdirektorin : „Für die Asylsuchenden, die illegalen Ausländer ja." (...) „So nicht! Wo bleibt die Demokratie?" Die Bewohner am Jaunpass protestieren gegen die neue Bunkernutzung am Jaunpass. Sie stört vor allem die Rufschädigung ihrer Ferienregion durch die Anwesenheit von Asylanten. Zunächst werde der Bunker nur für sechs Monate betrieben, versuchen die Behörden zu beruhigen." (www.tagesschau.de)

Über das blinde rechte Auge der Postantifa

oder warum man auch vom Standpunkt der Kritik gegen Nazis sein muß

Ares (incipito)

Im folgenden soll versucht werden, vom Standpunkt der Kritik aus, eine Bestimmung antifaschistischen Handelns zu leisten. Vier Jahre nach dem proklamierten „Ende der Antifa" gilt es zu schauen, welche Folgen aus der Aufgabe des Themenfeldes Antifaschismus entstanden sind und wie damit umgegangen werden kann. Dabei kann und soll dieser Text sich nicht in gebotenem Umfang damit auseinandersetzen, sondern ist als Beitrag zur notwendigen Debatte zu verstehen. Anlaß, sich mit dem Thema Antifa/Antifaschismus neu zu beschäftigen, ist der letzte Naziaufmarsch in Leipzig, der nach einer Flaute im vergangenen Jahr einen neuen Höhepunkt der Mobilisierung darstellt und der kommende am 24. Juli, zu dem es ertsmals wieder ein vom Bündnis gegen Rechts organisiertes Bündnis geben soll.

Für einen Zugang zu dem, was neu diskutiert werden sollte, ist es sinnvoll, sich zunächst zu vergegenwärtigen, was hinter dem Begriff und dem „Konzept Antifa" steckt und wo die Kritikpunkte liegen.

Antifa, was soll(te) das?

Das, was wir heute unter dem Begriff der Antifa verstehen bzw, worauf wir uns beziehen, ging aus den Überresten der autonomen Bewegung der 80er Jahre hervor. Nach dem Zusammenbruch des staatskapitalistischen Ostblocks und dem damit einhergehenden Niedergang der Autonomen zerbrach der gemeinsame Bezugsrahmen einer linksradikalen Bewegung. Das Zusammenbrechen einer scheinbaren Alternative zum kapitalistischen System und des ebenso scheinbaren Sieges des Kapitalismus ließen Alternativen zum Bestehenden schwieriger formulieren und als unmöglich erachten. Ein Gefasel vom „Ende der Geschichte" machte sich breit, revolutionäre Ideen wurden als bloße, realitätsferne Utopien abgestempelt. Hinzu trat in den 90ern das Erstarken eines deutschen Nationalis-



mus und Rassismus, der in Brandanschlägen auf Aslybewerberheime, Hetzjagden auf MigrantInnen, einem Beifall klatschenden deutschen Mob und der faktischen Abschaffung des Asylrechts gipfelte. Autonome Antifagruppen versuchten, unter den sich so stellenden Umständen sich neu zu organisieren, systemkritische Inhalte wieder hörbar zu machen und der sich erstarkenden Nazibewegung wie auch dem Rassismus aus der Mitte der Gesellschaft etwas entgegenzusetzen. Daneben galt es auch, das eigene Überleben und das Bestehen ihrer Projekte gegen Naziangriffe zu verteidigen.

Die Antifa-Politik der 90er Jahre war geprägt von Auseinandersetzungen mit Nazis, Demonstrationen, Verhinderungsversuchen von rechten Veranstaltungen, Aufmärschen und Kundgebungen, Verteidigung der eigenen Projekte, Bündnisarbeit mit anderen Gruppen – auch bis ins bürgerliche Spektrum hinein, Thematisierung des aufkommenden Rassismus, von rechter Gewalt und dem Umgang damit seitens des Staates, der Politik, der Justiz, der Polizei – primär also den Versuchen, die erstarkende und um sich schlagende Nazibewegung zurückzudrängen.

Ende der 90er Jahre, genauer mit dem Regierungswechsel von Rot-Grün, vollzog sich ein staatlicher Perspektivwechsel im Umgang mit Stiefelnazis, rechtsextremen Parteien sowie den Folgen des Nationalsozialismus – was sich als folgenreich für die Antifa-Bewegung erwies. Im Kampf um den Standort Deutschland und um ein neues Selbstbewußtsein Deutschlands erwiesen sich die Stiefelnazis, ein tolerierender Umgang mit ihnen und rechtsextreme Parteien als Hindernisse und Stolpersteine. *„Als im Sommer des Jahres 2000 in Düsseldorf eine Bombe explodierte und zehn jüdische AussiedlerInnen zum Teil schwer verletzte, schien auch eine gesamte Nation zu explodieren: der Antifa-Sommer der Bundesregierung und der bundesdeutschen Publizisitik begann und es sollte nicht bei einem kurzen Sommer bleiben."* [1] Was unter dem Begriff „Staatsantifaschismus" firmierte, waren zahlreiche zivilgesellschaftliche Demonstrationen und Kundgebungen gegen Naziaufmärsche, die Aufgabe des Konzeptes der akzeptierenden Sozialarbeit, Holocaust-Mahnmal und Greencard, juristische Verfolgung und konsequente Verurteilung rechtsextremer Gruppierungen etc. Die

[1] BgR: „2001 – Das Jahr in dem wir Kontakt aufnehmen", CEE IEH #76.

Antifa stand am Rande des Geschehens, sah sich ihres Themenfeldes beraubt und zivilgesellschaftlich vereinnahmt. Ihr revolutionärer und linksradikaler Anspruch ließ sich so nicht mehr aufrechterhalten. *„Während einige Gruppen an der klassischen Bündnispolitik festhielten und sich an den großen Demonstrationen des „guten Deuschtlands" beteiligten, verwerfen andere Gruppen die Fortführung des Antifa-Ansatzes als verfehlte Teilbereichspolitik völlig und charakterisierten die Politik der 90er als verfehlte Teilbereichspolitik."*[2] Auf dem letzten Antifa-Kongress (Goettingen, 2001) löste sich die AABO (Antifaschistische Aktion Bundesweite Organisation), der wohl wichtigste der beiden bundesweit organisierten Antifa-Zusammenschlüsse, auf, im Februar 2003 kam es zur Auflösung und gleichzeitig Spaltung der AAB (Antifaschistische Aktion Berlin), im 2004 folgte die Auflösung der Goettinger Antifa M. Als „transformiertes Fossil" (aus dem einstigen „Bündnis gegen Rechts" wurde ein „Bündnis gegen die Realität") eine der drei größten deutschen Antifa-Gruppen ist somit allein das BgR übriggeblieben.

Das Scheitern des eigenen Anspruches und somit letztlich der Antifa als linksradikale Bewegung liegt in der „Natur" der Sache selbst. Das „Konzept Antifa", ein von der AAB (1999) herausgebrachte Hochglanz-Broschüre, brachte dies auf den Punkt. Die Rede ist dort von einem „revolutionärem Antifaschismus" als Bindeglied verschiedener Teile der radikalen Linken. Im Vordergrund stand als erster Schritt, viele Leute gewinnen, theoretische Linienkämpfe seien kontraproduktiv, inhaltliche Aussagen waren auf Phrasen und grobe Orientierungen (wie „Umwälzung der Verhältnisse") beschränkt. Revolutionär klang also vor allem der Name, inhaltlich hielt man sich zurück, ein tendenziell fetischistischer Aktionismus stand im Vordergrund. Aufgrund ihrer inhaltlichen Bescheidenheit konnte sie ihren positiven Bezug zur Politik nicht überwinden, sondern mußte daran festhalten. Politik allerdings geht vom Staat aus oder ist zumindest auf ihn bezogen. So ist eine Kritik am Asylrecht, die Forderung nach dem Verbot rechtsextremer Gruppierungen und Parteien, Demonstrationen gegen rechte Zentren und das Anprangern akzeptierender Sozialarbeit politische, an den Staat gerichtete Forderungen.

Die Antifa bezog ihre Kritik vor allem auf die Mittel des Staates und seine Erscheinungen (Überwachungsgesellschaft, Nationalismus, Repression ...), nicht (bzw. nur sehr selten und wenn, dann sehr plakativ) aber auf den Staat, auf das kapitalistische System und dessen Logik als solches. Die Antifa-Politik gab sich pseudorebellisch, blieb aber im wesentlichen als politisches Moment systemimmanent befangen und konnte so in ihren politischen Ausrichtungen als Modernisierungselement nach dem Regierungswechsel 1989 in den offiziellen Staatsantifaschismus übernommen werden.

Ebenso stellte das Verharren auf Bewegungspolitik (ohne eine ausdifferenzierte inhaltliche und kritische Stoßrichtung) ein wesentliches Moment ihre Scheiterns dar: Das sich immer wieder Stürzen auf als aktuellpolitisch thematisierbare Sachverhalte, der permanente Drang zur Praxis mußte zu einem Denken führen, die Bewegung müsse den Gegenstand auf Biegen und Brechen verändern. Daraus folgte, daß, wenn sie es nicht schaffte, verzweifelte oder, wenn die sich gestellte Aufgabe plötzlich jemand anderes übernimmt, der Staat gar, sich der Grundlagen ihres eigenen Bestehens beraubt sieht.

Postantifa – was soll das?

Sich des Labels „revolutionär" und ihres linksradikalen Anspruchs beraubt, bzw. schwindend sehend, sollte die „Phase 2" der linksradikalen Bewegung in Deutschland eingeläutet werden, eine inhaltliche Schärfung erfolgen und eine Reorganisation des Spektrums. Von der Antifa-Geschichte der 90er nahm man Abstand – gerade in Leipzig wurde diese vor allem nur noch belächelt und als ad acta belegt betrachtet. Das Themenfeld Antifaschismus schien vom Staat „dankenswerterweise" übernommen worden zu sein. In Papieren und Veranstaltungen wurde versucht, die eigene Geschichte aufzuarbeiten.

Für eine kurze Zeit gab es tatsächlich einen Aufschwung von kritischer Durchdringung der kapitalistischen Verhältnisse. So wurde mit der Kritik von Arbeit als ein gesellschaftskonstituierendes Moment dem überholten Klassenkampfmythos eine Absage erteilt, ebenso (quasi-)antisemtischen Ideologemen einer verkürzten Kapitalismusanalyse. Auch das eigene Auftretens als männlich und autoritär wurde kritisch hinterfragt.

»Revolutionär klang also vor allem der Name, inhaltlich hielt man sich zurück, ein tendenziell fetischistischer Aktionismus stand im Vordergrund«

Allerdings sollte sich bald zeigen, daß von der eigentlichen Kritik am Politik-Begriff und am Praxis-Verständnis der Antifa nichts verstanden worden war. Gruppen, wie AAB und Antifa-M änderten an ihrem Ansatz nichts Wesentliches und lösten sich so (an inneren und äußeren Widersprüchen scheiternd) auf oder dümpeln vor sich hin – andere wiederum sind auf den fahrenden Zug antideutscher Ideologeme innerhalb der Postantifa aufgesprungen und suchen ihre antifaschistischen Vorbilder nun in Panzern in Ramallah. Die „Phase 2" der Postantifa erwies sich bald wieder als systemaffirmatorische Entwicklung, die nun gar in einer positiven Bezugnahme auf bürgerliche Aufklärung, kapitalistische Kriege und einen quasi-rassistischen Kulturalismus und dessen Verteidgung westlicher Werte gipfelte. Dies geht dann auch soweit, soziale Kämpfe, Anti-Kriegsdemonstrationen und Antinazi-Demonstrationen, zugespitzt formuliert,

[2] BgR: „2001 – Das Jahr in dem wir Kontakt aufnehmen", CEE IEH #76.

[3] Robert Kurz: Weltordnungskrieg (2003), S. 156.

[4] Die in den folgenden zwei Absätzen in Anführungszeichen gesetzten Begriffe sind Bezeichnungen des sächsischen Verfassungsschutzes.

von vornherein als per sé antisemitisch zu denunzieren, weil da sowieso nur der „deutsche Mob" auf der Straße ist. Zudem macht sich in letzter Zeit verstärkt ein antideutscher Neo-Antiimperialismus breit, der veraltete Imperialismus-Szenarien eines Kampfes zwischen den USA und EU-Europa um die Weltmachtsstellung heraufbeschwört. Realitätsfern und westlich-chauvinistisch bestreitet die sich unter dem Label „Gegen die Realität" einfindende Postantifa ihre Existenz.

Back to the Reality

Aber zurück zur Realität. Die Stiefelnazis, gegen die die Antifa in den 90ern auf die Strasse gegangen sind, sind nicht etwa verschwunden, ihre Strukturen nicht zerschlagen, Antisemitismus, Rassismus und Nationalismus nicht aus den Köpfen. Nach wie vor gebiert sich der staatliche Rassismus – angesichts der Krisenrealität in zunehmend aggressiveren Ausmaßen.

Im folgenden soll eine Betrachtung einerseits der Naziszene – primär anhand von Informationen aus sächsischen Verfassungsschutzberichten und andererseits des staatlichen, Rassismus begriffen als Bestandteil einer global wirkungsmächtigen kapitalistischen Erscheinung der *„imperialen Apartheit"*[3] dargestellt werden.

Was ist aus der Naziszene geworden?

Nach dem (wenn auch folgerichtigen) Einschlafen von Antifa-Recherche-Gruppen ist es durchaus schwieriger geworden, sich einen Überblick über die Entwicklung der Naziszene zu verschaffen. Aber an dieser Stelle soll dennoch ein Versuch unternommen werden, anhand von Verfassungsschutzberichten der Jahre 1997, 2001, 2002 und 2003 und Verlautbarungen von Antifagruppen festzustellen, welche Tendenz die Entwicklung der Naziszene genommen hat. Dahinter steckt das Interesse, ob das Argument richtig ist, man nichts mehr gegen Nazis machen brauche, weil sie keine öffentliche Relevanz mehr besitzen, keine Gefährdung mehr von ihnen ausgeht und sie insgesamt schwächer geworden sind.

Der *sächsische Verfassungsschutz* geht von 41.500 „Rechtsextremisten" [4] in der gesamten BRD, davon 3.000 in Sachsen im Jahr 2003 aus - im Vergleich dazu für die Jahre 1993 (64.500/3.400) , 1998 (48.800/3.000), 2000 (50.900/3.150) und 2002 (45.000/3.300). Bei den „subkulturell und gewaltbereiten Rechtsextremisten" in der BRD sei die Zahl 2003 das erste Mal seit neun Jahren zurückgegangen: 2001 (10.400), 2002 (10.700), 2003 (10.000). Die Zahl der „Neonazis" in der BRD ist von 2.800 im Jahr 2001 auf 3.000 im Jahr 2003 angestiegen, deren Organisationsgrad ebenso von 65 Gruppen im Jahr 2001 auf 95 Gruppen im Jahr 2003. Die Anzahl der „rechtsextremistischen Kameradschaften" (in der BRD) hat sich zwischen 2000 (400) und 2002 (850) mehr als verdoppelt. Die Anzahl der „Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund" (in Sachsen) ist seit 1997 relativ konstant geblieben: Sie stieg zwischen 1996 und 1997 von 624 auf 1.473 , im Jahre 2002 wurden 1.318 gezählt. Davon waren „Gewalttaten": 1996 (89), 1997 (90) und 2002 (89). Daß der Anteil „rechter Straf- und Gewalttaten" durchaus höher liegt, zeigt schon die Einführung des Terminus „politisch motivierte Straftaten rechts" (2001): nach dem (die „rechtsextremistischen" eingeschlossen) 2001 1.816/96 statt 1.563/85 („rechtsextremistisch") und 2002 1540/112 Straf-/Gewalttaten von „rechts" verübt worden sind. Die reale Zahl von Naziübergriffen liegt, der Sache geschuldet, wohl wesentlich höher.

Für das Jahr 2003 konstatiert der sächsische Verfassungsschutz außerdem, daß trotz eines leichten Rückgangs „rechtsextremistischer Gewalttaten" das Niveau der „Gewalt-und Straftaten" insgesamt weiterhin hoch ist. Die „aktionistische Präsenz" der „Rechtsextremisten" sei gestiegen, ebenso das überwiegend in Kameradschaften organisierte neonazistische „Personenpotential". Die Zahl der Kameradschaften blieb bei 160 und die Entwicklung der letzten Jahre, also der Bildung weiterer „Mischszenen" aus Neonazis und Skinheads habe sich fortgesetzt. Den in Sachsen schwach ausgeprägten „rechtsextremistischen Parteien" stehe eine starke subkulturelle Jugend-Szene gegenüber (2002: 860 Mitglieder von „Kameradschaften", 2003: 900 „rechtsextremistische Skinheads"). Durch staatliche Maßnahmen seien die „logistischen Rückzugsräume" (Treffpunkte und Szeneeinrichtungen) merklich eingeschränkt worden, dennoch versuche die Szene, ihre Strukturen in Sachsen zu festigen und sei besonders in der Sächsischen Schweiz stark organisiert und besäße dort die ausgeprägtesten Strukturen.

Das Problem der Dominanz rechter Alltagskultur (in bestimmten Gebieten) stellt sich nach wie vor, wie der Fall Gera beweist. In einem Aufruf zu einer Demonstration in Gera (18. Mai 2003) charakterisiert die Gruppe „Antifaschistische Linke Berlin" (eines der beiden Spaltprodukte der AAB) die Zustände in dieser Stadt. Diese Stadt habe seit Mitte der 90er einen Zulauf an rechten Kräften erhalten und gelte nach wie vor als eine der Hochburgen neonazistischer Strukturen in Deutschland. Zum „rechten Alltagsbetrieb" gehörten faschistische Bands und Musik-Projekte sowie illegale Nazi-Konzerte. Bei Jugendlichen gäbe es einen Trend zu rechter Kultur. Dafür steht auch die Gründung der „White Youth Deutschland", der Jugendorganisation der deutschen „Blood&Honour"-Bewegung in Gera. Sämtliche Geraer Discos würden von rechten Sicherheitsfirmen kontrolliert, auch andere Veranstaltungsorte und sogar öffentliche Verkehrsmittel. Regelmäßig gäbe es Angriffe auf MigrantInnen und Brandanschläge auf das Asylbewerberheim

Die Informationen über die Naziszene belegen, dass diese zahlenmäßig und in ihrer Organisiertheit seit den 90er Jahren relativ konstant geblieben ist. Die Zahl der Straftaten und Gewaltverbrechen ist sogar angestiegen. Sie tritt inhaltlich stärker nach außen, ob



nun gegen Krieg oder Sozialabbau. Ebenso ist die Anzahl der durchgeführten Demonstrationen im Vergleich zu den 90ern beträchtlich angestiegen. Vor allem Leipzig und Berlin weisen die größte Anzahl an Aufmärschen auf. Auf dem letzten Naziaufmarch in Leipzig zogen 900 Rechte in Reih und Glied, in Blöcken und stimmgewaltig vom Hauptbahnhof, über den Ring und durch die Prager Straße.

Imperiale Apartheit

Eine Kritik staatlichen Handelns auf Höhe der Zeit macht die Einbettung in eine Kritik des gesamten Bezugssystems notwendig. Für eine Analyse und Kritik von staatlichem Rassismus sollte gleiches gelten. Robert Kurz prägt in seinem Buch Weltordnungskrieg den Begriff der „imperialen Apartheit" und meint damit die Art und Weise der Krisenverwaltung, wie sie von den westlichen Zentren des globalen Kapitalismus gegen die immer größere Zahl von überflüssigen Regionen und „Menschenmaterial" betrieben wird. Die globale Krise des gemeinsamen Bezugssystems erfordert vom Standpunkt des ideellen Gesamtimperialisten [5] wie auch der westlichen Zentren nicht nur die totale Absicherung und Kontrolle gesamtkapitalistischer Verwertung und des Zugriffs auf Rohstoffe mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln, sondern ebenso die Abschottung der westlichen Zentren gegenüber den Folgen, die aus dem Überflüssigwerden von immer mehr Regionen und Menschen erwachsen. Je stärker der Drang des Kapitals nach Einsaugung von Arbeitskraft nachläßt und je mehr Überflüssiges im rastlosen Drang des Kapitals mehr zu werden buchstäblich auf der Strecke bleibt, desto mehr Menschen machen sich auf in die Zentren der kapitalistischen Verwertungsmaschinerie und der Elendsverursachung. Robert Kurz schreibt von einer *„sekundären Ökonomie der Massenfluchten und Migrationsbewegungen, die von der vermeintlichen kapitalistischen Normalität der Zentren und ihrer Konsumverheißungen magisch angezogen werden".* [6] Die Masse dieser Fluchtbewegungen übersteige die Auswanderungsschübe des 19. Jahrhunderts.

Mögen die Fluchtgründe auch verschieden sein – wirtschaftliche Motive, Kriege, Armut, Naturkatastrophen, Massenumsiedlungen und -vertreibungen durch überdimensionierte Entwicklungsprojekte der Weltbank – so sind sie in ihrer Gesamtheit abgeleitete Formen der ursächlichen mensch- und naturfeindlichen kapitalistischen Logik und ihrer Katastrophentendenz. Oftmals mischen sich auch die Fluchtgründe. Ohnehin setzt das *„unverschämtes Reichtumsgefälle der kapitalistisch verwahrlosten Welt [auch, d. Verf.] Menschen ... ohne direkte Katastrophen in Bewegung".* Gegenwärtig sind über zehn Prozent der Weltbevölkerung auf der Flucht vor den Auswirkungen des ökonomischen Terrors.

Diese Massen an Überlüssigen rufen als Reaktion einen Ausgrenzuingsimperialismus in den westlichen Zentren hervor. *„Die globale Implosion des Kapitalverhältnisses und seines imperialen Zugriffs auf die Welt tritt ans Licht: in seiner Aufstiegs- und Durchsetzungsgeschichte unersättlich nach menschlicher Arbeitskraft, die er noch in den entlegensten Winkeln der Welt aufzustöbern suchte, so ist er nun appetitlos, wird vom einstigen Objekt seiner Begierde heimgesucht und überschwemmt, das ihm Angst und Abscheu einflößt."* [7] Der alte nationale Ausdehungsimprialismus hat in einem global durchgesetzten und sich auf dem Abstieg befindlichen Kapitalismus ausgedient. Die Wurzeln dieses modernen Ausgrenzungsimperialismus liegen im beginnenden 20. Jahrhundert, als die Gelüste der europäischen Kolonisierung nach Raub und Ausbeutung auf ihre Opfer projiziert wurden und diese für das europäische Handeln verantwortlich gemacht wurden. Zu nennen wäre hier das Hetze von einer „gelben Gefahr", die aus dem asiatischen Raum drohe, was es zu verhindern gelte. Die heutigen Plattitüden vom Boot, das voll sei oder dem Kampf der Kulturen bedienen sich der gleichen ideologischen Versatzstücke. Im Unterschied zu damals stehen heute wirklich Massen von Flüchtlingen an den Grenzen der westlichen Welt, bei denen es sich allerdings nicht um eroberungswillige, kraftstrotzende Hühnen handelt, sondern vielmehr um die aus dem Verwertungsprozess ausgestossenen Elendsmassen und

[5] Siehe dazu auch Incipito-Artikel „Vom Nationalimperialismus zum ideellen Gesamtimperialismus" (Incipito, 02/2003).

[6] Robert Kurz: Weltordnugskrieg (2003), S. 157.

[7] Ebd., S. 160.

[8]Robert Kurz: Weltordnugskrieg (2003), S. 161.

[9]Ebd., S. 162.

[10]Ebd., S. 180.

[11]Ebd., S. 181.

[12]Siehe die Incipito-Artikel „Soziale Frage oder Barbarei!“ (Incipito, 08.5/2003) und „Implikationen der Sozialen Frage – gestern und heute“ (Incipito, 10/2003).

„postmoderne Mafiosi“ der Peripherie. In den im Vergleich zu den Zusammenbruchsregionen noch wohlhabenden westlichen Industrieländern werden diese als fundamentale Bedrohung angesehen, die es abzuwehren gilt. Dabei mischen sich ideologische Bausteine von Rassismus und Fremdenhaß mit banalen Konkurrenzinteressen und Motiven der „Inneren Sicherheit“. Gemeinsam ist ihnen ein *„chauvinistisches Konkurrenz- und Herrschaftsinteresse von Lohnarbeitern und Sozialhilfeempfängern, Konzern-Management und politischer Klasse des Westens gegen die Massen des globalen Ostens und Südens“*[8], das unter den neuen Bedingungen auf Ausgrenzung aus ist. Dieser Ausgrenzungsideologie bedienen sich ebenso rechtsextreme und neonazistische Kreise. Auch dort propagiert man nicht mehr die Forderungen nach neuem „Lebensraum im Osten“, sondern zieht sich in die bestehenden Grenzen des eigenes Landes zurück – so sind dann schon eher Forderungen nach „Deutschland den Deutschen“, „Frankreich den Franzosen!“ etc. zu hören.

Die Abschottung gegenüber Flüchtlingsströmen ist westliche Staatsdoktrin und die der NATO geworden, und zwar eben weniger allein auf ein einzelnes Land bezogen, sondern auf das kapitalistische Zentrum insgesamt. Ihr mörderischer Charakter ist offensichtlich, wenn man sich vergegenwärtigt, mit welchen Mitteln und mit welchem Ausmaß man daran geht, Menschen vom eigenen Terrotorium fernzuhalten. Ganz offen wird heute schon über die „Festung Europa“ oder „Festung Nordamerika“ gesprochen. So besteht in den USA eine „eiserne Linie“ an der Grenze zu Mexiko, um sich vom lateinamerikanischen Raum abzuschotten. *„Die Mittel der Ausgrenzung sind drastisch,. Jede Nacht veranstaltet die US-Grenzpolizei mit Scheinwerfern, Sensoren und Hunden regelrechte Menschenjagden auf die 'Unwillkommenen'“.*[9] Die US-Grenzfarmer in dieser Region haben sich zu einem rassistischen „Bund besorgter Bürger“ zusammengeschlossenund veranstalten eigenmächtig schwer bewafffnete Treibjagden. Die „Festung Europa“ hat ihre Todesstreifen an zwei „Fronten“ gegen Kriegsflüchtlinge und ElendsmigrantInnen errichtet: gegenüber dem Osten Europas und Asien als auch im Süden gegen Afrika und den Nahen Osten. Im westlichen Mittelmeer operieren scherbewaffnete Grenzpolizei und Küstenboote von Spanien aus, im östlichen Mittelmeer veranstaltet die italienische Küstenwache systematische Treibjagden auf Kriegsflüchtlinge aus Osteuropa, Mittelasien und Anatolien. Auch an der Ostgrenze der EU werden Flüchtlinge mit Hunden, Patrouillienfahrzeugen und Scheinwerfen zu Tode gehetzt.

Neben den „offziellen“ Mechanismen der imperialen Apartheit äußert sich diese in den unter westlicher Krisenverwaltung stehenden Regionen sebst auch noch auf andere Arten. Neben den vom IWF unterstützten „Zombie-Projekten“ (wie dem Bau riesiger Staudämme), die mit Naturkatastrophen, Massenumsiedlungen und -vertreibungen einhergehen, benennt Kurz noch den „humanitär-industriellen Komplex“ und die „sexuelle Gewalt- und Elendsökonomie“.

Mit ersterem ist die „Phantom-Ökonomie“ der westlichen Präsenz in den „befriedeten“ Regionen gemeint. Den wichtigsten Wirtschaftsfaktor in diesen Gebieten bilden NATO- und UN-Verwaltung sowie die Ifor-Truppen selbst - von Aufschwung ist ansonsten nicht viel zu erkennen. Hinzu kommen „humanitäre Hilfslieferungen“ in Form von Altkleidern und überlagerten Medikamenten sowie westliche Hilfsorganisationionen und deren Akteuere. An die Stelle der eigenen ökonomischen Reproduktion tritt die totale Abhängigkeit von der westlichen Präsenz und deren Konsum. Zum anderen verfolgen diese „Regimes der Hilfe“ auch ganz eigene ökonomische Interessen: Als Nutznießer der globalen Krisenverwaltung kommen ihnen Gelder internationaler Organisationen, Spenden etc. zu Gute. Die Hilforganisationen sind oftmals der größte Arbeitgeber vor Ort. *„Die Niedertracht der kapitalistischen Weltgesellschaft zeigt sich auch darin, dass sie nicht nur die von ihre slebst verursachten sozialökonomischen Zusammenbrüche von oben herab verwaltet und die von ihr selbst ins Elend gestürzten Menschen in Objekte ihrer heuchlerischen Hilfe verwandelt, sondern dass sie sogar noch diese 'Hilfe' als eigenen Geschäftszweig ausbeutet und damit die Krise selbst zum Marktgegenstand macht..“*[10]

Zu der an den Tag gelegten westlichen Herrenmenschen-Mentalität gehört ebenso eine „sexuelle Gewalt- und Elendsökonomie“. Frauen und Kinder werden in den Befriedungszonen von den westlichen Akteuren zunehmend als sexuelles Freiwild betrachtet. Viele halten bei ihren Einsätzen den Bordellbesuch als für ein ihnen zustehendes Recht. Obwohl beispielsweise in Mazedonien offiziell Puffs verboten sind, sind diese inoffiziell ein Wirtschaftsfaktor erster Ordnung. Das Sex-Business floriert aufgrund von Tausenden stationierter Soldaten und Hilspersonal Aus blanker Not verkaufen sich dort die Frauen an die westlichen „Friedensengel“ und „Beschützer“. Dem aber nicht genug – ein Großteil der Prostitution in den Protektoraten und Flüchtlingslagern beruht auf nacktem Zwang: *„Frauen und Mädchen [werden, der Verf.] regelrecht von der Straße weggefangen, müssen sich zwecks Begutachtung nackt auf Tische stellen und anschließend versteigern lassen, um die persönlichen Bedürfnisse derdes zahlenden westlichen Friedenspersonals zu befriedigen und die Taschen ihrer Gewalttäter zu füllen.“*[11]

Aufgaben für eine emanzipatorische Kritik

Wie im Falle der Sozialkritik[12] ergeben sich für eine aus der Kritik der bestehenden Verhältnisse abgeleitete emanzipatorische Praxis auch im Falle von Rassismus und Antisemitismus (letzterer ist in diesem Text nicht weiter beleuchtet worden, einfach weil

dazu in den vergangenen Monaten bereits ausführlich Stellung bezogen wurde) notwenigerweise zwei Ebenen des Handelns.

Auf der Ebene von analytischer Durchdringung der herrschenden Verhältnisse und der Perspektive der Überwindung derselben ist auch die Kritik von rassistischen und antisemitischen Ideologien angesiedelt. Rassismus und Antisemitismus als Ideologien der scheinbaren Krisenbewältigung treten in Zeiten der fundamentalen Krise offener zutage und gebärden sich aggressiver. Vom Standpunkt der Kritik und der kommunistischen Überwindung des Kapitalismus sind diese Ideologien nur mit – aber nicht innerhalb – der warenproduzierenden Gesellschaft abzuschaffen. Dem Verfall in die Barbarei ist letztendlich nur zuvorzukommen durch eine emanzipatorische Transformation. Kritik, verstanden als Vernichtung ihres Gegenstandes (analytisch als auch real) sollte im Mittelpunkt stehen, Rassismus und Antisemitismus nicht abgelöst vom Gesamtzusammenhang betrachtet werden. Dazu gehört auch die Abkehr von Politik als Ansatz und die Aufgabe von Teilbereichs-Denken.

Natürlich heißt dies nicht automatisch, jede Form politischen Handelns bzw. von Handeln innerhalb der bestehenden Verhältnisse, auch in Teilbereichen, für immer und vollständig auszuschließen. Und hier kommt die zweite Ebene ins Spiel. Denn, in dem Maße, wie sich Rassismus und Antisemitismus aggressiver gebärden, gehören sie auch bekämpft. Das eigene Leben, die eigene Existenz gilt es vor den Zumutungen des Kapitalismus und seiner Ideologien verteidigen. Das kann sehr wohl auch heißen, solidarisch und zusammen mit den Opfern rassistischer und antisemitischer Gewalt zu agieren - und auch, dagegen in Diskussionen, Flugblättern, Demonstrationen, Angriffen auf faschistische Zentren oder rassitische Institutionen etc . vorzugehen. Durchaus kann es im Einzelfall auch sinnvoll sein, mit bürgerlichen Vereinen oder Gewerkschaften Bündnisse zu schließen, gerade in Gebieten mit starker Nazidominanz. Man sollte sich allerdings bewußt sein, daß dies auf Dauer keine Lösung darstellt, sondern eine Lösung nur jenseits der dieser Verhältnisse zu suchen ist. Außerdem gilt es, aufzupassen, Politik nicht als Primart des eigenen Handelns zu begreifen, sondern nur als in bestimmten Situationen notwendig.

Schlußfolgerungen

Wenn sich auch mit dem „Ende der Antifa" verstärkt ein Engagement gegen Antisemitismus auftat (welches gerade bezüglich vieler antideutscher Gruppen als zumindest zweifelhaft erscheint und argwöhnisch betrachtet werden sollte), so bedeutete es aber vielerorts auch eine Abkehr von Auseinandersetzung mit Rassismus und Fremdenfeindlichkeit – sowohl von seiten des Staates als auch seiner Bürger und der Naziszene im Speziellen. Die Entwicklung der Nazisszene, die letzte Naziaufmärsche in Leipzig und anderswo, die Anzahl rechter Gewaltverbrechen und Straftaten belegen, daß es falsch ist, auf dem rechten Auge blind zu sein.

Wer meint, sich auf die Zivilgesellschaft und den Staat zu „verlassen" zu können oder gar zu behauptet, daß diese das Naziproblem besser lösen könnten, unterliegt einem Irrtum und vergißt, daß Rassismus und Antisemitismus den bestehenden Verhältnissen entspringen und außerdem ein staatlicher Aktuer, der selbst eine fremdenfeindliche Politik fährt, kaum wirksam den aus der Mitte der Gesellschaft kommenden Rassisten und Antisemiten Einhalt gebieten kann, gerschweige denn sich selbst. Die kapitalistische Ordnung kann sich schwerlich ihrer eigenen Ideologien, die sie immer wieder von neuem gebärt, entledigen. An der Notwendigkeit des Handelns gegen Rassismus und Antisemitismus und deren Akteure ist nicht zu rütteln. Es kann aber nicht um ein Revival der Antifa geben, diese ist aus guten Gründen als Bewegung von der Bildfläche verschwunden. Vielmehr geht es um einen Blick auf die gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse, eine Kritik an ihnen mit der Perspektive der Überwindung. Eingebettet in diese Perspektive wird es auch nötig sein, weiterhin gegen Nazis und Staat zu argumentieren, notfalls auch aktiv ein- und anzugreifen. Dabei gilt es nötigenfalls auch, in bestimmten Bewegungen zu polarisieren und reaktionäre Kräfte zurückzudrängen. Dies müßte allerdings anders geschehen, als es einige antideutsche Gruppen vorgemacht haben bzw. immer noch vormachen. So war und ist es grundsätzlich falsch, sich wie die ehmalige AKG als etwas Besseres und Außenstehendes zu halluzinieren, daß man über den Dingen stünde und schon die Weisheit mit Löffeln gefressen hat – um dann in martialischer, männlicher Manier sich einer Antikriegsdemonstration entgegenzustellen, sie allesamt als Mörder und Antisemiten zu denunzieren und sich dann zuguterletzt noch als Opfer zu stilisieren.

Für eine linke, emanzipatorische Praxis konkret hier in Leipzig könnte als eine Schlußfolgerung aus dem Vorangegangenen gezogen werden, den kommenden Naziaufmärschen nicht mehr das Kopfkissen vorzuziehen, sondern die Straße. D.h. sich den Nazis entgegenstellen, ihnen bestenfalls das Marschieren zu verunmöglichen und dabei im Hinterkopf haben, daß sie ein Produkt kapitalistischer Verhältnisse sind und nicht etwa etwas, was westlichen Demokratien widerspräche. D.h. Aber auch, die Heuchelei eines sich offen und freundlich gebenden Deutschlands, Europas, Amerikas etc. - Zentrums der kapatitalistischen Welt überhaupt – als das zu denunzieren, was es ist: chauvinistisch, rassistisch und mörderisch. Daraus ergibt sich notwendigerweise auch die inhaltiche Einbettung der Thematisierung von Rassismus und Antisemitismus in eine Kritik der warenproduzierenden bürgerlichen Gesellschaft und deren globaler Krise.

Nachdem das Antiolympische Komitee (AOK-L) die ersten Feierlichkeiten plus sofortiges Verfassen eines Auflösungspapier hinter sich gebracht hatten, traf sich die incipito noch mal mit zwei Helden der erfolgreichsten Gruppe der Gegenwart.

„Radikale Sozialdemokraten" gegen Olympia

Incipito: Erfolg auf der ganzen Linie, oder?

Jochen: Ja ,wir sind glücklich. Das gibt es ja selten in der linken Bewegung.

Jürgen: Seit Jahren als Linker mal wieder was, was man gemacht und geschafft hat, etwas Weltbewegendes.

Jochen: Eigentlich war Leipzig ja auf Platz eins beim Internationalen Olympischen Komitee, aber dann kamen wir.

Incipito: Eigentlich seid ihr ja gar keine richtigen Linken, sondern radikale Sozialdemokraten, weil ihr nur Olympia verhindern wollt, sagt zumindest die Leipziger Gruppe „tomorrow".[1]

Jochen: Natürlich sind wir keine explizit kommunistische Gruppe, weil wir uns nicht zusammengefunden haben, um dem Kommunismus zum Durchbruch zu verhelfen. Man kann ja eingestehen, dass bei der antiolympischen Arbeit wenig über Kommunismus geredet wurde, aber wenn tomorrow behauptet, dass wir eine Bürgerinitiative, sozialdemokratisch und lokalpatriotisch wären, dann ist das einfach Quatsch.

Lokalpatriotisch seien wir, weil wir nur gegen Olympia in Leipzig seinen, was falsch ist, denn wir haben immer betont, dass wir generell gegen Olympia sind. Begründet wurde dieser Vorwurf damit, dass wir uns nach dem Scheitern Leipzigs auflösen würden, was ja auch auf der Hand liegt, aber nicht für Lokalpatriotismus spricht, weil wir gar keine Möglichkeiten hätten Olympia beispielsweise in New York zu verhindern und wir uns komisch dabei vorkommen würden als deutsche Antiolympia-Gruppe den New Yorkern vorzuschreiben, dass sie keine Olympischen Spiele ausrichten dürfen.

Unsere Olympiakritik war ja einerseits eine sehr allgemeine und andererseits keine lokalpatriotische, sondern eine sehr zugespitzte an den Leipziger und den deutschen Verhältnissen. Sozusagen eine antideutsche und Anti-Leipzig-Kritik an der Bewerbung. Das betrifft einerseits Leipzig als Oststadt mit seinen Ningel-Ossis und Verschwörungstheorien und andererseits Deutschland mit seinem Nationalismus, wo ja auch die Medien immer darauf hingewiesen haben, dass es eine derartige nationale Begeisterung in keinem anderen Land gibt.

Incipito: Ihr habt ja versucht eine grundsätzliche Kritik mit der entsprechenden Praxis zu verbinden, was dann aber auch zu Argumenten geführt hat, wie : 'Wenn Olympia kommt, dann steigen hier die Mietpreise.' und dann wiederum die Kritik kam, dass das ja wohl kaum Inhalt einer linken Kritik sein kann.

Jürgen: Es war am Anfang auch schwierig, sich darüber zu verständigen, was die Grundlage unserer Gruppe sein sollte. Es war relativ schnell klar, dass eine pure Kapitalismus- und Olympiakritik auch zu verkürzt wäre, auch wenn dies der Ausgangspunkt bleiben sollte. Aber auch Sachen wie Mietpreise und Repression und das was da dran hängt sind wicht, trotzdem es lokalpolitischer Kram ist, weil es Leute in der linken Szene berührt. Und so haben wir uns entschieden, das mit im Selbstverständnis zu erwähnen, dass dies auch Folgen sind, die mit Olympia kommen können und ich persönlich mache keinen Hehl daraus, dass ich das für eine wichtige Sache halte. Aber am Schluss wurden diese Argumentationen eher weniger, weil es eben nicht unser Anliegen war als Bürgerinitiative durch die Gegend zu ziehen und die Bürger auf Antiolympia zu polen, sondern es uns ganz klar darum ging, die linke Szene zu erreichen.

Incipito: Wie kamt ihr auf Angela Marquardt als Anmelderin eurer Demonstration am 15.05.?

Jochen: Es ist ja so, dass man schon versucht prominente Leute für die Demoanmeldung zu finden, weil es einen gewissen Schutz darstellt. Das ist ja in Leipzig auch gängige Praxis. Und irgendjemand hatte Kontakte zu ihr und hat das dann angerührt.

Im nachhinein muss man natürlich feststellen, dass das so ein bisschen ein Fehler von uns war, weil wir das, was sie hat verlauten lassen, total bescheuert fanden. Sie kannte unsere Position, sie kannte unsere Texte und es gab auch Gespräche mit ihr. Sie war also eingeweiht und wusste, warum wir gegen Olympia sind und hat dann sowohl nach der Demo, als auch am Tag der Entscheidung (18.05.) ziemlich unsägliches Zeug verbreitet. Da ging es dann um arme Ossis, die verarscht werden von Tiefensee und darum, dass man mal wahre Arbeitsplätze schaffen müsste und nicht nur temporäre. Ich war da ein wenig überrascht, dass sie eine Kritik an Olympia vom Stapel lässt, die wir in unseren Texten auch ins Visier der Kritik genommen

[1] Unter http://www.nein-zu-olympia.de/html/texte/tomorrow.php gibt es den kompletten Briefwechsel zwischen AOK-L und Tommorow

haben.

Incipito: Ihr habt versucht, seit über einem Jahr eine gewisse Öffentlichkeit herzustellen, und in dem Moment, wo sich eine bundesweite mediale Präsentation bietet, kommt eine Angela Marquardt und erzählt das komplette Gegenteil dessen, was ihr versucht habt zuvor zu thematisieren.

Jürgen: Ich hätte gar nicht damit gerechnet, dass sie zum Interview im ZDF herangezogen wird, aber das AOK hat auch seine Hoffnungen nicht an sie gebunden. Wir waren nicht darauf aus, dass sie nach Leipzig kommt und den bundesweiten Medien noch mal unsere Kritik präsentiert. Es war natürlich Scheiße, dass sie das alles erzählt hat, aber ich habe das jetzt auch nicht so als Podium empfunden, um unsere Kritik bundesweit publik zu machen. Die Sachen, die im Vorfeld liefen waren viel wichtiger.

Auf das Thema Olympia hat die Linken ja eher mit einer Konsumhaltung reagiert. Da wurden die Veranstaltungen mal mehr, mal weniger besucht, aber ansonsten war die eigene Antriebskraft, sich selbst zu beteiligen nicht so groß, was sich ja auch in den Texten, die meistens von euch kamen niederschlug. Ist es nicht frustrierend anderthalb Jahre Politik zu betreiben und doch meist allein dazustehen?

Jürgen: Alles in allem vielleicht ja, zumal es ja neben der Theorie auch Themen gibt, die die Leute praktisch betreffen würden. Trotzdem würde ich angesichts der Demo am 18.05., die ich sehr erfolgreich fand, weil relativ viele Menschen aus verschiedenen linken Gruppen da waren, sagen, dass es sich letztlich doch gelohnt hat und man Leute dazu gebracht hat, über das Thema nachzudenken und auf eine Demo zu gehen. Und bei den Veranstaltungen waren ja auch immer Leute. Wir saßen ja nie zu fünft dort...

Jochen: Einmal sogar nur zu zweit...

Jürgen: Ok, das hab' ich wohl verdrängt.

... wir hatten natürlich die stille Hoffnung, dass die Veranstaltungen und Texte dazu führen, dass sich in bestehenden Gruppen über diese Themen auch auseinandergesetzt wird. Bspw. mit dem Reader hat das ja auch ein stückweit funktioniert, als wir Leute/Gruppen angefragt haben, ob sie zu bestimmten Themen etwas schreiben wollen.

Es ist auch gar nicht mehr möglich mit linker Arbeit tausende Leute hinter die eigene Idee zu bringen. Da haben wir uns auch gar nichts vorgemacht. Von daher sehe ich das im Rückblick auch nicht mehr ganz so frustrierend, wie ich dies zwischendurch vielleicht mal gesehen habe. Wir habe Kritik vermittelt und Leute haben sich, das habe ich an den Reaktionen gemerkt, mit dem beschäftigt, was wir proklamiert haben.

Jochen: Ich fand die inhaltliche Resonanz auch nicht so schlecht.

Was ich eher enttäuschend fand, waren die Aktionen, weil da viel gegangen wäre. Es gab ständig irgendwelche bekloppten Olympia-Events, bei denen man hätte intervenieren können, was wiederum mehr Spaß gemacht hätte, als wieder nur eine Demo. Es gab ein paar Aktionen zu denen wir aufgerufen haben, aber die meisten sind einfach gefloppt, weil niemand gekommen ist und das verstehe ich bis jetzt noch nicht, weil ich denke, dass wir uns mit der Ablehnung von Olympia schon auf einen Konsens in der Leipziger Szene berufen können.

Incipito: Es gibt ja auch den Roten Stern, der ja von vielen Leuten aus der Szene als Sport- insbesondere Fußballverein favorisiert wird. Gab es dort im Umfeld des Vereins, bei den Supportern Diskussionen über eure generelle Sport- und Olympiakritik.

Jürgen: Es gab ja schon früher Anhänger des Roten Stern, die versucht haben das Leistungsprinzip im Sport und so auch beim Stern zu thematisieren, sich also gefragt haben, wie dieses Streben nach Aufstiegen oder sportlichem Erfolg mit linken Positionen zu verbinden ist, wenn man ansonsten das Leistungsprinzip im Kapitalismus kritisiert.

Aus Einzelgesprächen weiß ich, dass viele Anhänger des Stern die Sportkritik nicht nachvollziehen konnten und sich gefragt haben, was das jetzt soll. Andererseits sind die Begleiterscheinungen von Großveranstaltungen (z.B. Überwachung und Repression) Themen, die interessieren.

Die Sportkritik an sich war total unverständlich, weil viele einfach sagten, dass es doch toll ist, Fußball zu spielen oder sich die EM oder WM im Fernsehen anzuschauen. Ich habe das Gefühl, dass wir bei den Sportbegeisterten in der Szene relativ wenig aufgebrochen haben, auch wenn diese bei der Demo waren.

Incipito: In zwei Jahren ist Fußball-WM in Leipzig. Da lassen sich ja auch viele Parallelen zu Olympia finden. Gründet ihr euch als Anti-Fußball-Komitee neu?

Jochen: Ich finde, man kann hier einen flammenden Appell abdrucken, dass so etwas zu geschehen habe, dass man sich aber auch nicht auf das AOK verlassen darf, weil sich das AOK erst einmal aufgelöst hat, wir es aber natürlich gut finden, etwas gegen die Fußball-WM zu machen.

Wir sind doch nicht blöd. AOK.

1½ Jahre Anti-Olympisches Komitee Leipzig – eine Bilanz in zwölf Akten.

Anti-Olympisches Komitee Leipzig

Die Menschen

Das Anti-Olympische Komitee Leipzig fand sich Ende 2002 zusammen und löste sich am 18. Mai 2004 auf. Im Lauf seiner kurzen Geschichte waren 27 Personen Mitglied, aber nie mehr als elf gleichzeitig – d.h. es herrschte eine hohe Fluktuation. Dies erklärt auch gewisse aktionistische Konjunkturen und inhaltliche Schwerpunktverschiebungen. Drei Personen waren von Anfang bis Ende dabei. Der Frauenanteil lag bei durchschnittlich bei 40%. Ehemalige Stasi-Mitglieder gab es keine, dafür vier VeganerInnen[1]. Doppelmitgliedschaften kamen vor, hingegen keine Korruptionsfälle (leider!). Das Durchschnittsalter betrug 24 Jahre. Trotz grundsätzlicher und allumfassender Sportkritik betätigen sich die Mitglieder das AOK im Schnitt drei Stunden in der Woche sportlich – und liegen damit deutlich über der Zahl für die Leipziger Bevölkerung. Erste Ränge bei der Hitliste der AOK-Sportarten belegen: Wassertreten, Wasserpistolenweitspritzen und Pfannkuchenwettessen.

Die Tradition

Das AOK behauptete, sich in der Tradition der anti-olympischen Bewegung von Berlin Anfang der 90er Jahre zu sehen. Das war natürlich einerseits übertrieben (das AOK Berlin mobilisierte zu seinen Demos jeweils 15.000 Menschen und verursachte Kosten in Milliardenhöhe, vgl. mit den Kapiteln „Die Finanzen", „Die Demo")[2], andererseits ein Trick, um 1) an dem Glamour der Berliner NOlympics zu partizipieren, 2) nicht viel zu sagen zu müssen (weil ja damals schon alles gesagt wurde) und 3) sich von Berlin abgrenzen zu können – getreu dem Motto: Wir sind was besseres! So findet sich im Demoaufruf die an sich richtige Kritik an der Losung „Volxsport statt Olympia". Allerdings unterstellt sie, dass sie damals weit verbreitet war und mit Volxsport ein autonomes Konzept vom Breitensport à la Volxküche verbunden war. Jedoch: Breitensport statt Olympia forderten auch einzelne Stimmen auf unserer Demo – viel mehr waren es damals wohl auch nicht. Und mit dem Wörtchen „Volxsport" war damals meist die Wagensportliga (d.h. das Abfackeln von Bonzen- und Sportautos) gemeint, und eben kein Konzept für den Massensport. Nun mögen auch diese militanten Aktionsformen gegen „Bonzen" kritikwürdig sein, unsere Kritik, dass wir ja Sport generell ablehnen[3], zielte jedoch leicht daneben. Die BerlinerInnen fielen auf unsere Tricks jedoch nicht rein und ignorierten unsere Kampagne konsequent. Zur zweiten geplanten Veranstaltung reiste das Ex-AOK Berlin gar nicht erst an – und ein positives Feedback aus der Hauptstadt gab es erstmals nach dem 18. Mai, als die Entscheidung gegen Leipzig gefallen war.

Die Finanzen

Es wurden 3417,12 Euro umgesetzt und – ganz im Gegensatz zum Minusgeschäft der Leipziger Bewerbung – mit Plusminus Null abgeschlossen. Zum Minusgeschäft der Stadt trug das AOK in nur sehr beschränkten Umfang bei. Insgesamt entstanden durch das AOK und seinem Umfeld Kosten in Höhe von ca. 10.200 Euro.[4] Fakt ist, dass wir mit unserem Umsatz einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der regionalen Wirtschaft geleistet haben. Wir achteten konsequent auf regionale Zulieferer, um Mitteldeutschland[5] wieder auf die Beine zu helfen!

Die Inhalte

Das AOK Leipzig lehnt die Olympischen Spiele grundsätzlich ab. Gegründet hat es sich allerdings, um die Spiele in Leipzig zu verhindern. Im Laufe der Zeit rückte auch dieses Ziel in unerreichbare Ferne – die Außenwirkung des AOK war fast Null. Die IOC-Entscheidung für oder gegen Leipzig hing offensichtlich nicht von unseren Aktionen ab – ganz im Gegensatz zu erfolgreichen NOlympia-Kampagnen wie in Amsterdam oder Berlin.

Deswegen wurde auch die Kritik an der Leipziger Bewerbung und die damit einhergehenden Scheußlichkeiten Bestandteil unserer Arbeit. Es ging dabei einerseits darum, die Linke für das Thema zu sensibilisieren und am Beispiel von Olympia eine generelle Sportkritik zu popularisieren. Andererseits wollten wir mit unseren Nadelstichaktionen die „one family" wenigstens ansatzweise stören.

Im Zusammenhang mit Olympia ergab sich ganz von selbst eine intensive Beschäftigung mit Überwachung und Innenstadtpolitik, Leistungswahn und Kapitalismus, Nationalismus und völkischen Turntraditionen.[6]

Die Klagen

Mehrere (Urheberrechts-)Klagen wurden uns angedroht. Los ging es mit einem Foto von einem Hund mit Olympiamütze auf'm Kopf. Dieses Motiv – tierische Begeisterung für Olympia – fand im Format 1 cm x 1 cm

[1] Ob da ein Zusammenhang mit unserer generellen Unsportlichkeit besteht, bedarf genauerer Untersuchungen.

[2] Vgl.: Kommt eine Rauchbombe geflogen... – Interview mit dem autonomen Anti-Olympia-Komitee aus Berlin, in: Die Beute 01/1994, S. 73-82

[3] Zur Begründung der generellen Sportkritik siehe u.a.: http://www.nein-zu-olympia.de/html/texte/reader/read07.htm

[4] Polizeieinsatz bei der Demo: 4.500 Euro, Putzbrigaden zur Entfernung von AOK-Plakaten: 1.200 Euro, verlorene Klage vor dem Sächsischen OVG wegen der Demoauflagen: 800 Euro, Bestechung der Medien wegen Ignoranz gegenüber AOK-Pressemitteilungen: 237 Euro, Staatsschutz-Besuch bei den AOK-Veranstaltungen inkl. der dazu notwendigen Adorno-Lektüre: 978 Euro, Telefonate mit Veranstaltungsorten, um sie zur Absage von AOK-Veranstaltungen zu bewegen: 0,95 Euro, Bestellung von

Eingang in einen unserer Aufkleber. Ein dpa-Journalist erkannte es trotzdem und zwang uns, diesen Aufkleber von der Homepage zu nehmen. (Die anderen dpa-Fotos übersah er beflissentlich.)
Als nächstes erreichte uns die Kunde, dass die Krankenkasse AOK uns die weitere Verwendung unseres Namens verbieten wollte. Viele verunsicherte BürgerInnen würden bei der Krankenkasse anrufen und die MitarbeiterInnen skeptisch fragen oder wüst beschimpfen ob der AOK-Aktionen in Leipzig. Dabei sei doch die wahre AOK voll und ganz für Olympia. Daraufhin beschlossen wir unsere Auflösung.
Kurz davor jedoch – todesmutig – coverten[7] wir die „Leipziger Freiheit"-Plakate[8] der *Stadtmarketing Leipzig GmbH*. An dem Spiel „Finde sieben Unterschiede" wollten sich die JungmanagerInnen leider nicht beteiligen. Auch hier mussten wir uns geschlagen geben – und nahmen die Bilder aus dem Netz. Mit unserem Werbespruch: *„Leipziger Freiheit* – jetzt verboten!" fanden die wirklichen Plakate schließlich reißenden Absatz.

Der Prozess

Diesen juristischen Drohgebärden wollten wir aber nicht tatenlos zusehen. Um uns nicht sinnlos zu verzetteln, verklagten wir nicht die Marionetten der Stadt wegen Akribie, Humorlosigkeit und Plagiats-Paranoia. Sondern wir wandten uns direkt gegen die Stadt – gegen den Demoauflagenbescheid vom Ordnungsamt. Da standen so alberne Sachen drin, wie: Nicht mehr als 30 Spruchtafeln, Transpis an der Seite nicht länger als 1,5 Meter und OrdnerInnen haben sich auszuweisen. Das mit dem Tafeln war uns egal, denn Linksruck wollten wir eh nicht dabei haben. Die Transpis störten uns auch nicht weiter, denn wer will schon so langatmig malen? Aber mit den OrdnerInnen – das bereitete uns Probleme. Ein von Alters her undankbarer Job. Sich aber dann noch ausweisen zu müssen, nur weil – wie die Stadt es begründete – schlechte Erfahrungen mit Nazi-OrdnerInnen gemacht wurden. Nazis, die auch von allein sauber in Achter-Reih' und Glied laufen und genau wissen, wann „Ruhm und Ehre der Waffen-SS" zu grölen ist und wann nicht?! Kaum war die Klage eingereicht, nahm die Stadt das mit den 30 Tafeln klammheimlich zurück – sie wollten uns also doch Linksruck auf den Hals hetzen. Nun wurde es um so wichtiger, über gute und durch die Anonymität geschützte OrdnerInnen zu verfügen. Wir gingen also bis vor das Oberverwaltungsgericht – bekannt für seinen Hass auf Linke – und gewannen trotzdem.
Linksruck kam schließlich nicht, OrdnerInnen hatten wir mehr als benötigt und die Transparente waren teilweise länger, als die Polizei erlaubt. Ein Polizist verfing sich dann darin während einer Sprinteinlage – und die OrdnerInnen, „dein Freund und Helfer", befreiten ihn wieder aus der misslichen Lage und klärten ihn darüber auf, dass auch eine anti-olympische Demo so unsportlich gar nicht ist, wie man manchmal glaubt.

Die Leugnung

Damit haben wir (leider) nichts zu tun: „Halle. 13.33 Uhr, Markt: Die IOC-Entscheidung ist gerade gefallen, doch die TV-Schaltung auf der Leinwand klappt nicht – Bilder sind Fehlanzeige. Moderator Udo Becker rennt zum nächsten Autoradio, kommt zurück auf die Bühne, hebt bedauernd die Arme und ruft ins Mikro: 'Leipzig hat es nicht geschafft!'"[9] Manchmal schießen sich die DeppInnen mit ihrem Unglück im Unglück halt selbst aus dem Rennen...

Die Aktionen

Wir hingegen pflegten bei unseren Aktionen immer gesittetere Umgangsformen. Die meisten Aktionen, zu denen wir aufriefen, fielen mangels Beteiligung ins Wasser.[10] Manchmal standen wir zu zweit da, dann mal wieder zu fünft oder zu zehnt. So ließen sich dann zwar fast immer unsere Flugblätter verteilen, aber nicht öffentlichkeitswirksam die Bühne oder das Podium besetzen. Gelang dies trotzdem, wurden wir recht schnell abgeräumt und bekamen die üblichen Sprüche zu hören. Die brötchenfressende Bevölkerung war der Meinung, wir sollten erst mal arbeiten gehen – und mit Olympia würden sie schon die entsprechenden Stellen für uns schaffen. Die kaviarverwöhnten PodiumsteilnehmerInnen hingegen verhöhnten uns mit der unfreiwilligen Eingemeindung in ihre „one family" und lobten ausdrücklich unsere friedlichen und demokratischen Aktionsmethoden, die im so deutlichen Kontrast zu den Berliner NOlympia-Protesten in den 90ern stehen würden. Die Lokalpresse hingegen bedauerte gar am nächsten Tag, dass wir nach zweiminütigen Protest abgezogen wären und uns nicht der Diskussion gestellt hätten. So kann man einen unsanften Rauswurf durch Polizei und Wachschutz auch bezeichnen...
Nicht weiter verwunderlich ist demzufolge, dass unserer eigentlicher Traum, dass nämlich die alleinige Existenz des AOK der Funke ist, der alle brennend heiß darauf macht, etwas gegen Olympia zu tun, immer nur ein Traum geblieben ist. Es bleibt festzustellen, dass das Thema NOlympia zumindest in Leipzig keines ist, was die Leute hinter dem Ofen hervorlockt oder gar zum Selbstläufer werden kann.
Einmal mobilisierten wir allerdings fünftausend Menschen in Leipzig gegen Olympia. Und das kam so: Gerhard Schröder wollte sich höchstpersönlich für 30 Euro die Olympia-Fanartikel in Leipzig kaufen (er betonte in der Presse ausdrücklich, dass er die 30 Euro auch selbst bezahlt habe!) und eine Pressekonferenz geben. An der Leipziger Universität tobte gerade ein wilder, d.h. „konstruktiver" StudentInnenstreik. Auch die StudentInnen waren nun der Meinung, ihrem Kanzler mal die Meinung sagen zu müssen: „Wie sollen wir Deutschland zur bedeutendsten Friedensmacht machen, wenn an den Unis der Krieg um die Sitzplätze auf

AOK-Materialien inkl. Einrichtung einer Deckadresse: 17 Euro, Sachschäden: 2500 Euro

[5] Überzeugt hat uns die Plakatkampagne für Mitteldeutschland der titanic (März 2004, S. 26-27). Weniger überzeugend fanden wir hingegen die Äußerung des Chefs der Leipziger Olympia-Bewerbungs GmbH, Zühlsdorf, dass Mitteldeutschland, eine Region die mit Norditalien über die weltweit „größte Kulturdichte" verfüge, vom Harz bis nach Krakau und Prag reiche. (ZDF, 18.5.2004, 13:15 Uhr)

[6] siehe vor allem: http://www.nein-zu-olympia.de/html/archiv_t.htm und http://www.nein-zu-olympia.de/html/reader.htm

[7] http://de.indymedia.org/2004/05/83511.shtml

[8] http://www.leipziger-freiheit.de

[9] LVZ 19.05.2004, S. 2

[10] Übersicht über anti-olympische Aktionen in Leipzig: http://www.nein-zu-olympia.de/html/events.htm, Fotos zu einigen Aktionen: http://www.nein-zu-olympia.de/picture/noolympia/index.php

der Tagesordnung ist", fragten sie unterwürfig. Unter die Blockade des Leipziger Olympiabüros mischten sich einige AktivistInnen des AOK – und flugs war am nächsten Tag von den mächtigen anti-olympischen Protesten die Rede.

Die Demo

Die Demo am 15. Mai 2004[11] offenbarte noch mal die Richtigkeit unserer ganzen Kritik an dem olympischen Spektakel. Auf der Route des Staffellaufes sollte eine Menschenkette gegen die Demo stattfinden. Die Stadt bzw. die Pro-Olympischen Vereine meldeten mehrere Jubelkundgebungen auf unserer Route und dem Platz der geplanten Auftaktkundgebung an. Wir hatten nämlich den Fehler begangen, die Demo zwar rechtzeitig anzumelden, die Route aber erst später nachzureichen. In der Zwischenzeit hatte die Stadt von der geplanten Demostrecke Kenntnis erlangt und deswegen nichts unversucht gelassen, uns aus der Innenstadt zu drängen.

In den Lokalmedien wurde fleißig zu den zahlreichen Pro-Olympischen Kundgebungen mobilisiert, ohne mit einem Wort zu erwähnen, warum sie eigentlich stattfinden.

Während unsere Demo für Leipziger Verhältnisse mit ca. 800 Menschen sehr gut besucht war (es reisten kaum Auswärtige an), fielen die Pro-Olympischen Aktivitäten voll ins Wasser. Es regnete zwar den ganzen Tag, aber mit so einem Debakel hatte wohl niemand gerechnet. Die Menschenkette bestand aus Löchern und nicht aus Menschen. Am nächsten Tag war allerdings in den Lokalmedien zu lesen und zu hören, die Menschenkette wäre „geschlossen" oder „fast geschlossen" gewesen, 5000 Menschen hätten sich beteiligt. Die Demo, wenn sie überhaupt erwähnt wurde, wäre auf nur 240 oder 300 Personen gekommen.

Das stimmt allerdings nur für den zweiten Teil der Demo. Nach der Abschlusskundgebung zog genau jene Anzahl der TeilnehmerInnen lautstark zurück in die Innenstadt, um sich die Route zu nehmen, die von der Stadt verboten wurde. Erst als die Bühne des Olympia-Festes besetzt wurde und die Olympia-GegnerInnen begeistert zu dem Lied „New York, New York" tanzten, ließ sich die Polizei blicken und versuchte die Menge aufzulösen.

Leider hat sich unsere Demo-Anmelderin Angela Marquadt nicht genug mit unserer Olympia-Kritik auseinandergesetzt; sonst hätte sie nicht den ReporterInnen erzählt, das ganze Geld wäre statt für Olympia besser in Arbeitsplätze investiert worden. Und das AOK sei nicht gegen Olympia, sondern nur der Leipziger Bewerbung gegenüber kritisch eingestellt – wegen den hohen Mieten und so.[12] Bis auf dieses kleine Missgeschick war die Demo ein Erfolg. Sie hatte zwar keinerlei Einfluss auf die Entscheidung drei Tage später – es den LeipzigerInnen aber mal so richtig gezeigt zu haben, nach all den Rückschlägen und Entbehrungen anti-olympischen Protests der letzten Monate, erfüllte uns mit tiefer Befriedigung.

Die Entscheidung

Am 18. Mai 2004 entschied das IOC, dass Leipzig aus dem Rennen ist. Tausende LeipzigerInnen hatten sich in der Innenstadt versammelt, um das Ereignis vor diversen Bühnen oder Videoleinwänden live zu verfolgen. Nur weil die Lokalmedien, die Stadtverwaltung und die LeipzigerInnen selbst sich immer weis gemacht hatten, dass Leipzig auf alle Fälle weiterkommt, war die Enttäuschung dann entsprechend groß.

Am nächsten Tag schreibt die Leipziger Volkszeitung (LVZ) in ihrem Kommentar auf der ersten Seite vom „Lausanner Todesurteil". Entsprechend hingen im Rostock die Olympia-Fahnen auf Halbmast. Aber der Leipziger Opernintendant ist alt genug, um noch die alten Nazi-Durchhaltesprüche aufsagen zu können: „Was nicht tötet, härtet ab."[13]

Wer ist für den Tod der Stadt verantwortlich? Ohne deftige Dolchstoßlegende und Verschwörungstheorie geht in Deutschland nichts. Schuldig ist in erster Linie das IOC. Der LVZ-Leitkommentator weiß genaueres: „Rogge hält Leipzig plötzlich für zu klein. Wenn das stimmt, hätte man Leipzig erst gar nicht ins Messer laufen lassen dürfen. ... Wer will da an die Unbeeinflussbarkeit von IOC-Computern glauben? Es riecht nach unappetitlichen Verrenkungen hinter den Kulissen." Fakt ist, dass das IOC von Anfang an klar gesagt hat, dass Leipzig eigentlich zu klein ist. Nur in Leipzig wollte das niemand hören – die hochgeputschte, olympiabegeisterte Menge hat sich selbst ans „Messer" geliefert und sollte froh sein, jetzt wieder in die Realität zurückgeholt worden zu sein – und eben nicht erst in einem Jahr. Fakt ist auch, dass vielmehr die NOK-Entscheidung für Leipzig im nationalen Wettbewerb eine politische und emotionale Entscheidung war (Tiefensee spielt Cello, Leipzig – die Stadt der Wende, Aufbau Ost). Das IOC hat am 18. Mai 2004 mehr nach den objektiven Computerergebnissen entschieden. Sollte hinter den Kulissen gemauschelt worden sein, dann immer nur zugunsten von Deutschland – denn an einer solchen Großmacht kommt auch das IOC nicht vorbei. Leipzig hätte ohne die Lobbyarbeit und die Bestechungen, von denen auszugehen ist[14], noch schlechter abgeschnitten. Die LeipzigerInnen wissen nun jedoch nicht genau, ob sie sich mehr über New York oder Moskau aufregen sollen. Der Wendepfarrer Führer hat sich hingegen sofort entschieden: New York, Moskau und London hätten aufgrund der kriegerischen Politik ihrer Länder überhaupt nicht weiterkommen dürfen.[15] Auch beim ZDF weiß der Olympia-Moderator zu berichten, dass sich die USA mit ihrer Politik eigentlich „keine Freunde" gemacht haben, wohingegen Deutschland ein so zuverlässiges Land sei.[16]

Da das IOC als kollektiver Sündenbock herhalten muss, sieht das AOK jetzt endlich Chancen für einen massenhaften Absatz seiner Produkte, vor allem was den Aufkleber „Gib dem IOC kei-

[11] Siehe auch: http://www.nein-zu-olympia.de/html/demo.htm, AOK-Presseerklärung zur Demo: http://www.nein-zu-olympia.de/html/archiv_phtm#150504, Fotos von der Demo: http://www.nein-zu-olympia.de/picture/demo/index.php, Aufruf zur Demo: http://www.nein-zu-olympia.de/html/aufruf.php

[12] ZDF 18.5.2004, 12:40 Uhr

[13] LVZ 19.05.2004, S. 23

[14] Im Jahr 1993 zahlte das Berliner Olympia-Komitee 2,7 Millionen DM an IOC-Kader, nachdem es heimlich ermittelt hatte, welcher Autowünsche und sexuelle Vorlieben sie hätten und was sie vom Dritten Reich halten. Das war ein Grund für das Scheitern der Berliner Bewerbung für die Spiele 2000. (ZDF 18.05.2004, ca. 13:00)

[15] LVZ 19.05.2004, S. 3

[16] ZDF, 18.05.2004, 12:30 Uhr

ne Chance" betrifft. Vor dem 18. Mai noch panisch von jedem Laternenmast abgekratzt, erfreut er sich jetzt steigender Beliebtheit...
Schuld ist aber nicht nur das IOC und vor allem sein Präsident Rogge, der die Liste der nominierten Städte so „emotionslos" vorgetragen hätte[17], beklagt wird in Leipzig seit jeher der fehlende nationale Zusammenhalt. Die Westmedien würden gegen Leipzig und die Ossis hetzen, „Schröder wahrte stets sichtbare Distanz zur Leipziger Bewerbung, so als wolle er keinen Image-Schaden riskieren"[18], die Westfirmen hätten nur zögerlich die Sponsoring-Verträge unterschrieben,[19] die ausgebooteten West- & Oststädte hätten gegen Leipzig intrigiert und die Westbevölkerung habe keine so irrationale und völlig bekloppte Begeisterung an den Tag gelegt wie die LeipzigerInnen. Leider stimmt die Kritik der LeipzigerInnen am Rest der Welt nur zum Teil. Denn auch im Westen war der nationale Zusammenhalt meist wichtiger, als eigene Interessen bzw. ein nüchterner Blick auf die Leipziger Chancen. Die BundespolitikerInnen, denen die LVZ unterstellt, sie hätten „intern Kritik, Skepsis und Hohn über,die Ossis doch nicht!'" geäußert, standen immer hinter der Bewerbung. Schröder fällt deswegen am 18. Mai auch nichts besseres ein, als zu erklären: „Die Gründe, weshalb die Stadt gescheitert ist, liegen allein beim IOC" und Leipzig solle sich einfach noch mal bewerben.[20]
In der LVZ wird von allen Befragten zur Wiederholungstat (die Bewerbung für 2016) sowie zu offenem Widerstand aufgerufen: „Ich hoffe auf eine Trotzreaktion der Leipziger."[21] Tiefensee hatte ja schon vor der Niederlage die Parole ausgegeben: „Wer nicht kämpft, hat schon verloren", die später permanent zitiert wurde. Nun haben die LeipzigerInnen verloren. Wie echte Deutsche werden sie nun aber umso mehr kämpfen, statt endlich zur Besinnung zu kommen.
Von links bis rechts sind sich am Tag danach alle einig: Gewonnen hat der „Gigantismus", der „Kommerz", die „Großsponsoren"[22], die „internationale Medienmacht", die herzlosen und verlogenen Bonzen des „IOC" und die „politische Intrige", verloren hat der „Sport", die „Begeisterung" der LeipzigerInnen, die „Fairness", die „Nachhaltigkeit", die „olympischen Ideale", die Hoffnung auf „grüne, kompakte, menschliche und bescheidene Spiele", das „Herzblut der Leipziger", „Spiele im Herzen der Stadt".[23]

Die Abwicklung

Dass zu unserer Abschluss-Straßen-Party am 18. Mai 2004 im Leipziger Süden mehr Menschen kamen als zu jeder anderen Aktion (die Leipziger Volkszeitung berichtet von 100 Personen, die den Verkehr blockiert hätten und Straßenbahnen zum Umleiten gezwungen. Multipliziert mit dem LVZ-Faktor müssten also in Wirklichkeit mindestens 300 Personen vor Ort gewesen sein), kann entweder heißen, dass alle froh sind, dass es uns nicht mehr gibt oder froh, dass wir die Drecksarbeit geleistet haben. Wie dem auch sei. Für weitere Drecksarbeit wurden wir schon angefragt.
Die Kulturamtsleiterin der Stadt Leipzig wies uns in einer Email vor dem 15. Mai 2004 hin, dass unsere Demo an der Leipziger Gedenkstätte für die im Nationalsozialismus ermordeten Jüdinnen und Juden vorbeiführt. Wir sollten dafür Sorge tragen, dass der „Ort respektiert" wird. Wir bedankten uns für den Hinweis, sagten dies als Selbstverständlichkeit zu und kritisierten im Gegenzug die Gedenkstättenpolitik des Kulturamtes, welches lieber Leipziger AntisemitInnen als deren Opfer ehrt. Daraufhin fragte uns die Kulturamtsleiterin, ob wir nicht jemand wüssten, die oder der sich um die „Pflege der Anlage, Kehren etc." kümmern könnte. Dies sei nicht als „Abwälzen der Trägerschaft und Verantwortlichkeit" zu verstehen, sondern als Versuch, die „Gedenkstätte stärker in das öffentliche Bewusstsein" zu bringen. Wir sagten diese neue Tätigkeit zu – für den Fall, dass alle antisemitischen Denkmäler in Leipzig, einschließlich des Völkerschlachtdenkmals, abgerissen würden. Wahrscheinlich können wir noch länger auf diesen neuen Job warten als auf die nächste Olympiabewerbung...

Die Danksagung

Wir danken allen, die uns freiwillig oder unfreiwillig unterstützt haben. Insbesondere möchten wir uns vor den Großsponsoren verneigen (die allerdings geheim bleiben müssen). Liebe Grüße gehen aber auch an BerlinerInnen, die unsere Mobilisierungsveranstaltung so anstrengend fanden, dass sie die Demo glatt verschlafen haben. Wir grüßen die Leipziger Linke, die wenigstens die Demo nicht verschlief. Einige sind sogar kurz vorher aufgewacht und aktiv geworden – sehr lobenswert. Weniger löblich, dass die meisten erst nach der Entscheidung entdeckten, was es für tolle Aufkleber und Plakate gibt – und traurig anmerkten, wie schade es sei, dass jetzt alles vorbei ist. Sigmund Freud danken wir für die Bandenwerbung[24] und die Stadt Leipzig für die Spende einer Olympiafahne für unsere Demo[25]. Keinen Dank, aber wenigstens eine Erwähnung verdient die Tatsache, dass einigen Zeitungen und AutorInnen ihr Antikommunismus (d.h. der Stasiskandal und die Verachtung gegenüber dem Ostkitsch) wichtiger war als die nationale Sinnstiftung durch Olympia. Zu guter Letzt möchten wir unseren Sport-, Polit- und Grillvereinen danken, dass sie uns für die Zeit des anti-olympischen Engagements von unseren gesellschaftlichen Verpflichtungen entbunden haben – und somit einen entscheidenden Anteil an unserem gutem Abschneiden im weltweiten AOK-Wettbewerb hatten.

Der ursprüngliche Text des AOK besteht aus 23 Akten. Die Incipito hat wegen Platzmangel nur 12 abgedruckt. Der komplette Text ist auf unserer Homepage: www.left-action.de/incipito

[17] LVZ 19.05.2004, S. 3

[18] LVZ 19.05.2004, S. 1

[19] Am 15.05.2004 musste sich z.B. der Sony-Chef für Deutschland, Schweiz und Österreich in der LVZ dafür rechtfertigen, dass er keinen Olympia-Aufkleber an seinem Auto habe.

[20] LVZ 19.05.2004, S. 3

[21] LVZ 19.05.2004, S. 24

[22] Dass am Tag der Entscheidung vor der Olympia-Bühne in Leipzig nur O_2-Luftballons und mdr-Fahnen zu sehen waren, tut dieser Wahnvorstellung keinen Abbruch.

[23] Diese Schlagworte finden sich in Hülle und Fülle den Statements von SportlerInnen, PolitikerInnen und BürgerInnen, die die LVZ am Tag selbst oder später befragte. Eine genaue Quellenangabe würde so aussehen: LVZ 19.05.2004-28.05.2004, S. 1-26

[24] http://www.mob-action.de/bilder/details.php?image_id=1958

[25] http://www.mob-action.de/bilder/details.php?image_id=1964

Sport ist Mord?

Referat auf der gleichnamigen AOK-Veranstaltung am 17.02.2004 im Conne Island.

Martin D.

[1] außerdem: www.leftation.de/incipito

Im Folgenden gebe ich mein Referat auf der AOK-Veranstaltung „Sport ist Mord" aus dem Gedächtnis wieder (ich hatte damals keine schriftliche Fassung). Meine Position zum Thema Sport und Olympia kann in meinen Texten in CI, Prasses Erben, der Anti-Olympia-Broschüre oder auf unserer Homepage: www.wertkom.org nachgelesen werden und wird daher hier nicht noch einmal dargelegt. Ich konzentriere mich auf die Einwände des „Bündnisses gegen Realität" gegen mich, die im letzten Heft nachzulesen sind. Die Abhandlung der Einwände erfolgt thesenartig.



I

Mir wird unterstellt, in der These vom Zusammenhang zwischen Sport und Vernichtungskrieg den Nationalsozialismus zu relativieren. Ein starker Vorwurf - den es umfassend zu entkräften gilt. Mit dem Verweis auf den Nationalsozialismus wolle ich den Sport erst so richtig mies machen, so wie bspw. auch der Robert Kurz den Kapitalismus so richtig diskreditieren wollen würde, indem er ihn mit dem Nazifaschismus gleichsetzt, die Arbeit attackiert, indem er den Vernichtungsprozess in Auschwitz der Produktion bei VW als ähnlich bezeichnet etc.

Derweil spielt meine Formulierung bezüglich der Vernichtung nicht in diesem Sinne auf den Nationalsozialismus an. Ich halte die Praxis der Vernichtung nicht typisch für diesen. Wesentlich waren hier die Gründe, aus denen vernichtet wurde, also die *Ideologie des Antisemitismus* und der Kontext, in welchem die Vernichtung „durchgeführt" wurde: es wurden Menschen umgebracht, weil sie für ein Prinzip – nämlich für die abstrakte gesellschaftliche Vermittlung über den Wert – standen. Dabei wurde die Formierung der Deutschen zur modernisierten Volksgemeinschaft vollzogen. Man stählte sich in der Abwehr gegen ein Feindbild – man formte sich zum Mörderkollektiv und packte gemeinsam an. In der Abwehr gegen die angebliche jüdische Bedrohung *brachten die Deutschen in ihrer nationalsozialistischen Revolution ihr Land voran.*

Damit offenbarten die Deutschen den vernichtenden Charakter des Kapitalismus – sie zeigten, was in ihm steckt. Das war historisch bisher einzigartig. Heute nähert sich das palästinensisch/ islamistische Vernichtungskollektiv diesen Verhältnissen wieder an – allerdings unter völlig anderen historischen Vorzeichen.

Auch Robert Kurz bezeichnet Auschwitz gerade *nicht* als eine Fabrik wie jede andere auch: sondern als das explizit entgegengesetzte: Als eine *negative Fabrik.* Daher stammt das entsprechende Zitat, welches das BGR verwurstet, aus dem gleichnamigen Kapitel: „Die negative Fabrik Auschwitz". Gemeint ist dort: in Auschwitz wurde Vernichtung produziert wie in anderen Fabriken Produkte, die Organisation war eine ähnliche. Nur: geht es bei normaler Produktion um die Schaffung von Wert, so diente Auschwitz dem Gegenteil: der Vernichtung des Werts. Die Juden wurden stellvertretend für ein gesellschaftliches Prinzip umgebracht. Dass das BGR dieses Zitat auf derart eigentümliche Weise interpretiert, ist schon gar nicht mehr auf ein böswilliges Missverständnis zurückzuführen. Vielmehr zeigt die gesamte Argumentationsstruktur der Gruppe, dass sie den von Kurz dargelegten Sachverhalt tatsächlich nicht begriffen hat (was im Folgenden deutlich werden wird). Die Formulierung „negative Fabrik" interpretiert das

BgR kurzerhand als „positive Fabrik", weil ein negatives Denken in der flach positivistischen polizistisch-soziologistischen Denkungsart der BgR leider nicht vorgesehen ist.

Indem ich den Sport als die „Keimform des Vernichtungskrieges" bezeichnete, wollte ich auf etwas völlig anderes denn auf eine Gleichsetzung mit dem Nationalsozialismus hinaus: im Sport formierte man sich zu nationalen Gemeinschaften, die sich dann gegeneinander in die Materialschlachten des Ersten Weltkrieges stürzten. Hier wurden Menschen zu Material degradiert und förmlich verheizt. Hier offenbarte sich kapitalistischer Vernichtungswahn. Der nationale Sport lieferte bei der Formierung der Nation seinen unverzichtbaren Beitrag.

Daher ist auch völlig abwegig, zu behaupten, der Sport habe *„mit dem Krieg erst einmal so viel zu tun, wie Internet mit Kinderpornographie"*. (BgR) Der Sport ist wesentliches Moment der Konstitution von Nationen, hier stählten die Menschen ihre Körper für die kommenden Stahlgewitter und hier formierten sie sich zu Nationen, als welche sie alsbald gegeneinander antraten.

Indem dass BGR meine Analyse des vernichtenden Charakters des Kapitalismus per se mit einer Relativierung des eliminatorischen Antisemitismus der Deutschen gleichsetzt, macht es eine grundlegende Analyse der kapitalistischen Gesellschaft als Vernichtungs-, Zerstörungs- und Todeszusammenhang unmöglich – damit muss die Kritik des BGR zur einer Rechtfertigung des Kapitalismus verkommen – sooft man auch immer „Für den Kommunismus" auf Plakate malt und auf Flyer schreibt. Dazu passt es, diese Gesellschaft nur von ihrer positiven Seite (gemeint ist „positiv" im philosophischen Sinne!) wahrzunehmen und die tiefer liegenden Strukturen der bürgerlichen Subjektivität nicht zur Kenntnis zu nehmen. So können Referenten des BGR auch die Psychoanalyse als bloße Schwafelei denunzieren (indem sie dagegen nichts jämmerlicheres als ihr positivistisch-politizistisches Gerede setzen können). Wahrscheinlich kennen sie sie nur aus den Adaptionen der Bahamas, die systematisch gerade die Analyse des Todestriebs des bürgerlichen Subjekts ausblendet.

II

Wenn ich schreibe, dass die Antike bei weitem nicht so grässlich war, wie die Moderne, dann zielt dass darauf ab, dass diese Gesellschaft keine Materialschlachten, keinen Holocaust und keine flächendeckende Verwüstung der natürlichen Umwelt zustande gebracht hat. Theoretisch betrachtet unterscheidet sich die Moderne *von allen anderen Gesellschaften* dadurch, dass sie sich über das abstrakte Prinzip der Vermittlung durch Vernutzung menschlicher Arbeitszeit und die Konstitution der Wert-Abspaltung-Dialektik vermittelt – und dabei eine aberwitzige Wachstums – und Vernichtungslogik gebiert. Wenn ich schreibe, keine historische Entwicklungsstufe der Menschheit war so grässlich wie die Moderne, dann deutet dass nicht darauf hin, dass ich zu früheren Stufe „zurück" wolle. Auf diese Idee kann nur ein fortschrittsfreundlicher Geist wie der des BGR kommen, der, verfangen in der Fortschrittsideologie der Aufklärung und kulturell eingenebelt vom Mief einer postmodernen poplinken Lifestyle-Spießerszene, jeglichen Angriff auf Fortschritt und Moderne mit körnerfressenden Langbärten, die auf Bäume zurück wollen assoziiert. Die „Metamorphose des teutonischen Yuppies" (Scholz) ist nicht an dieser Szene vorüber gegangen – sondern wurde genau in dieser selbst vollzogen. Der rurale Körnerfresser von gestern ist der Poplinke von heute. Verbindendes Glied ist Feindschaft gegenüber einem lustvollen und genussreichen Leben, die sich selbst auch noch peinlicherweise als „hedonistisch" imaginiert.

Ging es bei den antiken Spielen wenigstens noch um Leben *und* Tod so geht es im Kapitalismus vielmehr *nur noch um den Tod* - und dagegen ist selbstverständlich nicht ein Zustand zu verteidigen, indem es „noch" um Leben *oder* Tod ging – sondern dagegen ist ein Zustand zu fordern, der ein glückliches und genussvolles Leben für alle Individuen ermöglicht.

Des Weiteren behauptet das BGR, ich würde die Antike und den dortigen Sport gegenüber der Moderne verteidigen. In diesem Zusammenhang stellt man fest, dass es in der Antike doch überhaupt keinen Sport gegeben habe. Mein Bezug zur Antike soll aber überhaupt nicht behaupten, dass es dort Sport gab, sondern er zielt darauf ab, dass die Antike, von den Olympiapropagandisten als Projektionsfläche benutzt wurde und bis heute wird. Nicht ICH sage, es gab dort Sport, sondern die bürgerliche Ideologie behauptet das: so wie sie in ihrem identitätslogischen Denken in jeder Tätigkeit Arbeit erblickt und typisch kapitalistische Phänomene wie Kultur, Freizeit, Sport, Arbeit auf die gesamte Geschichte ausweitet. Daher gilt es gegen diese bürgerliche Adaption der Antike durch die Moderne zu schlagen.

Dabei muss allerdings auch die Gemeinsamkeit klar sein: auch wenn's in der Antike keine totale Vermittlung über Wert und Abspaltung gab, so gab es doch auch dort eine fetischistische Gesellschaft, die von den Menschen nicht beherrschbar war und sich gegen sie wandte. Daher „grässlich" (gegen die Lobhudler der Vormoderne) aber nicht „so grässlich" (gegen die Lobhudler der Moderne). Zu fordern ist ein Zustand der eben überhaupt nicht grässlich ist.

III

Gegenüber meiner Leistungssportkritik fordert das BGR gerade eine Verteidigung des westlichen Leistungssports gegenüber der deutschtümelnden Turnbewegung. Diese Aufteilung zwischen Sport und Turnen, die das BGR gegen meine Texte in Anschlag bringt, entspricht explizit dem polarisierten Bewusstsein

dieser Gruppe. Das deutsch-völkische Turnen war eben keine *Flucht vor dem Kapitalismus in Richtung Vormoderne.* Alles was vormodern am Nationalsozialismus und seinen ideologischen Vorläufern erscheint, ist in Wirklichkeit hochmodern – ist gerade die Durchsetzung der Moderne unter Rückgriff auf vormoderne Versatzstücke und somit gerade der deutsche Weg in die Moderne, die Aufklärung in ihrer hässlichsten Gestalt, in ihrer deutschen Fratze. Die BGR-Position nimmt die bürgerliche Gesellschaft als monolithischen Block wahr, *sie* vereinheitlicht gerade, während sie es *mir* unterstellt. Die Moderne wird nicht als Dialektik von Moderne und Gegenmoderne betrachtet. Während für sie Aufklärung, Modernität, Ideologiefreiheit, Konkurrenz und Fairness für den Kapitalismus stehen und alles Vormoderne und Archaische für den Nationalsozialismus - so sage ich: der Rückgriff der Deutschen auf Folklore, Brauchtum oder Ganzheitlichkeit ist nicht vormodern, nicht der Rückfall ins Archaische, sondern *erscheint* lediglich als ein solcher. Tatsächlich entspricht diese doppelte Erscheinung im Bewusstsein der an ihm Beteiligten oder von ihm Gepeinigten genau der Logik der bürgerlichen Reflexion über sich selbst. So wie die Ware ihren inneren Widerspruch niemals an sich selbst, sondern immer nur am Geld, worauf sie sich als Ware bezieht, darstellen kann, während sie selbst nur als konkretes stoffliches Ding *erscheint*, so *erscheinen* im Kapitalismus auch Volk, Brauchtum, Handwerk, eben das „Konkrete" lediglich als die konkrete Seite, die aber eben gerade nicht zu verteidigen, sondern als immanentes Moment kritisiert und abgeschafft gehört. Man entkommt dem Dilemma aber nicht über den Holzweg des BGR und vieler anderer Antideutscher: im blinden Reflex auf die Positivbesetzung des Konkreten nunmehr das Abstrakte zu verteidigen.

Richtigerweise argumentiert das BGR: das Turnen diente *der Vorbereitung auf Kampf und Opfertod* und *richtete sich gegen die kapitalistische Rationalität.* Entscheidend ist, dass dies aber nur *Erscheinung* auf der Oberfläche gesellschaftlicher Realität ist. Deutsches Turnen *halluziniert* sich eben bloß als Gegensatz zum kapitalistischen Sport – diese Halluzination zu *glauben,* also sie für bare Münze nehmen und diese Erscheinung für eine Tatsache zu halten, bedeutet gerade auf die völkisch-romantische Ideologie hereinzufallen, anstatt ihren inneren Zusammenhang mit der Gesellschaft aufzudecken, in der sie entsteht. Die Berufung der Deutschen auf das biologisch-organizistisch begriffene „Volk" setzte eben nur die kapitalistisch-rationale Nation durch. Aber eben unter deutschem Vorzeichen mit den damit verbundenen Grausigkeiten. Indem die reaktionäre Gegenmoderne sich *scheinbar* gegen die kapitalistische Rationalität ausspricht, gibt sie ungewollt und unbewusst die hässliche Fratze ihres Widerparts zu erkennen. Moderne und Gegenmoderne sagen jeweils über ihr Gegenteil die Wahrheit aus. Ihr Gegensatz ist ein immanenter. Dies zu sagen, bedeutet nicht, Unterschiede einzuebnen, wie mir vom BGR unterstellt wird, sondern gerade die innere Widersprüchlichkeit des in sich falschen Ganzen aufzudecken und die *gemeinsame* Grundlage von Moderne und Gegenmoderne zu benennen, welche die Moderne selbst ist. Die Gegenmoderne ist daher nicht deshalb zu kritisieren, weil sie angeblich gegen die Moderne gerichtet wäre (also „rückschrittlich", „reaktionär" und was das fortschrittsswahnsinnige Gerede noch so alles an derartigen systemkonformen Vokabeln bereit hält), sondern gerade weil sie in ihrem Agieren gegen die Moderne nur wiederum selbst die Moderne durchsetzt. Die Gegenmoderne agiert auf der Grundlage der Moderne selbst (1), während sie ihre Wahrheit ausspricht (2). Alle angebliche Irrationalität der Gegenmoderne ist in Wahrheit selbst rational bis ins Detail, das Irrationale als Argument gebracht, wird per se zum eiskalt aufklärerischen Kalkül (ad 1). Dabei gibt sie zu erkennen, dass die Rationalität der Moderne vielmehr eine Binnenrationalität innerhalb eines irrationalrationalen Zusammenhangs ist. Sie legitimiert alles, was der Wertverwertung dient, so irrational dieses Prinzip auch immer sein mag. Rational ist sie nur in Bezug auf das als selbstverständlich vorausgesetzte (ad 2). Fazit: das Turnen imaginiert sich als Flucht vor dem Kapitalismus in Richtung Vormoderne: die Linke fällt darauf rein und denunziert das Turnen bloß als reaktionär, während es doch *als Reaktionäres* den Fortschritt vorantriebt und damit den reaktionären Charakter des Fortschritts selbst unfreiwillig kundtut.

IV

Zitat BGR: *„Beides – sowohl den Sport als auch das Turnen – können und sollten GegnerInnen des Kapitalismus' schlecht finden und kritisieren, aber niemals gleichmachen. Denn im kapitalistisch ausgerichteten englischen Sport entwickelten sich Ideale wie Fairness und Teamgeist, auf die sich später nicht nur der proletarische Sport positiv bezog, sondern die auch Ausgangspunkt einer über die Gesellschaft hinausreichenden Kritik sein können. Die deutsche Turnerschaft hingegen versuchte diese Ideale auszumerzen und jede Kritik an den Verhältnissen zu verunmöglichen. Sie denunzierte den Sport als undeutsch und dem „Krämergeist" der Briten entspringend."*

Es geht – wie gesagt – nicht um Gleichmachung – sondern um das Aufzeigen des Aufeinanderverwiesenseins und der gemeinsamen Basis. Ein Denken, welches dies allerdings nicht klar hat, muss meine Argumentation zwangsläufig als Gleichmacherei verkennen, da sie selbst die Besonderheit der Moderne als warenproduzierendes Patriarchat verkennt auf dessen Grundlage alle immanenten Konflikte ablaufen. Damit erscheinen einem derartigen Denken die immanenten Gegensätze der Politik und der soziologischen

Struktur als die einzigen, die es überhaupt gibt - weil es keinen übergeordneten strukturellen Zusammenhang geben würde. Erklärt dann jemand, dass die erscheinenden Konflikte selbst nur Momente eines in sich widersprüchlichen Gesamtzusammenhangs sind, so ergeben sich einem derartigen Denken, will es konsistent bleiben, nur zwei Möglichkeiten: entweder ein Abgehen von der eigenen Position oder eben jene Unterstellung der Gleichmacherei: Da das BGR seit seiner Existenz nicht kritisch, sondern immanent verfährt, also seine Existenz an immanenten Konflikten legitimiert (dem historisch längst ausgekämpften Kampf gegen die reaktionäre Vormoderne) muss es meine Kritik abweisen. Ansonsten müsste es seine bisherige Denkweise aufgeben und revidieren und sich selbst in Frage stellen. So jedoch wird die Ideologie des BGR immer wieder gegen ihre eigene Grenze geschleudert ohne jedoch an ihr zu zerschellen. Dies macht die schier gespenstisch anmutende ungebrochene Attraktivität des BGR aus: die lebende Leiche Antifa erhält ihre belebende Voodoo-Kraft gerade vom immer wieder neuen Aufgießen der alten Konflikte. Dieser ständige Aufguss kann möglich werden, weil die Gesamt-Gesellschaft in ihrem krisenhaften Status quo verharrt und ihren eigenen längst eingetretenen Tod immer wieder hinwegsimuliert und damit nicht nur sich selbst, sondern auch ihren internen Streitigkeiten ein mystisches Scheinleben einhaucht. Dieser Simulation entspricht es, wenn sich die Gruppe nun nicht mehr „Bündnis gegen rechts" sondern vielmehr „Bündnis gegen die Realität" nennt. Man traut sich nicht mehr, sich Antifa zu nennen (vielleicht weil man insgeheim spürt, dass heute manch ein Linker und manch eine Liberale genauso gefährlich, mithin rassistisch, sexistisch und antisemitisch wie ein Neonazi und durchaus auch bereit zur Gewalttat ist) – aber man macht auf dem tradierten Boden der überlebten antifaschistischen Ideologie weiter und bekämpft jetzt die Gegenmoderne, z.B. in Gestalt der deutschen Turner. Bei denen handelt es sich allerdings um Gestalten, die in nicht stärkerem Maße lebendig sind als das BGR. Aber als „Bündnis gegen die Realität" kann man sich seine Gegner eben beliebig halluzinieren – und seien noch so ausgestorben.

V

„ Es kann und sollte die falsche Kapitalismuskritik der ArbeiterInnenbewegung, ihr Antisemitismus, Nationalismus, Arbeitswahn, die teilweise Kriegsbegeisterung, die Reproduktion deutscher Ordnungsvorstellungen usw. kritisiert werden. Sie aber mit den Nazis in einen Topf zu werfen, obwohl sie konträre politische Konzepte vertraten, ist eine Frechheit. *Besonders absurd wird allerdings der an die ArbeiterInnenbewegung gerichtete Vorwurf der Perfektionierung der Verhältnisse von Leuten, die heute in sozialen Bewegungen „Kommunismus ist machbar"-Flugblätter verteilen, obwohl Kommunismus mit denen sicher nicht machbar ist, während die ArbeiterInnenbewegung sich den Kommunismus zumindest noch auf die Fahnen geschrieben hatte."* So das BGR.

Und weiter im Text dieser Gruppe: *„Die Körperertüchtigung diente dem Klassenkampf."* Und der Klassenkampf ist der Motor der kapitalistischen Geschichte. Nur nicht so, wie es sich die Marxisten vorstellten. Nicht der über ihn hinausweisende Motor, sondern nur der Motor seiner internen Durchsetzung. Indem die Arbeiter für den Sozialismus kämpften, kämpften sie für den besseren, fortschrittlicheren, eben auch für die Kapitalform selbst effektiveren Kapitalismus. Selbst dort, wo die große Revolution passierte, setzte sie einen Kapitalismus durch – zog sie riesige Gebiete der Erde – Russland und China – in die Kapitalverwertung, Arbeitskraftvernutzung und das moderne Patriarchat hinein. Dies *nicht OBWOHL* sie *„konträre politische Konzepte"* (BgR) vertraten, sondern gerade WEIL. Weil die Arbeiterparteien wirklich von ganzem Herzen links waren, sorgten sie für die Entfaltung des Kapitalismus - nicht weil sie irgendwie korrumpiert und ihre „Führer" verräterisch gewesen wären oder sie sich die falsche Strategie ausdachten. Auch ging es mir weniger darum, die Arbeiterbewegung mit den Nazis gleichzusetzen, als vielmehr wiederum ihre gemeinsame Basis zu zeigen, auf dem ihre gegensätzlichen Konzepte beruhten. Ich argumentiere übrigens nicht deshalb so, weil ich die Linke und Arbeiterinnen/ Arbeiterbewegung diffamieren möchte. Vielmehr tat sie zu ihrer Zeit und an ihrem Ort oftmals genau das Richtige. Aber *heute* ist angesichts des Zusammenbruchs der gesellschaftlichen Vermittlung über die Arbeit eben die wert- und abspaltungskritische Drehung nötig. Die zum damaligen Kapitalismus gegensätzlichen Konzepte der Arbeiterinnen und Arbeiter sind gerade als Momente einer immanent notwendigen Dynamik zu begreifen. Ihr Kampf gegeneinander, soviel „Blutzoll" dabei auch immer „geleistet" wurde – trieb die Totalität als Ganzes voran. Das zu zeigen ist keine *Frechheit*, sondern die zur Gesellschaftskritik notwendige gedankliche Abstraktion von den immanenten gegensätzlichen Interessen, die man freilich dann nicht vollziehen kann, wenn man sich von Anbeginn auf der Grundlage eines polit-soziologischen Weltbildes einrichtet, anstatt Politik und Soziologie zu kritisieren, also eine kritische Soziologie und Politik kreieren will. Dass dem BGR Gesellschaftskritik als Frechheit anmutet ist dessen Problem – nicht meins. Das „Kommunismus-ist-machbar"-Flugblatt ruft hingegen gerade zum Bruch der inneren Dynamik im Moment ihrer Krise auf und könnte damit ein Moment ihrer Überwindung sein. Also: Gerade *indem* die Arbeiterinnen- und Arbeiterbewegung sich den Kommunismus „auf die Fahnen schrieb", setzte sie den Kapitalismus durch – nicht etwa nur indem

sie reformistisch wurde. Das lag daran, dass sie einerseits den Kommunismus als besseren, nämlich organisierten Kapitalismus dachte und zweitens daran, dass sie meinte, Kommunismus sei etwas, was man sich auf Fahnen schreiben könnte, während doch die Formierung unter der Fahne immanentes Moment der Durchsetzung des Kapitals ist.

VI

„Was er (also ich) *nicht sehen mag, ist die Tatsache, dass durch die Kommerzialisierung der Sport tendenziell entideologisiert wird und dass das – gerade vor dem Hintergrund der deutschen Turn- und Sportgeschichte ein Fortschritt ist. Die nationalistische Überhöhung wird zurückgedrängt – nicht nur die Nationen treten gegeneinander an, sondern auch Adidas gegen Nike und Coca Cola gegen Pepsi. Die SportlerInnen werden mehr als individualistische Stars wahrgenommen, die in ihrer Popularität die Nationalmannschaft teilweise hinter sich lassen."*

Sehr bizarr mutet es an, wie hier das BgR davon spricht, *„dass durch die Kommerzialisierung der Sport tendenziell entideologisiert"* werden würde und dass das *„ein begrüßenswerter Fortschritt"* wäre. Hier zeigt es sich so klar wie nirgends sonst, dass gerade jene, die unentwegt von „Ideologiekritik" reden, überhaupt nichts mit dem Begriff „Ideologie" anzufangen wissen. Marx skizziert die bürgerliche Ideologie als aus dem Kapitalverhältnis entspringende Denkweise folgendermaßen: „Was allein hier [in der bürgerlichen Zirkulationssphäre]herrscht, ist Freiheit, Gleichheit, Eigentum, und Bentham. Freiheit! Denn Käufer und Verkäufer einer Ware, z.B. der Ware Arbeitskraft, sind nur durch ihren freien Willen bestimmt (...). Gleichheit! Denn sie beziehen sich nur als Warenbesitzer aufeinander (...). Eigentum! Denn jeder verfügt nur über das Seine. Bentham: denn jedem der beiden ist es nur um sich selbst zu tun" (K1, S.189f). Bürgerliche Ideologie in erster Potenz bedeutet also, den Schein der bürgerlichen Freiheit, Gleichheit, des Jeder–Ist–Sich–Selbst–Der–Nächste aufzusitzen. Völlig aberwitzig ist es, die Kommerzialisierung des Sports als Entideologisierung zu bezeichnen. Die Durchsetzung der Ideologie erscheint hier dem BgR als Entideologisierung. Zu erklären ist dieser Trugschluss der exPostAntifas sehr einfach. Ihrer verkürzten Ideologiekritik erscheint als Ideologie nur die spezifische Deutsche Ideologie. Als Ideologie kann sie nur den Irrationalismus nicht jedoch auch den Rationalismus wahrnehmen. Die kapitalistische Denkweise, die „westliche Ideologie", der Rationalismus erscheinen dem BgR als reale Beschreibungen der Realität, als völlig ideologiefrei. Ideologisch erscheint ihn lediglich die „Ideologie in zweiter Potenz", die (mehr oder minder) deutsche Ideologie des Irrationalismus. Das entspricht der Denkweise der Theologe, die ihre eigene Religion für die einzig Wahre und alle anderen für „Aberglauben" hält.

Ansonsten bleibt an dieser Stelle nochmals zu erwähnen, was Oben bereits ausgeführt wurde: Der Sport wird durch seine Kommerzialisierung nicht etwa entideologisiert, sondern vielmehr wird eine Ideologie durch die andere ausgetauscht. Nämlich Konkurrenz statt Gemeinschaftsgefühl, Individualismus statt Volksgemeinschaft, Fortschritt statt Brauchtum etc. – beschworen wird also *genau der immanente Gegensatz* innerhalb des Kapitalismus – der Gegenpart innerhalb seines Doppelcharakters – die konkrete und die abstrakte Seite der Warengesellschaft bleiben unerkannt (daher wirkt die Berufung des BgR auf Postones Buch auch so gespenstisch, da dieses sich ja gerade diese Problematik zum Gegenstand erklärt). Ebenso undurchschaut bleibt, dass Individualismus keineswegs Entfaltung des Individuums bedeutet, sondern lediglich den Schein davon, der die tatsächliche Zerstörung des Individuums durch den Kapitalismus verschleiert. Auch hier kommt die Ideologie der Aufklärung als Kernmerkmal des BGR wiederum voll zum Ausdruck. Indem die Moderne das Individuum zerstörte, konstituierte sie das bürgerliche Subjekt samt dem ihm entsprechenden abstrakten Ich. Das Individuum selbst als sich abhängig wissendes, bedürftiges, sexuelles und sinnliches Einzelwesen hingegen wurde zerstört. Das heutige konkrete Individuum ist bereits das verstümmelte und zugerichtete, entsinnlichte – nicht „konkret", sondern konkrete Gestalt des Abstrakten – Materialisierung des bürgerliches Subjekts, des Fichteschen abstrakten Ichs als reinem Willensakt. Die Moderne schuf den Individualismus und zerstörte das Individuum. Mittels Individualismus zerschlug sie das Individuum als sich seiner Bedürftigkeit und Eingebundenheit und dennoch seiner Eigenständigkeit bewusstes Wesen. Der Individualismus ist die praktische Negation des Individuums und die Sehnsucht nach ihm in einem. Er halluziniert alle historischen Epochen vor ihm als dumpf, geistlos und als ein einziges Aufgehen in der großen und tumben Masse, während er selbst diesen Zustand erst herstellt. Die Aufklärung besteht darin, dass sie mündiger Menschen Mündigkeit zerstört und sie dem abstrakten Zwangszusammenhang von Wert und Abspaltung folgen lässt, diesen dann als Mündigkeit verkauft und sich dann alle vorherigen Epochen dementsprechend als unmündig imaginiert und diesen gegenüber mit Angst und panischer Abwehr regiert. Schließlich fürchtet sie zu Recht, dass ihr großes Geheimnis aufgedeckt werden könnte: - Das sie nicht Mündigkeit, sondern Unmündigkeit in Gestalt der Mündigkeit darstellt.

VII

„Zu guter letzt behauptet Martin, Sport sei **verinnerlichter Haß auf den Körper**. Auch dem würde ich – und zwar mit Martins eigener Theorie – widersprechen wollen. Die Wertkritik verteufelt die Arbeit als Ausdruck der kapitalistischen Verhältnisse und tritt

für selbstorganisierte, nicht über den Wert vermittelte Tätigkeit ein. Das Brötchenbacken gibt es im Kapitalismus und wird es auch im Kommunismus geben. Haßt, wer arbeitet, seinen Körper? ... Analog ist es beim Sport. Spaß an der Bewegung und Spiel, gar am Wettstreit miteinander, am Ausloten körperlicher Grenzen, wird es immer geben. Auch schon heute ist das begrenzt – aber weit mehr als in der Arbeitswelt – im Sport möglich. Genau das ist ein Grund, warum viele Menschen gern und freiwillig Sport treiben. Sie sind eben nicht masochistisch und wollen sich quälen – sondern suchen Spaß, Spannung oder Entspannung, die der Sport zu bieten vermag."

Aber: Das Perfide ist ja gerade, das der Selbsthass als Selbstliebe erscheint. Ich behaupte nicht, dass das Wesen des Sports darin besteht, dass sich da jemand gezielt und permanent quält. Die Perfidie besteht vielmehr darin, dass der Kapitalismus die Freude an der Bewegung zunichte macht, die Industrie das „freie Spiel der körperlichen Kräfte konfisziert" (Marx, K1), und dass dann der Sport entsteht, indem das zuvor Niedergemachte jetzt in seiner verstümmelten Form ausgelebt wird (das kommt dem nahe, was Marcuse als „regressive Entsublimierung" bezeichnet). Das macht dann freilich Spaß aber eben nur vor dem Hintergrund das wirklich freie Betätigung zuvor zerstört wurde. Es sind Menschen, deren Lust auf Tätigkeit verstümmelt wurde, die da gegeneinander antreten. Damit suggeriert der Sport etwas, was er in Wirklichkeit gerade zunichte macht: körperliche Betätigung. Im übrigen hinkt auch der Vergleich mit dem Brötchenbacken: Das im Kapitalismus wie im Kommunismus Brötchen gebacken werden stimmt leider nicht. Die Bezeichnung „Brötchen" für die meisten im Kapitalismus hergestellten Teile dieses Namens ist nämlich eine maßlose Beschönigung. Als Gebrauchswert sind viele Produkte schon derartig auf die Verwertung hin zugerichtet, dass sie tatsächlich nicht mehr genießbar sind. Bessere Produkte halten sich bereits gar nicht mehr auf dem Markt, weil die Menschen als bürgerliche Subjekte eben *mit* verstümmelt werden und ihnen daher nichts anderes alles Billigfraß mundet. Dass in großen Teilen der kapitalistischen Welt leider keine Brötchen gebacken werden, weil es keine „Nachfrage" gäbe, entgeht einer solchen Sichtweise ebenfalls. Vielleicht merken die BgR–GenossInnen dann, wenn auch für sie die Durchschnittsprofitrate keine Brötchen mehr zu backen gebietet, dass Kapitalismus noch mehr bedeutet als „Ideologiefreiheit".

Das BgR fragt sich, *„warum viele Menschen gern und freiwillig Sport treiben"* (wohlgemerkt im Kontext von Olympia und Leistungsport*!)*. Was hier auf den Punkt kommt ist der Wesenzug, das Agieren der Charaktermaske als Ausübung eines „freien Willens" zu imaginieren. Nie hat es in der Geschichte einen „freien Willen" gegeben noch wird es so was jemals geben – schon gar nicht in einer vom Wertverhältnis emanzipierten Gesellschaft. Menschliches Wollen ist vielmehr stets eingebettet in ein zwischenmenschliches Umfeld, die eigenen Triebe und in die äußere Natur. Die bürgerliche Ideologie der Aufklärung propagierte die „Befreiung" aus dieser Eingebundenheit. Sie propagierte die Entmenschlichung des Menschen als seine Menschwerdung: Sie entriss das Individuum aus seinem Bezug zu Mensch und Natur, zerstörte es somit und stellte es in einen barbarischen Zwangszusammenhang der Wertverwertung. In der Konsequenz erschienen dann dem bürgerlichen Bewusstsein alle vormodernen Verhältnisse paradoxerweise als barbarische. Demzufolge wird von den Ideologen der Aufklärung der Ruf nach Befreiung von der bürgerlichen Vereinzelung stets immer wieder notorisch als eine Forderung nach Rückkehr zur Barbarei oder als ein „Ihr-Wollt-Doch-zurück-Auf-Bäume" imaginiert (das innerhalb dieser ganzen Verrücktheit tatsächlich noch einige Leute auf die Idee kommen, archaische und barbarische Verhältnisse „wieder"herstellen zu wollen – freilich so wie sie von den Aufklärern imaginiert werden – entschuldigt das ganz und gar nicht!).

VIII

Eine antiolympische Bewegung hätte also neben der allgemeinen Sportkritik, die vor den Ambivalenzen, die dem Sport innewohnen, nicht die Augen verschließt und zivilisatorische Fortschritte im und durch den Sport nicht pauschal negiert, eine spezielle Kritik am deutschen Sport, den deutschen Sportvereinen und der deutschen Sportgeschichte zu üben. Für die heutige Zeit und übertragen auf die Leipziger Olympiabewerbung bedeutet dies u.a.: Denunziation des besinnungslosen lokalpatriotischen, Ostalgieverträumten und nationalistischen Olympia-Taumels, eine treffsichere Kritik der Kontinuitäten der deutschen Turner-Ideale.

Gerade die Herangehensweise des BGR verschließt die Augen vor den Ambivalenzen, indem sie nicht in ihrem notwendigen Zusammenhang auffasst, sondern, dem immanenten Interessengegensatz verhaftet bleibend, gegeneinander ausspielt. So billig ist Gesellschaftskritik nicht zu haben!

Die Geister, die ich rief

Die USA kämpfen einen verlorenen Krieg gegen ihre eigenen Kinder

Martin (incipito)

Der Angriff der USA auf den Irak werde die Bevölkerung vom brutalen Regime Saddam Husseins befreien und westliche Werte in die Region exportieren. Ein Jahr nach dem Irak-Krieg ist dieser Glaube wie eine Seifenblase geplatzt. Zwar wurden Saddam und seine Schergen geschlagen, doch der Versuch, eine Demokratie aus den Trümmern des Regimes zu errichten, schlug fehl. Noch ehe der Westen den irakischen Bürgern die Früchte von „Freedom & Democracy" schmackhaft machen konnte, keimte in Faludja der Widerstand von ehemaligen Saddam-Getreuen auf. Der Irak hat sich seit dem Ausbruch des Aufstandes zum Mekka für islamistische Pilgerfahrer entwickelt, die bereitwillig ihr Leben bei Selbstmordanschlägen für „Allah" opfern. Heute von einem „Bürgerkrieg" zu sprechen, würde dem unbeschreiblichen Chaos, welches um Bagdad herrscht, nicht gerecht werden: Die Feierlichkeiten zum Jahrestag des Sturzes von Saddam Hussein mussten von amerikanischen GI's vor der befreiten Bevölkerung beschützt werden, fast täglich erschüttern Attentate auf US-Soldaten die Straßen und die von den Vereinigten Staaten eingesetzte Übergangsregierung kann sich nur noch mit schusssicheren Westen und Bodyguards unter ihr vermeintliches Wahlvolk mischen.

Der vor den Wahlen in den USA angekündigte Rückzug der Besatzungstruppen bis 2005 zeugt davon, dass auch in den USA das Unternehmen Irak schnell zu den Akten gelegt werden soll. Deshalb wurde auch die ursprünglich für später geplante Machtübergabe eilig vorgezogen. Dass der Machtwechsel mit viel demokratischem Tamtam inszeniert wird, kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die USA der provisorischen Übergangsregierung die Bewältigung der katastrophalen Folgen des Irak-Krieges allein überlassen wollen. Eine schier unmögliche Aufgabe, wenn die US-Army als einziger Garant von Sicherheit und Ordnung das Feld räumt. Selbst die großzügigen Barschecks aus den Vereinigten Staaten und Europa werden an dieser Situation nichts ändern können. Denn nur das riesige Besatzungsheer der Vereinigten Staaten konnte den Irak nach dem Sturz Saddams vor dem Versinken ins Racketwesen bewahren.

Der Zerfall des Staates ließ sich schon unter Saddam nur mit einer Terrorherrschaft aufrechterhalten, wovon die Gräueltaten an Kurden und Schiiten zeugen. Dabei erkannte der Diktator die Gefahr, die von der wachsenden Macht des Islamismus ausging. 95% der Bevölkerung im Irak sind Muslime, davon 2 Drittel Schiiten. Dieser Teil der Bevölkerung beruft sich auf die selbe Glaubensrichtung, wie die im Iran lebenden Muslime. Saddam, der aus der Minderheit der Sunniten kommt, galten die Schiiten als „fünfte Kolonne" des verhassten iranischen Gottesstaates. Sie repräsentieren den islamischen Fundamentalismus, der sich auch im Iran unter dem Imam Khomeni Ende der 70er Jahre politisch durchgesetzt hat. Nicht von ungefähr kommt daher die Unterstützung Saddams durch die USA während des Iran-Irak-Krieges, erhoffte man sich auf amerikanischer Seite im Irak ein Bollwerk gegen die Islamisierung der Region gefunden zu haben. Aus diesem Grund wurde der Irak von den USA erst in die Lage versetzt, mit neuem technisch-militärischen Know-how den blutigen Krieg gegen den Iran und die Schiiten im eigenen Land zu führen. Die Massaker an Kurden und Schiiten wurden dabei auch mit Giftgas „Made in Germany" verübt. Auf die Frage eines Journalisten, warum dem Irak deutsches Giftgas verkauft wurde, erwiderte der Chef des Rüstungsunternehmens „Karl Kolb", Dietmar Backfisch: „Für die Leute in Deutschland ist Giftgas eine ganz furchtbare Sache, Kunden im Ausland stört das nicht".

Bis tief in die 90er Jahre wurden die Schiiten von den Folterknechten Saddams Baath-Partei drangsaliert, um Separierungstendenzen im Keim zu ersticken. Trotz der Brutalität des Regimes handelte es sich im Irak jedoch keineswegs um „archaische Verhältnisse", wie das Flugblatt einer Leipziger Jugendgruppe am Vorabend des Irak-Krieges glauben machte. Saddam Hussein installierte nach seiner Machtübernahme eine Modernisierungsdiktatur, vollzog die Trennung von Staat und Religion, förderte die Industrialisierung des Landes und den Ausbau der Infrastruktur. Das Gesundheitssystem wurde ausgebaut und ein allgemeines Schulsystem eingerichtet, dass vor allem in ländlichen Regionen den Bildungsstandard

heben sollte. Im Vergleich zu anderen arabischen Staaten war die Stellung der Frau ansatzweise fortschrittlich. So machte es eine Reform möglich, dass muslimische Frauen auch „Ungläubige", also Juden und Christen heiraten durften, Mädchenschulen wurden eingerichtet und die Möglichkeit zu arbeiten und öffentliche Ämter zu bekleiden war prinzipiell, wenn auch mit Einschränkungen, gegeben. Frauen waren allerdings auf eine staatliche Erlaubnis angewiesen, wenn sie arbeiten wollten und in der öffentlichen Sphäre eher eine Seltenheit, auch wenn der Irak 1959 als erster arabischer Staat eine Frau als Ministerin (für das Ressort Landwirtschaft) stellte. Der Whiskeyliebhaber Saddam war zutiefst antireligiös und fortschrittsgläubig und pflegte lediglich ein instrumentelles Verhältnis zum Islam. So war die Hinwendung zum Islam infolge des verlorenen Iran-Irak-Krieges denn auch nur eine kulturell-symbolische. Dass Saddam etwa in seiner Handschrift „Allah ist groß" zur Staatsflagge hinzufügte, sollte zwar dem gestiegenen fundamentalistischen Bestrebungen in der Bevölkerung Rechnung tragen, ohne aber den laizistischen Charakter des Staates zu verändern.

Insofern hatte die Antideutsch-Kommunistische Gruppe Leipzig recht, als sie in der 5. Ausgabe der Incipito schrieb, dass der „Baathismus keine vormoderne Erscheinung" sei und zugleich unrecht, als sie behauptete, dass es sich bei ihm um „die falsche, reflexartige Reaktion auf Kapitalverhältnis und Aufklärung" handele. Unter Saddams Herrschaft wurden traditionelle Strukturen zerschlagen und eine Modernisierungsdiktatur errichtet, in der das Kapitalverhältnis über das gesamte Land gebracht und durch einen staatlichen Zwangsapparat brutal abgesichert wurde. Damit unterscheidet sich der Irak kaum von den sozialistischen Regimes der nachholenden Modernisierung, welche die Vergesellschaftung über den Wert in Gestalt des Staatskapitalismus durchpeitschten. Dabei ist der Irak so aufgeklärt und zivilisiert, wie Saddam Hussein und seine Schergen aufgeklärte und zivilisierte Mörder sind. In ihrer Kaltblütigkeit sind sie nicht Widerpart der Aufklärungsvernunft, sondern ihr konkreter Ausdruck: „Die Freiheit von Gewissensbissen ist vor der formalistischen Vernunft so essentiell, wie die von Liebe und Hass." (Horkheimer, Adorno, Dialektik der Aufklärung, S.86). Gegen die Auswüchse der Zivilisation bringen die Befürworter des Irak-Krieges die Zivilisation in Stellung, ohne zu begreifen, dass das Eine nicht ohne das Andere zu haben ist. Statt die Dialektik zwischen Allgemeinen und Besonderen ernst zu nehmen, ergreifen sie Partei für die Zivilisation ohne sich die Finger an ihren konkreten Erscheinungen schmutzig machen zu wollen. Sie beharren auf einem Begriff von Zivilisation, der Aufklärung und Gegenaufklärung nicht als dialektisch vermitteltes Verhältnis fasst, sondern bipolar auseinanderreißt. So wird der kritische Gehalt der Dialektik der Aufklärung von Horkheimer-Adorno zugunsten eines Hurra-Amerikanismus über Bord geworfen. Denn noch ehe Freiheit, Gerechtigkeit und Humanität gesellschaftliche Praxis geworden sind, beginnt die Aufklärung schon diese Prinzipien zu beseitigen.

Die Befürworter des Irak-Krieges beharren auf einem Begriff von Zivilisation, der Aufklärung und Gegenaufklärung nicht als dialektisch vermitteltes Verhältnis fasst, sondern bipolar auseinanderreißt. Der kritische Gehalt der Dialektik der Aufklärung von Horkheimer-Adorno wird zugunsten eines Hurra-Amerikanismus über Bord geworfen

In diesem Sinne wollen die Aufklärungsapologeten das Geschenk der Menschenrechte allen zuteil werden lassen, nachdem der Kapitalismus mit seiner stummen betriebswirtschaftlichen Rationalität einen Landstrich nach dem anderen der Barbarei preisgibt. Das Krisenracketwesen und die Situation der Menschenrechte in den Regionen der Herausgefallenen wird dann als Ursache für die ökonomische Rückständigkeit herausgekehrt. Dabei verhält es sich genau umgekehrt: „ ‚Mensch' in diesem Sinne ist in Wahrheit nichts anderes als ein warenproduzierendes und geldverdienendes Wesen, das elementare ‚Rechte' seiner Existenz, sogar das auf ‚Leben und körperliche Unversehrtheit', überhaupt nur besitzen kann, soweit es etwas oder wenigstens sich selbst zu verkaufen hat, also seinerseits zahlungsfähig ist." (Robert Kurz, Weltordnungskrieg, S.85) Menschenrechtsfähig ist ein Mensch nur solange, wie er nach kapitalistischen Kriterien funktioniert. Der Fall, dass Menschen aus diesen Vorraussetzungen herausfallen, war jedoch von den Demokraten und liberalen Ideologen nicht vorgesehen. Mit den 90er Jahren hat jedoch ein Prozess eingesetzt, der sich nicht mehr umkehren lässt. Die im Zeitalter der Globalisierung erfundenen Technologien ermöglichen die Rationalisierung der Produktionsprozesse und machen im globalen Maßstab den Verkauf der Ware Arbeitskraft weitestgehend überflüssig. Jene, die nun nicht mehr ihre Arbeitskraft oder Waren verkaufen können, gehören jetzt selbst zu den Überflüssigen, denen das Recht „Mensch" zu sein und Rechte zu genießen, versagt bleibt. Da der Irak-Krieg die ökonomische Lage nicht verbessert, sondern verschlechtert hat, und im übrigen auch vorher nicht an eine Weltmarktfähigkeit zu denken war, bleibt auch die Forderung nach Menschenrechten substanzlos. Dass die Ausbeutung der Ölressourcen Arbeitsplätze schaffen wird, soll dabei nicht in Zweifel gezogen werden. Aber allein vom Geschäft mit dem schwarzen Gold lassen sich 25 Millionen Einwohner eines von Kriegen und Krisen gezeichneten Landes nicht ernähren. Menschenrechte bleiben das Privileg der wenigen marktwirtschaftlich funk-

tionierenden Inseln der Welt. Es ist zweifelhaft, ob der Irak die ökonomischen Vorraussetzungen für sie erfüllen kann. Dafür müsste es binnen weniger Jahre, der finalen Krise des Weltsystems zum Trotz, gelingen, den Anschluss an einen bröckelnden Weltmarkt herstellen. Die Suche nach einem Getränkemarkt in der Sahelzone erscheint bisweilen einfacher.

Die Rationalisierung des Tötens geht insofern konform mit dem Begriff der Menschenrechte, als dass der Mensch als kapitalistisch verdinglichtes Wesen mitunter weniger als ein Ding ist. Es ist kein Widerspruch, wenn die USA diese Menschenrechte selbst ad absurdum führen und dort, wo sich die Ethno-Banden durch Wohlverhalten auszeichnen, Verfolgung, Folterung, Ausplünderung und Ermordung bewusst hinnehmen

Es ist kein Widerspruch, wenn die USA diese Menschenrechte selbst ad absurdum führen und dort, wo sich die Ethno-Banden durch Wohlverhalten auszeichnen, Verfolgung, Folterung, Ausplünderung und Ermordung bewusst hinnehmen. Um die Geister des Krisenkapitalismus wieder in die Flasche zu verbannen, haben es die USA inzwischen auf eine ansehnliche Liste von Günstlingen gebracht. Zur High Society des Terrors gehören der CIA-Agent Bin Laden und die Taliban, Saddam Hussein, die islamistische albanische UCK und nicht zuletzt die Warlords der Nordallianz in Afghanistan. Die Praxis der „Stellvertreterkriege", die sich schon im Kalten Krieg bewährt hat, wird auch im Zeitalter der Weltordnungskriege des letzten ideellen Gesamtimperialisten hemmungslos fortgesetzt. Im Gegensatz zu den „Stellvertreterkriegen" in der Epoche der Blockkonfrontation gelten die heutigen Kriege als lokal begrenzte Ungeziefervernichtung, die von Spezialisten vorgenommen wird. Selbst die Flächenbombardements in Afghanistan wurden als präzise geführte Luftschläge verkauft und sollten den Eindruck eines chirurgischen Eingriffs erwecken, gleichwohl als werde einem Patient das kranke Bein amputiert. Diese Rationalisierung des Tötens geht insofern konform mit dem Begriff der Menschenrechte, als dass der Mensch als kapitalistisch verdinglichtes Wesen mitunter weniger als ein Ding ist. So war jeder tote amerikanische Soldat während des Irak-Krieges der Presse eine Schlagzeile wert, während die namenlosen Opfer der Bombardements als „Kollateralschäden" zu den Risiken und Nebenwirkungen zählen, die auf dem Beipackzettel eines jeden Medikaments zu finden sind.

Da die USA als letzte Supermacht dazu verurteilt sind, die Bedingungen für die Kapitalakkumulation zu sichern, können sie keine Rücksicht auf die UN oder das internationale Völkerrecht nehmen. Indem die USA die letzte Schlacht für „Freedom & Democracy" führen, müssen sie notwendig ihre eigens aufgestellten Prinzipien unterwandern. Um den Zerfall staatlicher Souveränität zu verhindern, muss die Weltordnungsmacht mit ihr brechen. Der Angriff auf den Irak offenbarte, wie schon zuvor die Zerschlagung Jugoslawiens durch die NATO, dass das internationale Völkerrecht nur noch ein Papiertiger ist. Der mit der Globalisierung einhergehende Verfall von Staatlichkeit zwingt die USA zum Bündnis mit den poststaatlichen Warlords und Ethno-Banden. Diese außerhalb eines staatlichen Gewaltmonopols agierenden Gruppen lassen sich aber nicht mehr als Staatsbürger oder polizeilicher Gewaltapparat in den Staat integrieren, weil der Staat als ideeller Gesamtkapitalist nur auf der Grundlage gelingender Verwertung funktionieren kann. Ist dies nicht mehr der Fall, bricht das nicht mehr zweckgebundene Gewaltpotential des Staates barbarisch hervor und schafft ein staatlich organisiertes Racketwesen brutaler Führungscliquen wie in Saddams Irak oder zerfällt ganz in das Racketwesen marodierender Horden, wie in Afghanistan, wo alles außerhalb Kabuls unter die Kontrolle von Warlords fällt. Die dort lebenden Menschen sind Herausgefallene, von kapitalistischer Reproduktion abgekoppelte, vor sich hin vegetierende Wesen, deren Leben kaum vom Tod zu unterscheiden ist. Nach dem Zusammenbruch der Nationalökonomie folgt die Ausschlachtung der staatlichen Institutionen und bankrottierten Betriebe und der Rückfall der Bevölkerung in primitive Subsistenzwirtschaft. Die kapitalistisch „Überflüssigen" sammeln sich in Milizen und plündern die Reste der Produktion, sofern überhaupt produziert wird.

Schon längst ist die Plünderungsökonomie der kapitalistischen Zusammenbruchsregionen keine Patrone mehr wert, der Zerfall staatlicher Souveränität soll nur noch dort verhindert werden, wo er eine Gefahr für die kapitalistischen Zentren darstellt. Mit den Anschlägen vom 11. September stellten die ehemaligen Verbündeten im Kampf gegen die Sowjetunion nun eine direkte Gefahr für die USA dar. Mit dem antisemitischen Angriff auf das, als vermeintliches Symbol des Kapitalismus halluzinierte WTC, forderten sie die Souveränität der letzten Weltmacht heraus. Diese Souveränität stellt aber der „War on Terrorism" selbst in Frage. Der Krieg gegen den Terrorismus lässt sich nicht mehr lokal begrenzen, weil auch der islamistische Terror keine Grenzen kennt. Al Quaida und befreundete Terrorbanden sind nicht mehr in einem Land dingfest zu machen, sondern operieren weltweit. So bekannte sich zu den Anschlägen von Madrid die Al Quaida, durch ihren Pressesprecher (!) für Europa. Das Netzwerk der Islamisten durchzieht alle Regionen und gesellschaftlichen Schichten. Um die Souveränität zu behaupten, wird der „Starke Staat" aus der Schublade geholt, und auf Kosten der bürgerlichen Freiheit die Erfassung der Bürger in Dateien und die Überwachung bis ins heimische Schlafzimmer

vollzogen. Doch all das hätte die Anschläge auf das World Trade Center nicht verhindern können. Die Attentäter sind nie aktenkundig geworden, hatten keine Vorstrafen und sprachen gut deutsch. Ihr Terror lässt sich durch kein Waffenembargo begrenzen, weil sie für die Ausführung ihrer Selbstmordanschläge meist nur ein paar Kilo Plastiksprengstoff und Nägel brauchen. Saddam Hussein zu beseitigen, mag zwar die soziale Sicherheit der Familien der palästinensischen Selbstmordattentäter gefährdet haben, der Handlungsfähigkeit der Selbstmordsekten indes tat dies keinen Abbruch.

Der „War on Terrorism" läutet das Ende der Souveränität im allgemeinen und die der USA im besonderen ein. Denn sie muss ein Prinzip verteidigen, welches erst die Al Quaidas und Bin Ladens dieser Welt hervorbringt. Die Ökonomisierung aller Gegenstände und Lebensbereiche löscht jeden Inhalt aus, noch bevor er ausgedrückt werden kann. Die überwältigende Sinnlosigkeit gesellschaftlichen Seins, entlädt sich in einer genauso sinnlosen, ziellosen Gewalt- und Selbstzerstörungsidentität. Diese Identität ist gleichzeitig eine leere, weil sie sich nur über ihre Auslöschung bestimmt. Sie erlebt erst ihre Erfüllung, wenn sie sich selbst in einer Fußgängerzone wegsprengt. Der Vernichtungswahn entspricht dem Wahnsinn der Verhältnisse, als der „subjektlosen Gewalt" der Marktmechanismen deren Ausdruck der negative Universalismus islamistischer Terroristen ist.

Die USA sind heute nicht mehr, wie damals im Kampf gegen den Nazifaschismus, Teil der Lösung, sondern Teil des Problems. Sie muss als einzig verbliebene Supermacht weltweit die Bedingungen für die Kapitalverwertung absichern, und die selbst hervorgerufenen Dämonen bekämpfen. Das Ende der Souveränität leiten die USA dabei selbst ein, indem sie die eigens aufgestellten Prinzipien zu ihrer Verteidigung unterminieren. Dazu gehören auch die Urlaubsfotos amerikanischer GI's, auf denen gefolterte irakische Gefangene zu sehen sind. Ob die Iraker nackt an einer Hundeleine gehalten oder gegenseitig aufeinander masturbieren müssen – die sadistische Peinigung der Gefangenen verfolgte nicht mehr das Ziel, Geständnisse zu erzwingen. Der Sadismus der Folterer ließ den inneren Gewaltkern des bürgerlichen Subjekts auf abscheuliche Weise zu Tage treten. Natürlich beeilte sich die, von ihrem Spiegelbild verdatterte, demokratische Presse, es als schlimmen Ausrutscher einiger weniger abzutun. Doch es war nicht der bedauerliche Einzelfall einiger schwarzer Schafe. Wenn Videos über die Misshandlung junger Rekruten in amerikanischen Kasernen oder die geprobte Vergewaltigung serbischer Frauen durch Bundeswehrsoldaten ans Licht der Öffentlichkeit gezerrt werden, handelt es sich nicht um einen Fehltritt, sondern um einen unabdingbaren Bestandteil der demokratischen Gewaltapparate. Ihr einziger Inhalt besteht in der Ausübung von Gewalt gegen alles, was eine Gefahr für die ungehinderte Bewegung des Kapitals darstellen könnte. Soldat zu sein, heißt diese Gewalt zu verinnerlichen und die Methode des „nach oben buckeln und nach unten treten" zu beherrschen. Nur so kann der Soldat ein Meister seines Handwerks, der Ermordung von Menschen, werden. Je perspektivloser der Weltordnungskrieg der USA gegen die eigenen Krisengespenster in Gestalt von Schurkenstaaten, Gotteskriegern und Ethnobanditen wird, desto sinn- und zielloser wird die Gewalt seiner Apparate. Es gibt nichts mehr zu verteidigen, weil das Kapital auf seiner Flucht nur verbrannte Erde hinterlässt.

Selbstbehauptung und Selbstzerstörung lassen sich im Weltordnungskrieg der USA nicht mehr voneinander scheiden. Die Prinzipien, zu deren Verteidigung sich die USA anschickt, führt sie selbst ad absurdum und offenbart deren Haltlosigkeit im Angesicht der globalen Systemkrise. Mit der von ihr aufgepäppelten und nun bekämpften Krisengespenster tritt sie einem Feind gegenüber, der sich nicht mehr in einem lokal begrenzten Krieg zwischen Staaten bezwingen lässt, weil er selbst schon poststaatlich ist. Al Quaida und Co. entspringen aus den Verhältnissen, welche die letzte Weltmacht zu verteidigen sucht. Der Weltordnungskrieg wird in demselben Maße verloren, wie die Krise der kapitalistischen Verhältnisse fortschreitet und das System an seinen inneren Widersprüchen erstickt. Der Krieg der USA wird zum globalen Amoklauf gegen eine immer größer werdende Liste an Schurkenstaaten, die aus der globalen Reproduktion des Kapitals herausfallen und in eine brutale Plünderungsökonomie versinken.

Der Krieg der USA wird zum globalen Amoklauf gegen eine immer größer werdende Liste an Schurkenstaaten, die aus der globalen Reproduktion des Kapitals herausfallen und in eine brutale Plünderungsökonomie versinken

Der einzige emanzipatorische Ausweg aus dem globalen Ausnahmezustand kann nur in der radikalen Kritik dieser Verhältnisse selbst liegen. Das Warenproduzierende System hat in seiner Krise einen perspektivlosen Weltordnungskrieg heraufbeschworen, der die Erde in Schutt und Asche zu legen droht. Die Ausweglosigkeit der Alternativen, die der Kapitalismus noch hervorbringt, legt den Schluss seiner Überwindung nahe. Damit ein Leben jenseits von Markt und Staat, jenseits von Plünderungsökonomie und Krisenfundamentalismus und jenseits von Krieg und Gewalt möglich wird, bedarf es eines kategorialen Bruchs mit der warenproduzierenden Moderne, die zwischen demokratischem Weltamoklauf und fundamentalistischer Weltbarbarei hin und her schwankt. Wenn der Zug zu entgleisen droht, ist es an der Zeit die Notbremse zu ziehen.

Kalkül und Wahn

Europa ist weder als positives Gegenstück der USA zu unterstützen, noch als ihre absolute Negation zu kritisieren

Udo Schneider
(Der Autor ist Mitglied des bgr/leipzig)

Am 6. Juni jährte sich zum 60sten Mal der Tag der Landung der Alliierten in der Normandie. Erstmalig war zu diesem Anlass auch ein deutscher Regierungschef geladen. Das Novum ging auf das Betreiben des französischen Staatspräsidenten zurück. Die inszenierte Versöhnung hatte eine Vorgeschichte. Bereits 1984 reichten sich Kohl und Mitterand über den Gräbern des ersten Weltkriegs die Hand, 10 Jahre später nahmen deutsche Panzer an einer Militärparade zum Nationalfeiertag in Paris teil. Die besonders feste Beziehung beider Staaten, die bisher mit ihrer Ablehnung des Irakkriegs am offensichtlichsten geworden ist, beruht auf dem gemeinsamen Ziel, eine europäische Gegenmacht zu verwirklichen, die den USA ökonomisch, geostrategisch und militärisch ebenbürtig ist. Insofern hatte der Festakt am 6. Juni sowohl eine deutliche symbolische Aussage als auch eine politische Funktion. Er reihte sich in eine Kette von Ereignissen ein, die der geschichtspolitischen Untermauerung des EU-Machtprojekts dienen. Für Kanzler Schröder bedeutet die „unglaubliche historische Geste" das endgültige Ende der Nachkriegszeit. Ungewohnt weitsichtig vermutete die „Taz" im Vorfeld des 6. Juni, dass am D-Day „Chirac und Schröder die europäische Einigung als wichtigste Frucht der Niederlage Nazideutschlands preisen und dabei darauf hinweisen, dass sich Europa und die Uno als Nachfolger der Anti-Hitler-Koalition darstellen werden."

Damit wurde ein zentrales Antriebsmoment der deutschen euronationalistischen Diskurse benannt: die neorevisionistische Umdeutung der deutschen Verbrechensgeschichte in einen moralischen Mehrwert der Europäer zur Legitimation weltweiter Interessenspolitik.

Es war kein selbstloser „Sieg für Deutschland" (Schröder), der am Jubiläum des D-Day errungen wurde. Die Forderungen nach Kriegsbeute hatte der Kanzler in der Normandie im Marschgepäck:

„Schröders Deklaration zum Ende der Nachkriegszeit dient realpolitischen Zielen. Der Kanzler reklamiert für Deutschland den Platz in der Weltpolitik, den es sechs Jahrzehnte nach der Niederlage verdiene – seiner wirtschaftlichen Bedeutung wegen, kraft seines politischen und militärischen Engagements in den Krisenregionen, vor allem aber seiner moralischen 'Reife' halber; von 'Überlegenheit' spricht Rot-Grün nur aus Höflichkeit nicht. Wenn die Nachkriegszeit vorbei sein soll, dann ist auch ihre Ordnung obsolet geworden; dann gibt es keinen Grund, Deutschland einen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zu verwehren." Im Kommentar von Bernhard Kohler in der „FAZ", welcher zwischen Anerkennung des außenpolitischen Erfolgs und der Furcht vor dem Auseinanderbrechen des transatlantischen Verhältnisses schwankt, wird die Verbindung von machtpolitischem Kalkül und moralisch-ideologischem Überlegenheitswahn, wie sie für deutsch-europäische Großmachtpolitik derzeit typisch ist, auf den Punkt gebracht.

Warum diese Einleitung? Eine vernehmbare linke Kritik am europäischen Weltmachtstreben kommt gegenwärtig nicht vor. Auch der Versuch zu diesem Thema eine bundesweite Demonstration zum Jubiläum des D-Day zu veranstalten, ist gescheitert. Zwar versuchen eine Reihe von linken Gruppen, von antimilitaristischen Initiativen bis hin zu antideutschen Zirkeln, seit einiger Zeit eine Kritik an Europa zu formulieren. Von einer gemeinsamen Analyse ist man jedoch weit entfernt. Und dies nicht nur, weil eine unterschiedliche Schwerpunktsetzung existiert. Vielmehr wird von einer gegensätzlichen Betrachtung des Charakters der EU-Macht ausgegangen. Antimilitaristen, so zum Bespiel die Informationsstelle Militarisierung (IMI) aus Tübingen, kritisieren insbesondere die Militarisierung der Europäischen Union. Gleichzeitig werben sie in persona ihres Kandidaten für das Europaparlament, Tobias Pflüger, für ein soziales und friedliches Europa. Damit bieten sie im Gleichklang mit vielen linksliberalen Intellektuellen und mit der deutschen Regierungskoalition, welche mit der Parole „Friedensmacht Europa" in den jüngsten Wahlkampf zog (und verlor), ein gängiges Identifikationsmoment der EU an. Für Pflüger, aber auch viele andere Linke, die sich in der globalisierungskritischen Bewegung engagieren, ist diese Übereinstimmung auf eine Lüge, auf einen propagandistischen Trick zurückzuführen. Dass die EU sowohl aus dem Kalkül heraus, die Defizite im Bereich des militärischen und geostrategischen Machtpotentials ausgleichen zu müssen, aber auch aufgrund der Tradition und Herausbildung europäischer Ideologien, von der „sozialen Demokratie" bis hin zur Vorstellung vom „Selbstbestimmungsrecht der Völker"

eine ernstgemeinte alternative Weltordnungsvorstellung vertritt, die neben militärischer besonders auf zivile und multilaterale Interessenpolitik setzt, wird nicht erkannt. Parallel zur Kritik einer Militärmacht Europa gilt linken Gruppen, wie der KP aus Berlin, den „Jungen Linken" oder dem „Gegenstandpunkt" die EU als ganz „normales" Großmachtprojekt, welches eben im Zuge innerimperialistischer Konkurrenz auf allen Gebieten nachrüstet. Anders die Position einiger Antideutscher. Für „liberté toujours" aus Berlin sind die Europäer so „sozial, antinational und zivil (...) wie sie es sagen" (Ceeleh, Nr. 111, S. 46). Der Anspruch, den besonders linksliberale, alternative und friedensbewegte Europabefürworter an die EU formulieren, wird von ihnen als einzig wahrer Charakter Europas interpretiert. Im Bestreben, als politische Praxis eine proamerikanische Positionierung und eine Abkehr von der Linken plausibel zu machen, werden wesentliche Bestandteile der europäischen Realität geleugnet. Im Versuch, sich mit europakritischen Positionen, wie sie in „Phase 2" oder vom BGR/Leipzig vertreten werden, auseinander zu setzen, wird eine treffende Kritik der EU von dieser antideutschen Haltung um Meilen verfehlt.[1]

Manipulation der Linken durch die Elite?

Weil die Leipziger Redaktion der „Phase 2" in der Einleitung zum Schwerpunkt der letzten Ausgabe[2] mit Bezug auf die pro-europäischen Argumentationen des linken Bewegungsspektrums von „ideologischen Durchsetzungsagenturen" spricht und bei der Analyse des europäischen Selbstbildes zwischen realen Verwirklichungen und Widersprüchen noch zu unterscheiden weiß, wird ihr der Vorwurf einer verschwörungstheoretischen Weltsicht gestrickt. Statt den antinationalen, zivilen, antimilitaristischen und antiimperialistischen Anspruch der EU ernst zu nehmen, würde eine Linke geschützt, die man durch die Politik der Eliten nur korrumpiert, ansonsten aber aufklärungsfähig sieht (Ceeleh, S. 46).

Man möchte meinen, es ist geschenkt, wenn sich „liberté toujours" dem Verständnis der Rede von „ideologischen Durchsetzungsagenturen" verweigert. Doch dahinter steckt mehr als absichtliches Dummstellen. So die Angst vor einem Begriff, der nicht dem gängigen Theoriekanon entlehnt ist und darüber die Autorität eines Arguments verspricht. Vor allem aber eine Auseinandersetzung mit der Linken, nach der diese undifferenziert zum Hauptfeind erklärt wird und an einer inhaltlichen Auseinandersetzung kein wirkliches Interesse besteht. Mit der Intention und Plausibilität des „Phase 2"-Arguments beschäftigt sich die Berliner Gruppe nicht. Obwohl es wichtig wäre:

Europa ist ein Projekt in Schüben; verschiedenen Integrationsstufen auf ökonomischer und politischer Ebene folgt gegenwärtig eine Zunahme identitätspolitischer Diskurse. Gerade nach der bisher weitgehendsten Differenz im transatlantischen Verhältnis wurde von intellektuellen und politischen Eliten die Debatten über eine gemeinsame Geschichte und ein europäisches Bewusstsein in vorher nicht beobachtbarer Weise forciert. Die Ziele dieses Handelns sind offensichtlich. Es geht darum, Konsens und Loyalität für das europäische Projekt herzustellen. Die Transformation von nationalstaatlichen Souveränitäten, also die Überformung traditioneller Identitätsvorstellungen vom nationalen Zusammenhalt, die bisher alleinig auf der Vorstellung vom gemeinsamen Blut und Boden oder einer gemeinsamen Sprache und Kultur gründeten, sowie erwartbare soziale Einschnitte, bzw. andere Opfer, welche die verschärfte ökonomische Konkurrenz und das alternative Weltmachtstreben mit sich bringen, müssen legitimiert werden. Die Bevölkerung ist insofern offen für diesen Prozess als bestimmte Einstellungen wie Antiamerikanismus, ein autoritäres Staatsverständnis, somit Bestandteile einer europäischen Ideologie, bereits existieren und nur angesprochen zu werden brauchen. Allerdings resultieren aus der langen Durchsetzungsgeschichte herkömmlicher nationaler Identifikation im Zusammenhang mit der heutigen Internationalisierung der Produktionsbeziehungen auch Widerstände, zum Beispiel nationalstaatlich argumentierende Gewerkschaften oder Interessen eher national orientierter Kapitalfraktionen. Im Rahmen der Bildung eines staatlichen Gesamtinteresses an der Europäischen Integration müssen solche Standpunkte „überzeugt" bzw. letztendlich marginalisiert werden. Bei der Herstellung und Durchsetzung einer konsistenten pro-europäischen Argumentation spielen Elitendiskurse in der Öffentlichkeit, intellektuelle Debatten und politische Bewegungen zweifelsohne eine herausragende Rolle. Ein europäisches Bewusstsein kann nicht einfach vorausgesetzt werden und gerade in Momenten, wo dies offensichtlich wird, nehmen die Überzeugungsbemühungen bestimmter Interessengruppen und staatlicher Akteure zu. Erst jüngst wurde dies durch beispiellos häufige Aufforderungen in allen Medien, sich im Juni an der Europawahl zu beteiligen, belegt. In diesem Prozess der Herausbildung eines europäischen Bewusstseins, spielen viele linke Gruppen innerhalb der Globalisierungskritik eine maßgebliche Rolle. Sie beteiligen sich an Diskursen, in denen darüber verhandelt wird, was eine europäische Identität ausmachen soll. Statt grundsätzlicher Kritik legen sie mit einer sozialeren und antimilitaristischen Argumentation das Projekt Europa nahe. Ihre Kritik bezieht sich nur auf Aspekte der Militarisierung und der neoliberalen Sozialpolitik. Das gleichwohl vorhandene Selbstverständnis Europas als soziale Alternative zum US-Kapitalismus sowie der hohe Stellenwert ziviler Sicherheitspolitik wird missachtet oder als positiver Anknüpfungspunkt interpretiert. Dabei ist die linke Rhetorik teilweise regierungs-

[1] Die Kritik an linken antimilitaristischen Positionen sowie der Praxis der globalisierungskritischen Linken ist bereits an mehreren Stellen nachlesbar. Zum Beispiel in „Phase 2", Nr. 12: „Europa macht man nicht mit Links", in „Phase 2", Nr. 8: „Gegen Macht Europa". Im folgenden wird sich vor allem mit der antideutschen Haltung auseinandergesetzt, wie sie von „liberté toujours" und dem „Bahamas"-Redakteur Sören Pünjer vertreten wird.

[2] „Phase 2", Nr. 11, Schwerpunkt: „Wer macht Europa", S. 4.

gleich. Mit ihrem Engagement für ein soziales und zivilgesellschaftliches Europa, welches durchaus etwas anderes als die Zielvorstellungen der rot-grünen Regierung meinen kann, integriert sich ein Protestpotential, welches radikale linken Gruppen wie zum Beispiel die Antifaschistische Linke Berlin (ALB) oder die linke Redaktion der mittlerweile eingestellten „Jungle World"-Beilage „Subtropen" mit einschließt. Statt deutlicher Polarisierung gegen europäische Identitätsprojekte werden u.a. durch die Beteiligung an den Europäischen Sozialforen inhaltliche Anknüpfungen in einem bestimmten gesellschaftlichem Segment stark gemacht. Dabei werden besagte Strömungen nicht gegen ihren Willen von oben ferngesteuert, allerdings ist es auch nicht in jedem Fall ihre Intention, eine alternative europäische Weltmacht zu legitimieren. Die Grenzen sind jedoch fließend. Während Gruppen wie die ALB Europa eher als vergrößertes Aktionsfeld für die radikale Linke begreifen, sehen Mitarbeiter der „Subtropen" in Europa die Chance für eine friedlichere Weltpolitik. Die Rede von „ideologischen Durchsetzungsagenturen" meint also genau jene Vermittlungsleistung eines euronationalistischen Bewusstseins unter linken Vorzeichen.

Europa ist gefährlich – Europa gibt es nicht?

Wenn in der „FAZ" im Zusammenhang mit dem D-Day die Interpretation gewagt wird, „die nationalen Vergangenheiten in Europa sind weitgehend davon befreit die eiserne Ration kollektiver Identität darzustellen", dann spricht dies nicht für das Ende sondern für eine Wandlung des Nationalismus in Europa. Das Stichwort „Identität" zeigt an, dass hier ein neuer Bedarf im Rahmen der europäischen Einigung ausgefüllt werden will. „Europa im Wissen und Denken der Menschen zu verankern, damit diese bereit sind für die gemeinsame Zukunft Mühen und Kosten auf sich zu nehmen", so formulierte der Verband der Altphilologen das ideologische Projekt der Stunde. Nun wird diese Wissenschaftsspezies im „Incipito" wahrscheinlich weniger geschätzt als in der Zeitung für Deutschland, das ist aber kein Grund, die Relevanz der Aussage minder zu werten. Viel mehr lautet der richtige Gedanke: wenn selbst diese qua Berufsstand verstaubte gesellschaftliche Schicht die Bedeutung der europäischen Identitätsdiskurse gefressen hat, dann muss etwas daran sein. Man könnte es aber auch mit den Worten eines Strategiepapiers aus der SPD-Fraktion nach dem Irakkrieg verdeutlichen: „Wer jetzt nicht kapiert hat, dass alles auf Europa zuläuft, der wird es nie begreifen". Es vergeht heute praktisch kein Tag, an dem nicht ein Kongress, ein Artikel im Feuilleton, ein intellektueller Kommentar oder ein richtungsweisendes politisches Statement den Stand und die Perspektiven des europäischen Bewusstseins affirmativ zu ihrem Gegenstand machen. Dies spricht für die Einschätzung des BGR/Leipzig das Europa gerade auf dem Weg der Identitätsbildung vorangetrieben wird. Insofern ist es auch richtig, dass das BGR und die Redaktion der „Phase 2" bisher nicht alle Aspekte des entstehenden europäischen Machtprojektes kritisch analysiert haben. Die an den gesellschaftlichen Realitäten orientierte politische Praxis des BGR ist für „liberté toujours" und dem „Bahamas"-Redakteur Sören Pünjer gleich ein Beleg für unmaterialistisches Verhalten. Statt historischen Materialismus betreibe man in Leipzig postmoderne Diskurstheorie, so lautet der Vorwurf. Und richtig, dem „Historischen Materialismus" hat sich weder das BGR noch die „Phase 2" explizit und ausschließlich verschrieben. Dies könnte daran liegen, dass sich auch im Falle der hier behandelten BGR-Kritik ein Teil der Antideutschen als Theorie-Schaumschläger nicht aber als überzeugende Analytiker präsentieren. Der bloßen Meinung, dass der antinationale Charakter der EU schon feststehe und ein Vergleich der europäischen Identitätsbildung mit der Entstehung nationalem Bewusstseins vor allem im 19. Jahrhundert nicht statthaft wäre, folgt nur die lauthals vorgebrachte Ankündigung einer materialistischen Analyse, nicht aber diese selbst. Der Nationalstaat sei als Ergebnis eines historischen Prozesses darzustellen, „innerhalb dessen die durch Produktion und Kapitalzirkulation, Waren- und Rechtsform konstituierte und zusammengehaltene Gesellschaft ihren Mitgliedern bei Strafe des Untergangs nichts anderes übrig lässt, als diesen Prozess mit- und nachzuvollziehen" (Ceeleh, S. 47). Schon auf den ersten Blick stellt sich die Frage, wie nach diesem Analyseraster die Zunahme identitätspolitischer Diskurse in Europa mit der Entwicklung der Produktion und Kapitalzirkulation innerhalb der globalisierten ökonomischen Verhältnisse erklärbar wird. Es riecht zwar etwas nach ökonomistischer Herleitung, gleichwohl bleibt es eine wirklich spannende Auseinandersetzung, ob sich so etwas wie ein Euro-Kapitalismus entwickelt, dem der gegenwärtige Euronationalismus entspricht.[3] Was die Antideutschen damit sagen wollen, ist allerdings völlig unklar. Neben einem Hinweis auf die europäische Tradition des Etatismus, wird an keiner Stelle deutlich gemacht, wie denn die „materiellen Verhältnisse" mit einer Realität euronationalistischer Diskurse zu vermitteln sind und was das spezifische Verhältnis von Staat(en) und Kapital in Europa gegenwärtig ausmacht. Von einer Analyse der europäischen Produktions- und Handelsbeziehungen ganz zu schweigen.

Während BGR und „Phase 2" dort, wo sie keine Ahnung haben, das Maul halten, plappern besagte antideutsche Großmäuler sinnlos drauflos. So bleibt das Gerede von „objektiven Gedankenformen", die aus der „spezifischen Konstellation der materiellen Verhältnisse resultieren" oder die Aufforderung, das Kapital „im Sinne der Kritik der politischen Ökonomie" zu erfassen, eine leere Phraseologie (Ceeieh, S. 50/52). Man ist gespannt, wie diese Lücke antideutscher Erklärungsversuche demnächst aus-

[3] Erkenntnisbringender: Martin Beckmann, Hans-Jürgen Bieling, Frank Deppe: Euro-Kapitalismus und globale politische Ökonomie. Hamburg 2003

[4] Vgl. „Jungle World", Nr. 23: „Kampf um Mercados", S. 16

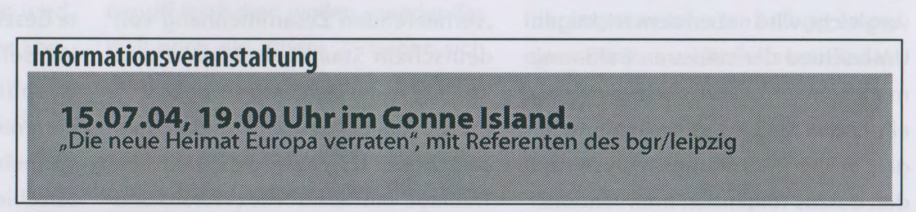
[5] www.kp-berlin.de

gefüllt wird. Die ökonomische Integration ist zweifelsohne weit vorangeschritten. Ein gemeinsamer Binnenmarkt, der Euro und gemeinsame Rechtsformen existieren seit einigen Jahren. Zu einem kontinuierlichem europäischen Gesamtinteresse hat dies bisher nicht geführt. Bei regierungsamtlichen Auseinandersetzungen um die Übernahme von Konzernen durch „ausländische" europäische Kapitalverbände wird dies immer wieder deutlich. Ebenso wenig scheinen die ökonomischen Beziehungen bisher eine imperialistische Konkurrenzmacht Europa noch einen kontinuierlichen europäisch-amerikanischen Interesseverbund zu determinieren. So zieht die internationalisierte Produktion, die Arbeitsteilung über Nationengrenzen hinaus, eine Reihe von gegenseitigen Abhängigkeiten nach sich. Auch die internationale Kapitaldurchdringung schafft Interdependenzen, die für eine Interessenidentität von Europa und USA sprechen. Was die dies betrifft, lässt sich zwar richtigerweise darauf hinweisen, dass zwischen europäischen Staaten die Kapitalverflechtungen und Warenströme um einiges intensiver sind als zwischen Europa und den USA. Die einflussreichen Positionen der global orientierten Kapitalfraktionen in Deutschland während des Irakkrieges haben aber gezeigt, dass dies nicht für einen Bruch zwischen den Vereinigten Staaten und Europa spricht.

Fazit: Die Homogenität und Intensität einer euronationalistischen Identifikation, die sich von den USA abgrenzt, findet im Bereich ökonomischer Verhältnisse keine konsistente Entsprechung. Auch wenn – andererseits – hin und wieder Fälle von ökonomisch intendierter Machtkonkurrenz zu beobachten sind. Zur Zeit ringen die USA und die Europäer jeweils um privilegierte Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit dem südamerikanischen Kontinent.[4] Bislang bleibt aber nicht nur offen, in welche Richtung sich das Verhältnis von Konflikt und Kooperation zwischen einem weitgehend internationalisierten europäischen und einem ebenso orientierten amerikanischen Kapitalismus entwickelt sondern auch, welche Bewusstseinsprozesse von dieser Entwicklung unterstützt werden. Der Euronationalismus ist genauso wie eine alternative und destruktive europäische Weltmachtpolitik auch ohne die widerspruchsfreie Analyse einer ökonomischen „Basis" eine materielle Realität. Insofern ist ein kritische Auseinandersetzung damit überaus legitim.

Antinationale Gleichmacherei oder Antiamerikanismus?

Häufig wird Europa in der Linken als „normale" kapitalistische Großmacht kritisiert. In einem Aufruf der Berliner Gruppe „Kritik und Praxis" wendet man sich gegen die EU als Bestandteil des „großen Falschen", welches dann als neoliberaler Kapitalismus vorgestellt wird. Die EU dient im Inneren als Agent der Globalisierung der Anpassung an den Stand der neoliberalen Kapitalverwertung. Nach Außen tritt sie als Wirtschaftsblock mit den anderen Triadenmächten in die verschärfte Konkurrenz.[5] Weder der europäischen Rolle in den transatlantischen Konflikten um ein alternatives Weltordnungsmodell noch dem Euronationalismus wird eine besondere Qualität zugebilligt, die über den Status eines bloßen instrumentellen Mittels zur Austragung der Konkurrenz hinausreicht. Im „Ceeleh"-Text von Sören Pünjer wird dies zu recht bemängelt (S. 50). Der Vorwurf, hier würde antinationale Gleichmacherei betrieben, müsse nach der Meinung des „Bahamas"-Redakteurs darüber hinaus gleichermaßen dem BGR/Leipzig und der „Phase 2" gelten. Auch für diese Gruppen sei Europa angeblich nur eine Art „global agierende Militärmacht", ein entstehender normaler Nationalstaat und insofern eine Antwort auf das amerikanische nation building. Weil aber antinationale Linke immer darauf bestehen würden, dass man für keine Nation Partei ergreifen dürfe, offenbare sich die antinationale Kritik nur als verkappter Antiamerikanismus. Dass die EU nur deshalb abgelehnt würde, weil in ihr die „Vereinigten Staaten von Europa" gesehen werden, meint auch „liberté toujours" und befindet weiter, dass europakritische Linke eigentlich nur die Amerikanisierung europäischer Verhältnisse bedrohlich fänden





(Ceeleh, S. 47).

Es ist eine hohle Unterstellung, so bleibt die Beweiskette auch hier äußerst dünn. Zudem offenbart sie, dass es der apologetische Blickwinkel ist, der eine Parteinahme für die USA nahe legen möchte und sich deshalb die Einsicht verwehrt, dass Europa und die USA oft aufgrund einer Interessenidentität handeln und sich durchaus



ähnlicher Mittel bei der Verfolgung ihrer Interessenpolitik bedienen können. Wer die europäischen und US-amerikanischen Sicherheitsstrategien vergleicht, wird neben dem wichtigen Unterschied der stärkeren Betonung multilateralen Handels seitens der EU ein hohes Maß an Übereinstimmungen in der Bedrohungsanalyse und den daraus folgenden Interventionskonzepten ablesen können. Nicht ohne Grund können sich Berlin und Washington, Paris und London an vielen Stellen im „Kampf gegen den Terror" einigen. Besonders in Afghanistan ziehen Amerikaner und Deutsche im Rahmen der NATO und darüber hinaus an einem Strang. Ähnlich gleichgerichtet funktioniert der Alltag internationaler Institutionen wie IWF, GATT, G8 oder Weltbank. Für besagte Antideutsche gibt es aber nur einen absoluten Gegensatz zwischen den USA und Europa. In dieses kontrafaktische Schema versucht man die Wirklichkeit zu pressen. Mit denunziatorischem Eifer werden Analysen des besonderen Destruktionspotentials einer europäischen Machtbildung ignoriert[6] und die Beschreibung von Gemeinsamkeiten zum Wesen der Argumentation zu recht gebogen.

Weil die „Phase 2"-Autorin Barbara Hauck im deutschen Sozialstaat der Nachkriegsepoche auch den allgemein kapitalismusimmanenten Zwang zur Systemreproduktion verwirklicht sieht, wird sie bezichtigt, den „verheerenden Zusammenhang von deutschem Staatsfetischismus und 'sozialer Frage' negieren zu wollen.

Und aus der BGR-Argumentation, dass auch in den USA eine sozialstaatliche Tradition existiere, sowie diesseits und jenseits des Atlantiks gegenwärtig Sozialabbau betrieben wird, sieht der Bahamas-Redakteur den Beweis dafür, dass „Unterschiede hinsichtlich der sozialen Vergesellschaftung" (Ceeleh, S. 51) zwischen den USA und Deutschland eingeebnet würden.

Das BGR würde solche Unterschiede nicht leugnen. Es war aber nicht das Thema, über das etwas gesagt werden sollte. Vielmehr ging es uns um eine Kritik an der Mythologisierung eines angeblichen wesenhaften Unterschieds zwischen einem ausschließlich liberalkapitalistischen Modell der Vereinigten Staaten und einem ausschließlich sozialstaatlichem Europa. Neben unterschiedlichen historischen Ausprägungen im Verhältnis von Staat und Individuum gibt es doch ebenso parallele und aufeinanderzuweisende Entwicklungen staatlicher Sozialpolitik, auf die sich besonders dann hinzuweisen lohnt, wenn Apologeten mit proamerikanischer oder proeuropäischer Haltung Parteinahme fordern.

Im Analysekrampf besagter Antideutscher ist für eine differenzierende Herangehensweise kein Platz und jeglichem Hinweis darauf wird mit autoritärem Gestus begegnet. Was nicht ins Raster passt, also die Beschreibung von Phänomenen, die einer totalisierenden, wesenhaften und historisch ungenauen Unterscheidung zwischen amerikanischen und europäischen Kapitalismus widersprechen, wird pejorativ als Faktenanhäufung oder „mechanisch gepaukte Politikwissenschaft" (Ceeleh, S. 51) apostrophiert. Nur wird nicht klar, warum dies schon eine Schmähung sein solle. Vor allem dann nicht, wenn der sattelfeste Gesellschaftskritiker der „Bahamas" im selben Atemzug mit Parteiwerbung der SPD-Grundwertekommission seine Tiefenanalyse des vermeintlich alles umfassenden Unterschieds zwischen kapitalistischer Vergesellschaftung in den USA und Europa deutlich machen möchte.

Die EU – ein antimilitaristisches, antinationales und antiimperialistisches Projekt?

Es wird noch irrer. Im Wahn, die Propaganda vom sozialen, zivilen und friedlichen Europa zum einzigen Kennzeichen der EU-Macht zu erklären, kommt der Redakteur zu kuriosen Einschätzungen. Rot/Grün betreibe eine populistische, volkstümliche Po-

... haben sich schon im 20. Jahrhundert als ebenso wirkungsvoll wie verheerend erwiesen." Darüber hinaus haben verschiedene Autoren in „Phase 2" auf den besonderen Charakter der „Zivilmacht Europa" hingewiesen, der mit antimilitaristischer oder mit allgemein bleibender antikapitalistischer Intention nicht ausreichend zu kritisieren ist. Vgl.: u.a.: Mark Schneider: „BRD – Lakai der USA, kleiner Bruder oder mieser Widersacher?", in: „Phase 2", Nr.11, S. 28-31. Siehe auch Fußnote 1. Vielleicht, weil man es peinlich findet, dass man sich ähnlich wie „Phase 2" und bgr hin und wieder auf den Ebenen der Diskurskritik bewegt, wird zudem die Herausstellung besonderer geschichtspolitischer Interessen Deutschlands, wie sie auch von „Bahamas" benannt werden und welche einen zentralen Ansatzpunkt der europakritischen BGR-Kampagne darstellen, insofern auch gegen eine gleichmachende antinationale Sichtweise sprechen, nicht zur Kenntnis genommen.

litik (Ceeleh, S. 48). Man soll dies wohl als Ausdruck des immergleichen europäischen Hasses auf jede Form individueller Freiheit und privatem Wohlstandes verstehen. Agenda 2010 – Faktenanhäufung? Eine immer weiter auseinanderklaffende Wohlstandsschere oder das Verschwinden postmaterieller Wertorientierungen im Zuge einer zunehmenden Akzeptanz der Leistungsgesellschaft unter Jugendlichen – mechanisch gepaukte Politikwissenschaft? Weil es so absolut weltfremd, deswegen aber schon wieder lustig ist, noch ein Beispiel von der Wahninsel: Junge Menschen würden in D-Land pazifistisch und antinational erzogen, ja links und antinational bildeten praktisch das „neue deutsche Selbstbewusstsein" (Ceeleh, S. 49). Die Interpretation von Schröders „deutschem Weg", die immer lauter werdende Forderung nach einem ständigem Sitz für Deutschland im Weltsicherheitsrat, die gesellschaftliche Akzeptanzsteigerung der Bundeswehr, die sich nicht nur in der allgemeinen Beliebtheit des schneidigen Verteidigungsministers sondern auch in der Normalität einer Karriereplanung im Rahmen des Militärs ausdrückt; all das geht mit einer Einschätzung, Deutschland sei antinational und pazifistisch, nicht zusammen.

Trotzdem oder gerade deshalb wird die Spinnerei auf die europäische Ebene ausgeweitet. So wie es keine Anzeichen für eine Militarisierung deutscher Außenpolitik gäbe – die schrittweise Ausweitung von Bundeswehreinsätzen im Ausland, die Umschreibung verteidigungspolitischer Richtlinien in Richtung Interventionslegitimation sowie der entsprechende Umbau der Bundeswehr hebt den Materialisten nicht an – könne auch in Bezug auf Europa nicht von einer Militärmacht gesprochen werden. Nun ist es richtig, die Kritik an Europa nicht allein auf seine Bestrebungen auf militärischem Gebiet mit den USA gleichzuziehen, zu beschränken. Wer allerdings derart ignorant übersieht, dass die EU sich eine Verfassung geben wird, die eine explizite Aufrüstungsverpflichtung enthält, dazu die Riesenschritte leugnet, mit der die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik in den letzten Jahren vorangekommen ist und mittlerweile selbst ein eigenes Weltraumwaffenprogramm verwirklichen wird[7], der gibt sich nur noch der Lächerlichkeit preis.

Der militärische Abstand zwischen den Europäern und den USA ist riesig und ebenso richtig ist, dass bei der Abschätzung außenpolitischer Optionen der Europäer ein multilaterales und ziviles Vorgehen einen hohen Eigenwert besitzt. Stoßen die Europäer aber bei den Bemühungen ziviler Interessenpolitik an Grenzen, so wie es in Ex-Jugoslawien, in Afghanistan und im Kongo alltäglich der Fall ist, wird der Ruf nach Militär laut und die Zivilmacht offenbart sich als militärischer Akteur. Dies ist nicht gleichzusetzen mit der Behauptung einer Rückkehr imperialistischer Politik, die auf militärische Expansion setzt. Wenn Pünjer dies in seinem Text der „Phase 2" und dem BGR unterstellt, dann mit dem Hintergrund, seine eigene Einschätzung einer antimperialistischen EU plausibel erscheinen zu lassen. Würde man demgegenüber an einem weniger historisch geprägtem, dafür auch nichtsagenderem Imperialismusbegriff festhalten wollen – weder das BGR noch die „Phase 2" zeigen sich diesbezüglich besonders engagiert – und Imperialismus bedeutete demnach die staatliche Durchsetzung kapitalistischer Interessen mittels ökonomischer, politischer und militärischer Instrumente, dann wäre auch die EU als imperialistisches Projekt zu kennzeichnen. Die Durchsetzung ihrer Interessen in Süd- und Südosteuropa, im Kongo und Afghanistan sprächen dafür. Dies wäre zumindest um einiges einleuchtender als eine gegenteilige Behauptung, die sich als Beleg nur auf die Antikriegshaltung der Kern-Europäer während des Irakkonflikts und auf den in der europäischen Außenpolitik stark verankerten Wert des „Völkerrechts" zu beziehen weiß. Weil aber diese bemühte Argumentation überaus widersprüchlich ist, steigert sie der Autor der „Bahamas" zur grenzenlosen Denunziation. Als es ihm darum geht, den „antiimperialistischen Konsens" in Deutschland zu belegen, verfällt er auf einen genialen rhetorischen Einfall: ein geheimnisvolles Zitat (Ceeleh, S. 55). Fand es sich in „Phase 2", sprach es Fischer oder jemand von der CDU? Unmöglich wäre eine vom Inhalt ausgehende Zuordnung der Zeilen, die – man ahnte es bereits – von einem Nazi stammen. Pünjer bemüht den DVU-Chef Gerhard Frei als Kronzeugen für seine krude Gesellschaftsverklärung. Jener stellt sich im Zitat die „Kardinalsfrage, warum sich ausgerechnet Deutschland in eine Gegnerschaft zu seinen vielen Freunden auf der ganzen Welt zwingen lassen sollte" und bedauert, dass „wir" Deutschen „in unserer derzeitigen Schwäche, niemanden hindern, andere zu überfallen." Mag sein, dass ein Fischer und eine Merkel ähnlich wie ein Frei über das Wohl und Wehe dieses Landes im Kollektivsubjet denken und als solches zu sprechen belieben. Die programmatische Wir-Identität eines deutschen Antisemiten aber „Phase 2" unterzujubeln, ist so selbstentlarvend, das, wüsste man nicht, von wem der vordergründige Versuch einer Beweisführung stammt, von Anfang an auf einen Pünjer aus der Bahamas-Redaktion schließen müsste.

[7] Ein komprimierter Überblick: Arno Neuber: Militärmacht Europa. Die EU auf dem Weg zur globalen Interventionsmacht, ISW-Report, Nr. 56

Neokonservative und andere Gedächtnisstützen

Ein Bewusstseinsragout in vier Gängen

Iama Traveler

Erster Gang: Plattsalat

Es war die Zeit, in der die deutsche Auflage von Hardt und Negris „Empire – Die neue Weltordnung" die alten Buchläden erreichte und ich im www vagabundierte, es muss so zweitausendzwei gewesen sein, als mir ein auf Indymedia geposteter Artikel erscreen. Empire sei zu haben, stand dort für die, die es noch nicht wussten. Doch man solle sich nicht zu viel versprechen, säuselte es weiter. Die nämlich, die von diesem Buch Anleitungen erwarteten, wie denn in Zukunft mit diesem kapitalistischen System umzugehen sei, was man dagegen tun könne usw., würden wohl enttäuscht werden - obwohl die Analyse der Autoren nicht zu verachten sei, beeilte man sich hinzuzufügen.

Was diese Anekdote interessant macht, ist nicht jenes darin vorkommende Buch, welches aus ganz anderen Gründen, als den dort angeführten, schlecht ist, auch nicht die Website, die aus wiederum anderen Gründen noch schlechter ist, sondern der sich in jenem Posting offenbarende Charakter mit antikapitalistischem Antlitz, welcher, aus was für Gründen auch immer, darauf aus ist, *was zu tun sei* und *dass etwas zu tun sei*, möglichst schon in gut verdaulichen Häppchen auf dem Tisch haben will.

Aber das ist nur der unappetitliche Anfang eines vier Gänge Menüs, von dem nun noch zu kosten sein wird. Voreiligen Unkenrufern sei hier auf die Kotztüte noch folgendes geschrieben: Der erste Gang wurde tatsächlich nicht dokumentiert, sondern muss als ganz private Erfahrung durchgehen. Die Zubereitung des Zweiten kann dagegen in der TAZ vom 09.- und 10.01.04 und in der Jungle World # 4/ 2004 nachgeschlagen werden.

Zweiter Gang: Armer Student

Ein Indymedia-Diss ist heute zugegebenermaßen billig zu haben. Die Virtualität dieser Website sollte aber nicht über eine handgreifliche Realität hinwegtäuschen. Zur Probe nun ein Bissen von deutschen Studenten, von denen allgemein erwartet wird, dass sie nicht ganz so roh und blutig auf dem Teller liegen.

Da getrauten sich die Mehrheiten der Studenten an der Humboldtuni zu Berlin im Wintersemester 2003/4 einen Streik vom Zaun zu brechen, ließen sich von ihren Professoren und der wohlwollenden Presse feiern, probierten stolz bald dieses, bald jenes Mittel des, ihrer Meinung nach, widerständigen Repertoirs aus, standen rund und satt nach der Festtagspause vor der Entscheidung, soll der Streik weitergeführt werden oder nicht und wurden Opfer einer „bewusste[n] politische[n] Täuschung" (TAZ 09.01.2004).

Die ungenießbare Beilage, die Inhalte des nicht nur auf Berlin beschränkten Studentenstreiks, sollte auch diesmal nicht den Geschmackssinn für die Hauptattraktion lähmen. Kauen wir deshalb noch einmal auf dem Stück von Interesse herum.

Die Stundenten nämlicher Universität versammelten sich am ersten Montag des Jahres zweitausendvier und lauschten den Reden derer, die eine Idee davon zu haben schienen, was denn nun zu tun sei. Dabei verknallten sie sich offenbar in eine junge Frau, die sich für den Abbruch des Streiks stark machte. Aber ach, die Sirene sagte nicht, von welcher Insel sie kam. Erst als Tage darauf bekannt wurde, dass die Stimme einer Circe der jungen Union zu ihnen sprach, erwachten die Studenten aus ihren Träumen – jedenfalls beruhigten sie sich so. Astrid Jantz lautete ihr voller Name. Hätte sie das doch vorher gesagt, viele wären nicht auf die selben Worte hereingefallen.

Warum die Presse die unsegliche Geistlosigkeit den Studenten durchgehen ließ und sich lieber auf die unredliche Geistesgegenwart einer jungen Unionistin stürzte, ist leicht erraten. Sind doch Studenten den beiden erwähnten Blättern die liebsten Objekte, noch dazu, wenn sie so tun als planten sie den Aufstand. Und so blieb der gefährliche politische Dilettantismus eine Randnotiz oder ganz und gar unbemerkt und unausgesprochen.

Dritter Gang: Verdorbene Kuschelrouladen

Ein Magenbitter wäre an dieser Stelle nicht schlecht. Das Etablissement weigert sich aber Bekömmlichkeiten dieser Art anzubieten. Beim Gast könnte sonst der Eindruck entstehen die Speisekarte habe dergleichen nötig. Und da kommt auch schon der nächste Teller. Vielleicht hilft Gelassenheit.

Ganz anders, als es den Studenten erging, die bedauerlicherweise eine Argumentation falsch verstanden, weil ihnen offenbar das wichtigste für ein angemessenes Verständnis fehlte, nämlich der vollständige Name und die Parteizugehörigkeit der Argumentierenden, gestaltete sich die Situation um eine Bahamasveranstaltung im Sommer vergangenen Jahres in Berlin. Dort wurde zu einer Konferenz „Gegen die antisemitische Internationale" aufgerufen und zu der einführenden Podiumsdiskussion der Kreis der üblichen Verdächtigen gesprengt. Und das erregte nun den größten Ver-

dacht. Unerhörter Weise tummelten sich auf der Liste der geladenen Gäste neben Justus Wertmüller Namen wie René Pollak, Hannes Stein und Eldad Beck. Alle mit Affinitäten zu Medien, die nicht dem kuscheligen linken Spektrum zuzuordnen sind. Im Gegenteil, Hannes Stein z.B. ist Redakteur der konservativen Tageszeitung „Die Welt" und da weiß man ja, was los ist.

Und so getrauten sich nur wenige in den Sumpf der Reaktion und einer, Joachim Rohloff, schrieb über sein Erlebnis „Unterm Fallbeil" in der Jungle World (# 25/2003). Ungemütlich muss es dort gewesen sein, im drohenden „Schatten des Berliner Axel-Springer-Hauses", vor sich die Liebhaber der „Journalisten des Springer-Verlags", die offenbar dabei waren sich mit „der Zentrale der Verblödung zu verbünden, nämlich", und hier nennt Rohloff das Gespenst ein drittes mal, „mit dem Springer-Verlag".

Dass es hier nicht um Information geht, wenn der springende Punkt so häufig genannt aber nicht erklärt wird, sondern darum Einverständnis dort zu suchen, wo das Denken auf Krücken nicht verzichten will, ist der Grund für Rohloffs Redundanz. Der bei ihm nicht beim Namen genannte Opportunismusvorwurf an die Adresse der Veranstalter in Berlin, steht jedoch in keinem Verhältnis zum Opportunismus einer Linken, die mit Antisemiten kokettiert, deren liebste Parole, die vom Tod ist. Die tragische Ironie in Rohloffs Beschwerdebrief entspringt dem Eindruck, dass sein Kopf tatsächlich seit geraumer Zeit in einer Guillotine eingespannt ist, wodurch die Perspektive bekanntlich festgenagelt wird.

Vierter Gang: Notaufnahme

Was macht man, wenn einem das Menü nicht bekam und ein Arzt sich plötzlich kopfschüttelnd über einen beugt? Man versucht ihm zu erklären, was sich im Magen befindet, damit die folgende Behandlung auch angemessen ist. Wenn wenig Zeit bleibt, sollte die Erklärung möglichst kurz und prägnant ausfallen. Aber was war das denn nun alles?

Mühsam erinnere ich mich an ein Gespräch mit einem Gegner des Essentialismus, dem alle Wesenheiten spinnefeind waren. Er hatte kürzlich einen Aufruf „Antideutscher" zu einer Demo in Hamburg gelesen, an dessen Ende folgender Satz zu finden war: „Liebe Freundinnen und Freunde Israels, Sie mögen eine linke oder eine konservative Vergangenheit haben, sie mögen sich heute als Liberaler, als Neokonservativer verstehen, oder gar als Kommunist, das tut für die Entscheidung, auf dieser Demonstration mitzugehen nichts zur Sache." (Last Call For Hamburg! Warum es notwendig ist, am 24.04.2004 in Hamburg gegen old Europe und für Israel Flagge zu zeigen. Berlin, den 21.04.2004)

Schwer zu schaffen machte ihm die ausgestreckte Hand nach den „Neokonservativen". Auf die Frage, was denn daran so schlimm sei, antwortete er mit einer Gegenfrage: Ob ich denn nicht wüsste, was Neokonservative eigentlich sind?

„Eigentlich"! Ja, was sind sie denn „eigentlich"? Das ist ja interessant. Und das von einem, dem das Eigentliche doch nichts sein müsste.

„Das ist ein schönes, deutsches Wort, so schön, daß man es nicht einmal ins Französische übersetzen kann. ‚Proprement dit' ... nein, ‚eigentlich' ist überhaupt kein Wort. Das ist eine Lebensauffassung" schrieb Kurt Tucholsky einmal. Das war 1928. Selbst gute 40 Jahre später machte Adorno der Gebrauch dieses (Un)Wortes so sehr das Leben schwer, dass er seiner Schrift gegen Heidegger den Namen „Jargon der Eigentlichkeit" gab. Und heute? Heute ist den Deutschen offenbar immer noch alles „äußere Leben nur provisorisch vorhanden" und Tucholskys Optimismus, dass „sie eines Tages einsehen, daß dieses Provisorium alles war und daß nichts mehr danach kommt ..." darf angezweifelt werden.

Selbst ein Sören Pünjer wundert sich dieser Tage in einem Text mit dem Titel „Der Alp-Traum vom ewigen Frieden" darüber, dass auf Fragen wie, „was die Amerikaner 'eigentlich' und 'an sich' treiben und bezwecken [...] die ressentimengeladenen [sic!] Antworten in Deutschland durchaus variantenreich immer dasselbe Thema beinhalten" und mutmaßt: „An den Fragestellungen allein kann es wohl nicht liegen".

Es ist zu befürchten, dass es doch an den Fragestellungen liegt, besser, dass derart gestellte Fragen, die Antwort bereits sind. Denn das Eigentliche ist der Nimbus des innerlichen, des Wesens an sich, das nicht offen zu Tage liegt.

Man setzt sich auf Indymedia nicht mit dem Inhalt eines Buches auseinander, sondern bemängelt in kindischer Manier dessen nichtvorhandene Aussagen, sucht nach dem, was der Autor eigentlich sagen wollte oder sollte.

An deutschen Hochschulen, hört der Student nicht einfach auf Argumente und prüft diese kritisch, sondern weiß erst eigentliches zu sagen, wenn er vermeintlich dahinterstehende Gedanken errät. Die Rede für den Streikabbruch an der Humboldtuni, war erst dann eine Rede für den Streikabbruch, als bekannt geworden war, dass sie von einer CDU Parteigängerin vorgetragen wurde.

In der deutschen Linken, weiß man ganz sicher, dass konservative Journalisten und Redakteure sich nur im Schatten des Axel-Springer-Gebäudes wohlfühlen, wo sie ihre Eigentlichkeit verbergen können.

Und Amerikaner bzw. amerikanische Neokonservative wollen im Irak-Krieg niemals das Erklärte, sondern das Eigentliche.

Und dieses Eigentliche ist nur durch Methoden zu haben, die der Astrologie, der Eingeweideschau oder der Glaskugelguckerei näher stehen, als der Nutzung der fünf Sinne.

Der Arzt beugt sich tiefer. Unter Schmerzen raune ich ihm das Wörtchen EIGENTLICH ins Ohr. Er nickt mir beruhigend zu und macht sich an die Arbeit.

Runder Tisch mit Eichmann

Über den kleinen Unterschied zwischen dem „anderen Deutschland" und der zivilisierten Welt

Eike Geisel

Vor zehn Jahren wurde Joshua Sobols „Ghetto" in Deutschland zum ersten Mal aufgeführt. Seitdem wissen zumindest das deutsche Theaterpublikum oder die Leser des Spiegel, dass eine „Art Wahlverwandtschaft zwischen Opfer und Henker" existiert hat. Erst 1994 wurde dieser Gedanke zu Ende gedacht. Erst in diesem Jahr wurde die logische Entsprechung zum moralisch zweifelhaften Opfer gefunden: der moralisch zweifelsfreie Täter. Und die Entdeckung des Jahres ist deshalb der „gute Nazi". Vorher war diese Formel als Verdikt in Gebrauch. Bezeichnet wurde damit das besonders rührige Mitglied einer kriminellen Vereinigung. Seit Oskar Schindler - außen Nazi, innen gut - weiß man es besser. Und dieser Einzelfall hat Appetit auf mehr gemacht. Nach dem Deutschen, der gut sein konnte, weil er besser verdiente, sollten nun aus besonderem Anlass jene Deutschen gefeiert werden, die ein weiches Herz hatten, das unter einem Eisernen Kreuz schlug. Man steckte Schindler in eine Uniform und ließ ihn in Kompaniestärke zum 50. Jahrestag der Offiziersrevolte gegen Hitler als Repräsentanten des „anderen Deutschland" antreten.

Mit den jährlichen offiziellen Feiern zum 20. Juli war man bislang nicht besonders erfolgreich gewesen. Und Generationen von Schülern der Bundesrepublik gähnten an diesem Tag, wenn ihre Geschichtslehrer den Versuch unternahmen, ihnen die Militärs des 20. Juli pädagogisch schmackhaft zu machen. Man sollte sie schätzen lernen als eine Art Johanniter-Unfallhilfe, als Vorläufer eines Kirchentagspräsidiums oder als frühe Kinkel-Initiative, weil es den Verschwörern schon damals hauptsächlich um das Ansehen Deutschlands ging. Doch dass die Naziarmee keine Verbrecherbande, sondern ein Verein zur Veranstaltung von Abenteuerreisen gewesen war, das glaubte allenfalls noch die Bundeswehr. Selbst ein CDU-Politiker gelangte trotz der jährlichen patriotischen Pflichtübung einmal zu der kurzlebigen Einsicht, dass Auschwitz nur solange funktionierte, wie die Wehrmacht dafür die logistischen Hilfsdienste leistete.

Die Schüler begriffen nur, dass Aufstand in Deutschland eine ziemlich verschlafene Angelegenheit sein musste, wenn die endlosen Debatten und Denkschriften der Verschwörer ein „Aufstand des Gewissens" sein sollten. An diesem besonderen Tag wurde man als Jugendlicher regelmäßig mit Gewissenskonflikten von Leuten gelangweilt, die sich endlos damit abgequält hatten, ob sie Hochverrat üben, ihren Eid brechen oder Tyrannenmord begehen dürften. Andererseits hatten sie keine sichtbaren Probleme damit gehabt, halb Europa in Schutt und Asche legen und Millionen von Menschen umbringen zu lassen. Dass ausgewiesene Zerstörungs- und Vernichtungsexperten in genau dem Augenblick, als die Firma pleite ging und sie den Chef loswerden wollten, sich als absolute Dilettanten erwiesen, das konnte keinen nachhaltigen Eindruck bei jungen Leuten hinterlassen, die im Unterricht etwas über Julius Cäsar, Ludwig XVI. oder den Zaren erfahren hatten.

Mit vielen anderen, die die Erinnerung an den 20. Juli für einen nationalpädagogischen Auftrag halten, bedauert die Mitherausgeberin der Wochenzeitung „Die Zeit", Gräfin Dönhoff, seit Jahren, „dass der 20. Juli 1944, der als moralisch-politische Tat weit herausragt aus der deutschen Geschichte, nie wirklich in das Bewusstsein eingegangen ist". Mehr noch als heimisches Desinteresse macht sie, die mit einigen der Verschwörer befreundet war und sich als Wahrerin des geistigen Erbes der Widerständler versteht, die westlichen Alliierten für das Desinteresse der Deutschen verantwortlich. Sie hat Engländern und Amerikanern bis heute nicht verziehen, dass diese die Militärs damals nicht als gleichberechtigtes Gegenüber, sondern als politische Bankrotteure betrachteten. „Im Ausland aber wurde die Existenz eines deutschen Widerstands von den Alliierten wider besseres Wissen geleugnet", heißt es in ihrem gerade erschienenen Jubiläumsbuch „Um der Ehre willen". Für ganz besonders ehrverletzend hält sie eine Erklärung Churchills, der damals im britischen Unterhaus gesagt hatte, bei den Vorgängen des 20. Juli 1944 handle es sich „um Ausrottungskämpfe unter den Würdenträgern des Dritten Reiches". Mit Sicherheit irrte der Premier nicht darin, dass er von den Würdenträgern Deutschlands sprach. Am meisten aber nimmt Gräfin Dönhoff den Engländern noch heute übel, was schon die Militärs 1944 mehr umgetrieben hatte als der organisierte Massenmord: „Vermutlich wollte Churchill nicht nur Hitler erledigen, sondern ein für allemal die Macht der Deutschen brechen." Gräfin Dönhoff wird Trost bei dem Gedanken finden, dass wie

zur Rache für jene vernünftige Absicht die „Ehre" der Verschwörer nun wiederhergestellt ist, indem deren Vorstellung von einem vereinten Europa unter deutscher Vorherrschaft endlich verwirklicht scheint.

Auch die Rechtsradikalen wollen bei dieser Generalüberholung nicht abseits stehen. Galten ihnen bislang die Verschwörer, die den Mut für das Attentat aufbrachten und mit dem Leben dafür bezahlten, alle samt und sonders als Verräter, so verleihen sie ihnen nun, im Einklang mit dem Bedürfnis nach einer gemeinsamen Nationalerinnerung, posthum den Ehrentitel von „Reformnationalsozialisten". Wolfgang Venohr, ehemals Chefredakteur von „Stern TV", auf seine alten Tage vom jungen Hitler begeistert, erklärte angelegentlich seiner eben erschienenen Rehabilitierungsschrift Patrioten gegen Hitler, warum der Widerstand eine Notwehrmaßnahme war, mit welcher der Nationalsozialismus gerettet werden sollte. Über die nun ehrenvollen Motive der Verschwörer, die nur Hitler vor Hitler schützen wollten, sagt Venohr: „Hitler hatte in ihren Augen sein eigenes Credo verraten, als er vom Nationalisten zum Imperialisten denaturierte. Die Grundidee des nationalen Sozialismus bekämpften die jungen Aktivisten des Widerstands mitnichten. ...Man könnte sagen: Sie erstrebten einen nationalen deutschen Sozialismus mit menschlichem Antlitz." Wie auch immer begründet, würde Gräfin Dönhoff dagegen einwenden, „entscheidend war nur, ob der Betreffende für oder gegen Adolf Hitler war. Ob er dies als Monarchist, Sozialist oder aufgeklärter Konservativer war, das interessiert niemanden, jedenfalls nicht in der frühen Phase." In der etwas späteren Phase wird man aber vielleicht nachfragen müssen, ob in diesem pluralistischen Panorama nicht eine Farbe fehlt. Wenn schon alle in einen Topf geworfen werden, dann sollte man den Antisemitismus als würzende Zutat nicht vergessen. Er hat dem Verschwörerkreis nämlich genau jenes Aroma verliehen, das Hannah Arendt 1963 in einem Brief an Karl Jaspers folgendermaßen beschrieben hat: „Was ich meine, ist, dass jeder, der politisch auftrat, auch wenn er dagegen war, auch wenn er im geheimen ein Attentat vorbereitete, in Wort und Tat von der Seuche angesteckt war. In diesem Sinn war die Demoralisation komplett."

Die Verschwörer des 20. Juli dürfen Reaktionäre oder Reformer, Nazis, Parafaschisten oder Christen gewesen sein, aber von ihrem antijüdischen Einverständnis soll nicht die Rede sein. Selbst der renommierte Historiker Hans Mommsen wiedersteht in seinem immer wieder aufgelegten und überarbeiteten Essay über „Gesellschaftsbild und Verfassungspläne des deutschen Widerstands" erfolgreich der Versuchung, auch nur andeutungsweise diesen politischen Charakterzug der ganzen Verschwörung zu erwähnen. Einzig die akademische Garde, die der – einst jüdische - Ullstein-Verlag jüngst mit der Rettung der Nation durch Rainer Zitelmann und den Sammelband „Für Deutschland" beauftragt hat, zeigt keine Scheu, die antisemitische Grundausstattung vieler Akteure des 20. Juli offen zu legen: „Dem Gedanken, die Juden aus ihrer teilweise beherrschenden Stellung im Zeitungs- und Theaterwesen zurückzudrängen, stimmten die Stauffenbergs zu." Gelegentlich aber sind die Autoren sogar selber ratlos angesichts der Weiterungen derartiger Kavaliersdelikte und „müssen zugeben, dass wir es nicht wissen", warum General Stülpnagel ein Schreiben des Oberkommandos in Russland unterzeichnete, in welchem ein „vermehrter Kampf gegen das Judentum" gefordert wurde, oder warum er verlangte, „bei Notwendigkeit raschen Zugriffs besonders (auf) die jüdischen Komsomolzen als Träger der Sabotage und Bandenbildung" zurückzugreifen.

Derlei darf das offizielle Gedenken nicht belasten, denn die Offiziere des 20. Juli sollen ein moralisches Bindeglied der neuen Großmacht zu ihrer eigenen Vergangenheit sein. Traditionsbewusst, allerdings etwas vorlaut, hat sich dabei neulich das Wachbataillon der Bundeswehr hervorgetan, indem einige seiner Angehörigen zur Ausführung eines inneren Tagesbefehls schritten und „Juden raus!" grölten. Zur Strafe dürfen diese Leute, die sonst bei Empfängen für ausländische Staatsoberhäupter strammstehen, nun ins Kino und „Schindlers Liste" ansehen.

Bei der Gedenkfeier zur 50jährigen Wiederkehr des Attentats könnten sie durchaus unter dieser Parole antreten, denn das „andere Deutschland", das hier gefeiert werden soll, war, wie Hannah Arendt schrieb, „noch durch einen Abgrund von der zivilisierten Welt getrennt". Soll heißen, die Protagonisten des 20. Juli hätten sich mit Eichmann durchaus an einem Runden Tisch zur Judenfrage zusammensetzen können, denn auch sie wollten eine Lösung der Judenfrage, eine „Dauerlösung". Bei diesem Treffen hätten sie Eichmann dann versichert, sie „hätten die Rassengrundsätze des Nationalsozialismus an sich bejaht, hätten sie aber für überspitzt und übersteigert gehalten" (so ein Bruder des Attentäters beim Verhör durch die Gestapo). Diese Einschränkung allerdings hätte Eichmann weniger interessiert als die Durchführungsbestimmungen, die von der präsumptiven Regierung vorgesehen waren. Denn hier hätte er sich wieder auf vertrautem Terrain befunden. „Ich



komme immer noch in die alte Tour", wird er später in Jerusalem sagen, wo ihm vorgehalten wurde, er rede immer noch wie ein waschechter Nazi. Genau diese „alte Tour" aber war von den Verschwörern gefragt. Vertraut gewesen wäre Eichmann nicht nur der Ton der Gruppe („Dass das jüdische Volk einer anderen Rasse angehört, ist eine Binsenweisheit"), sondern auch deren Vorstellung, die Juden in Kanada oder Südamerika anzusiedeln. Das war nichts anderes als eine Reprise des „Madagaskar-Projekts", mit dem sich Eichmann 1940 beschäftigt hatte, als er mit der Austreibung der Juden aus Deutschland und Österreich nicht mehr so richtig vorankam. Eichmann jagte, wie er später nicht ohne Stolz bekannte, die Juden aus Sympathie für den Zionismus aus dem Deutschen Reich hinaus. Von ähnlicher Zuneigung war die Absicht der Verschwörer durchdrungen, im Fall der Putsch gelänge, die Juden nach Übersee zu verfrachten, denn die Welt käme nicht eher zur Ruhe, so ihre Auffassung, bis nicht eine globale „Neuordnung der Stellung der Juden" erreicht sei. Alte Bekannte wären für Eichmann auch die juristischen Maßnahmen zur Ausgrenzung von Juden im Innern gewesen. Eingedenk der von vielen Verschwörern geteilten Auffassung, dass - so ein Stauffenberg-Bruder im Verhör – „die Grundideen des Nationalsozialismus ... in der Durchführung fast alle in ihr Gegenteil verkehrt worden (sind)", besann man sich auf eine nationalsozialistische Grundidee, auf einen Passus des sogenannten 25-Punkte-Programms der frühen NSDAP, in dem einigen „Verdienstjuden", wie sie später hießen, die Möglichkeit eingeräumt wurde, deutsche Staatsangehörige zu werden. Goerdeler, dessen Handschrift alle diese 1942 formulierten und noch in der Todeszelle bekräftigten Verwaltungsbestimmungen tragen, brauchte nur bei sich selbst abzuschreiben: Im Sommer 1934, damals noch Oberbürgermeister von Leipzig, hatte er sich in einer Denkschrift für eine „Konsolidierung der deutschen Rassepolitik" eingesetzt. Er forderte Hitler auf, „eine echte Volksgemeinschaft herzustellen", und hoffte, worauf auch die Naziführung spekulierte, nämlich auf das internationale Einverständnis der Antisemiten: eine gesetzliche Regelung der Judenfrage werde im Ausland „als Selbstschutz kaum beanstandet werden." Dieser Regelung, so riet er Hitler müsse sich „unter eiserner Disziplin und unter Vermeidung von Ausartungen und Kleinlichkeiten vollziehen". Um Schlimmeres, nämlich die unkontrollierten Übergriffe, zu verhindern, hatte er damals für Schlimmeres plädiert: ein Sonderrecht für Juden, das die Nazis dann auch zügig verwirklichten. Diese einfühlsame Voraussicht auf die bürokratisch-legalistischen Bedürfnisse der Nazis ist als „Versuch der Durchsetzung einer alternativen Politik" in den Titel einer neueren wissenschaftlichen Untersuchung eingegangen.

Eichmann hätte den Verschwörern, die er natürlich alle für Lumpen hielt, aus eigener Erfahrung bestätigen können, was die Gestapo im Verhörprotokoll mit Geringschätzung vermerkt hatte, nämlich dass sie in ihrer „Einstellung zur Rassenfrage ... auch nicht über einen einzigen neuen fruchtbaren und konstruktiven Gedanken verfügten". Neu war keiner der Gedanken, die der als Reichskanzler vorgesehene Goerdeler in seiner Denkschrift „Das Ziel" für die Verschwörergruppe formuliert hatte. Neu und nun wirklich originell war freilich, dass die Verschwörer sich Maßnahmen zur Sonderbehandlung von Juden ausdachten, die schon sonderbehandelt, nämlich ermordet waren.

Nicht also die Tatsache ist der Skandal, dass ein Angehöriger der Familie Stauffenberg damit drohte, die Gedenkstätte in Berlin wie den Staatsakt zu boykottieren, wenn dort, wie ihm Rechtsradikale soufflieren, die „Patrioten des 20. Juli mit Landesverrätern moralisch auf eine Stufe gestellt (werden)", wenn dort also auch antifaschistischer Widerstandskämpfer gedacht werden sollte. Er hat mit seinem Protest völlig recht. Denn die Kommunisten hätten, wäre der unwahrscheinliche Fall einer Revolution gegen die Nazis eingetreten, seinen Vater wie alle anderen Militärs zum Teufel gejagt - im besten Fall. Selbst Sozialdemokraten fanden damals noch angemessene Worte, die ihnen wenig später recht peinlich waren. In einer New Yorker Emigrantenzeitung schrieb Friedrich Stampfer wenige Wochen nach dem missglückten Attentat: „Nicht nur die Revolution, auch die Konterrevolution frisst ihre eigenen Kinder. Es ist immerhin ein Fortschritt, dass die Galgen schon stehen. Man wird sie noch brauchen."

Man brauchte sie bekanntlich nicht. In Deutschland war es nicht einmal nötig, „die wirklich Schuldigen vor dem Zorn der Leute zu schützen", wie Hannah Arendt 1950 in einem Bericht über die Nachwirkungen der Naziherrschaft notierte. „Diesen Zorn gibt es nämlich heute gar nicht, und offensichtlich war er auch nie vorhanden." Zu dieser Zeit hatten die Sozialdemokraten das Wirtschaftswunder noch vor, ein anderes Wunder aber bereits hinter sich, nämlich „das eine große Wunder, dass nach zwölf Jahren Diktatur noch so viele Menschen anständig geblieben sind." Diese Zauberformel von 1946 stammt von Kurt Schumacher, dem ersten Nachkriegsvorsitzenden der SPD.

Der Skandal heute besteht darin, dass die Reste der antifaschistischen Linken nicht auf dem Riss beharren, der irreparabel durch die Geschichte geht. Auch sie wollen heim ins Reich, wenigstens ins Reich der Erinnerung.

Der Text erschien erstmals in „konkret" 07/04. Die hier abgedruckte Fassung ist in gekürzter Form dem Buch von Eike Geisel: „Triumph des guten Willens. Gute Nazis und selbsternannte Opfer. Die Nationalisierung der Erinnerung, erschienen in Edition Tiamat: 1998, S. 7-16, entnommen.

Fragmente zum Thema Drogen

Dieser Text diente neben anderen Texten als Grundlage einer im Conne Island geführten Diskussion, deren Ausgangspunkt Plakate waren, die in Leipzig/Connewitz aushingen und propagierten, dass sich H-Dealer zu verpissen hätten.

Hannes

I. „Dealer verpisst Euch": Das Märchen vom guten Schneewittchen und der bösen Dealerin

Schneewittchen, die schöne Unschuld, wohnte im Kiez hinter den sieben Bergen. Die dortigen Bewohner – ehrliche Arbeiter – mussten die Unschuldige vor der bösen Dealerin bewahren, die offenbar schöne, zugleich aber tödliche Waren feilbot.

Die Geschichte vom bösen Dealer kann nur erzählt werden, wenn von der Unschuld des Drogen-Users ausgegangen wird, dass dieser also beispielsweise seine Droge das erste Mal nichtsahnend durch eine vom „hinterhältigen Dealer" fingierte Cola in der Disko zu sich genommen hätte. Solche ähnlichen Halluzinationen müssen jene Kiezwächter haben, die „Dealer-verpisst-Euch"-Plakate verkleben.

Gern wird von der Kiezwacht die Geschichte kolportiert, hinter der bösen Droge stünde die böse Staatsmacht, die den „subversiven und selbstbestimmten Kiez" mit der Droge lahm legen wolle. Abgesehen davon, dass auch hierbei der User der Droge zum Opfer verklärt wird, kann in diesem Falle von der Kiezwacht der Staat im Kiez gebildet werden und das auch noch in dem tollen Bewusstsein, gegen den Staat zu sein. Die Kiezwacht sorgt somit selbstbestimmt für eine Ordnung, die der Staat im Kiez nicht nur nicht sichern kann, sondern angeblich sogar bedrohen würde.

Die Märchenstunde hätte ein Ende, würde die Kiezbevölkerung mehrere Sachverhalte reflektieren:

Zum einen lässt sich nun mal nicht übersehen, dass es einen Zusammenhang von Angebot und Nachfrage gibt und Drogen-Dealer und -User einander bedürfen wie Konzertveranstaltende und –Besuchende – trotz dem Unterschied, dass Drogen-User von Drogen-Dealern abhängig werden können.

Zum zweiten ist es nun mal eine Tatsache, dass jedes nach betriebswirtschaftlichen Kriterien funktionierende Projekt – sei es dieser oder jener politischen Couleur; sei es eine Kneipe, ein Sportverein oder ein Kulturladen – mehr oder weniger begründete Angst vor Beschaffungskriminalität, organisierter Kriminalität, arbeitsscheuen Junkies, Repression und anderen Begleiterscheinungen eines drogenkonsumierenden Umfelds hat. Auch linke oder alternative Projekte haben diesbezüglich kein höheres oder gar selbstbestimmteres Interesse als der Rest der Gesellschaft, sondern machen notwendigerweise mit.

Zum dritten muss hier angeführt werden, dass in der bürgerlichen Gesellschaft kein vernünftiger Umgang mit Drogen vorstellbar ist. Weder ist eine rigorose Politik gegen Drogen („Dealer verpisst Euch") richtig, noch würde die kompromisslose Freigabe von allen Drogen, wenn sie auch Vorteile für die User brächte, die Menschen zu glücklichen machen.

Es schmeckt nach Ideologie, wenn eine Droge per se in ihr rein reines Wesen und rein schädlichen zugesetzten Schmutz unterteilt wird, wie es einige Befürworter der Freigabe von Drogen tun. Mit solcher Unterscheidung wird mit der Droge das veranstaltet, was andere Ideologien mit der Gesellschaft machen: sie in rein gute und rein böse Bestandteile zu scheiden. Übrigens: Im Märchen wurde die rote Hälfte des Apfels, an der Schneewittchen verrecken sollte, von der bösen Dealerin mit Gift versetzt. Würden Drogen einer Kontrolle unterzogen werden wie etwa Lebensmittel, dann würden Drogen-User sicherlich – das soll hier nicht bestritten werden – um einiges gesünder leben. Fraglich ist vielmehr, ob das, was den Drogen als „Schmutz" beigegeben wird, per se ungesund, und das reine Wesen der jeweiligen Droge per se unschädlich ist.

II. Drogen

„Eines der ersten Abenteuer (in der Odyssee, Anm. d. Autors) handelt ... von den Lotophagen, den Lotusessern. Wer von ihrer Speise genießt, ist verfallen ... Aber dem Erliegenden soll nichts Übles bereitet sein ... Nur Vergessen soll ihm drohen und das Aufgeben des Willens. Der Fluch verdammt zu nichts anderem als zum Urstand ohne Arbeit und Kampf ... Solche Idylle, die doch ans Glück der Rauschgifte mahnt, mit deren Hilfe in verhärteten Gesellschaftsordnungen unterworfene Schichten Unerträgliches zu ertragen fähig gemacht wurden, ... ist in der Tat der bloße Schein von Glück, dumpfes Hinvegetieren, dürftig wie das Dasein der Tiere. Im besten Falle wäre es die Absenz des Bewußtseins von Unglück. Glück aber ... ist wesentlich ein Resultat. Es entfaltet sich am aufgehobenen Leid. So ist der Dulder im Recht, den es bei den Lotophagen nicht duldet. Gegen diese vertritt er ihre eigene Sache, die Verwirklichung der Utopie, durch geschichtliche Arbeit, während das einfache Verweilen im Bild der Seligkeit ihr die Kraft entzieht. Indem aber Ra-

tionalität, Odysseus, dies Recht wahrnimmt, tritt sie Zwanghaft in den Zusammenhang des Unrechts ein. Als unmittelbares erfolgt sein eigenes Handeln zugunsten der Herrschaft. ... Die Faulen werden aufgescheucht und auf die Galeeren transportiert ..." (Horkheimer, Adorno; Dialektik der Aufklärung)

Zumindest hat Odysseus keine Plakate geklebt: „Lotos-Dealer verpisst Euch". Stattdessen hat er etwas humanere Herrschaft ausgeübt und seine Gefährden wieder zu den Arbeitsgeräten, den Schiffen, gezwungen und sie von den Lotophagen weggebracht, um an Stelle des bewusstlosen Rausches den harten Weg nach Hause – die Utopie am Ende der Odyssee – zu finden, wo er das Glück vermutete.

Wenn es Projekten oder Einzelpersonen im Kiez und anderswo darum geht, ihr Umfeld von Drogen irgendwie anders fernzuhalten, als gegen Dealer zu hetzen, dann ist das logisch und verständlich. Einerseits ist den Nächsten keine Drogensucht zu wünschen – schon gar nicht in einer Gesellschaft, wo diese zwangsläufig in die Kriminalität und mitunter zu Prostitution und im schlimmsten Fall zum Tod führt –, andererseits ist es ein Gebot betriebswirtschaftlicher Vernunft, die Drogenszene wegen ihrer – durch falsche staatliche Gesetzgebung forcierten – Begleiterscheinungen aus dem eigenen Laden, der eigenen Kneipe oder dem eigenen Club draußen zu halten.

Die Forderung nach einem „Recht auf Rausch", die von manchen Linken gerne hochgehalten wird, appelliert nicht nur an den Staat, sondern verkennt auch, dass in fast allen Fällen der Rausch nicht das Resultat einer zielstrebigen und bewussten Suche nach Glück, sondern das Ergebnis von schwer erträglichem Leid ist. Diejenigen, die sich mit Drogen zudröhnen, sind nicht zu beglückwünschen, sondern zu bedauern. Sie haben die Drogen gewählt, um zu verdrängen und zu vergessen und nicht, um ihre Träume wahr werden zu lassen.

Leuten, die im Übermaß Drogen nehmen, fehlende Selbstbeherrschung vorzuwerfen, ist richtig. Dass diese Selbstbeherrschung jedoch in allen Fällen überhaupt möglich und gut wäre, ist stark zu bezweifeln. Wenn jemand die Beherrschung verliert, dann spricht das oft ebenso deutlich gegen jene Verhältnisse, „in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist ..." (Karl Marx). Dass Leute im Kiez zu Drogen greifen, zeigt, dass in diesem die gesellschaftlichen Verhältnisse nicht besser sind als anderswo.

Es hat Gründe, dass in der jetzigen Gesellschaft kein vernünftiger Umgang mit Drogen möglich ist. Die Gesellschaft schlägt Wunden, die sie selbst nicht immer heilen kann. Genauer: Die kapitalistische Produktionsweise basiert auf der ständigen Anhäufung von abstraktem Reichtum unter Ausbeutung von Arbeitskraft und auf einer politischen und gesetzlichen Organisation, die die Gemeinschaft aller trotz der allseitigen Konkurrenz regelt, und in der sich die Individuen zu ihrem Schutz wie auch zu ihren Ungunsten fügen müssen.

Der Mensch als Träger der Arbeitskraft ist der kapitalistischen Produktionsweise ein wichtiges Material, das sie bis an die Grenzen und darüber hinaus strapaziert. Von früh auf werden Kinder auf die Strapaze, sich später durch ihre Arbeitskraft zu verdingen, vorbereitet. Sie lernen, sich zusammenreißen zu müssen, nicht so viel Süßes zu essen, sich fit zu halten, sich zu konzentrieren und sich situationsabhängig verschiedenen Autorität anzupassen. Beizeiten müssen sie fünf mal wöchentlich zur Schule gehen, möglichst gute Noten nach Hause bringen, gut aussehen, sich in großen Klassenverbänden einordnen und dabei immer freundlich sein.

Immer wird den Menschen vor Augen gehalten, was die bürgerliche Gesellschaft alles zu bieten hat: nackte Haut, schicke Sachen, wunderbaren Urlaub und so weiter. Doch nichts davon, was uns in jedem Werbeprospekt anlacht, ist ohne Selbstzurichtung zu erreichen – wenn überhaupt. Diese Selbstzurichtung, die bei Misslingen in Armut und Verlassenheit enden kann, ist Gewalt und findet kein entspannendes Ende. Der Griff nach glücksversprechenden Drogen soll zumeist von diesen Tantalusqualen befreien und endet in den schlimmsten Fällen jämmerlich, nie aber befreiend. Diesen Jammer kann die jetzige Gesellschaft jedoch selbst nur oberflächlich kurieren. Sie wird nicht aus sich heraus die notwendige Arbeit aufbieten und bezahlen, um Drogen-Usern oder angehenden Drogen-Usern gewissenhaft zu helfen. Stattdessen wird sie ihrer Logik gemäß das Geld dort investieren, wo vermutlich am Ende mehr Geld herausspringt: in Leipzig werden demzufolge Millionen Euro für City-Tunnel, Olympia-Bewerbung und eine saubere und sichere Innenstadt ausgegeben, während Sozial- und Bildungseinrichtungen immer weniger Geld erhalten.

Drei Wirkungen von Drogen können an dieser Stelle unterschieden werden, wobei zwei davon weitgehend toleriert, wenn nicht sogar akzeptiert und geschätzt werden, nämlich: soziale Aufgeschlossenheit und Leistungssteigerung. Diese Wirkungen, deren erste beispielsweise durch mehr oder weniger maßvollen Alkohol-, Zigaretten- und Haschischkonsum und letztere durch den Konsum beispielsweise von Kopfschmerztabletten und Koks herbeigeführt werden können, sind in vielen Situation oder manchen Branchen regelrecht notwendig, um das Tagwerk zu bewältigen.

Alkohol ist eine legale Volksdroge, die zumeist und bestenfalls die Zunge löst, die Probleme verdrängt, Spaß bringt und die Offenheit und Geselligkeit herbeiführt, deren viele Individuen in dieser Gesellschaft offensichtlich anders nicht fähig sind. Ganz zu

schweigen von weit verbreiteter Alkoholsucht sind Steigerung der Gewaltbereitschaft und der Verlust der Selbstkontrolle negative Folgen des Alkoholkonsums.

Übermäßiger Alkoholkonsum wird aber nicht nur an der Menge des konsumierten Alkohols fest gemacht. Als „Assis" und Trunkenbolde gelten in erster Linie die, die nicht den gesellschaftlichen Erfolgskriterien entsprechen: Obdachlose oder andere sozial Schwache. Während K., der Hauptheld in Kafkas Roman „Das Schloß", bei seinem Kampf um eine bessere Stellung innerhalb der undurchsichtigen und allseits präsenten unheimlichen Verhältnisse immer nur – um die Anstrengung zu bewältigen und die notwendigen Kontakte zu knüpfen – mit regelmäßigem Alkoholkonsum über den nächsten Tag kommt, trinkt er am Ende nicht mehr als sonst, aber doch plötzlich zu viel.

Die Gesellschaft, in der Alkoholkonsum Gang und Gebe ist, wendet sich, als K. deklassiert ist, verächtlich von ihm ab: „,Komm' sagte die Wirtin zum Wirt, ,er ist ja betrunken, der Lümmel. Laß ihn hier seinen Rausch ausschlafen', und sie befahl noch Pepi, die auf ihren Ruf hin aus dem Dunkel auftauchte, ... K. irgendein Kissen hinzuwerfen."

Haschisch ist zwar illegal, wird aber dennoch nach und nach zu einer Volksdroge, die quasi-legal ist. Sie ist so wichtig und nett, dass einige Leute für ihre Legalisierung, gegen die nichts einzuwenden ist, und die Genusszelebrierung sogar aufwendige Demonstrationen und Paraden organisieren, als gebe es nichts wichtigeres.

Kopfschmerztabletten oder ähnliches zu nehmen, um fit für Beruf, Partys und andere Aufgaben zu sein, ist generell verbreitet. Jedoch will natürlich keiner allzu viel darüber reden, dass sein Körper allein dem Leben nicht gewachsen ist. Koks haben solch erfolgreiche und berühmte Leute wie Christoph Daum und Michael Friedmann konsumiert, um dem Leben im Rampenlicht und unter höchsten Strapazen gewachsen zu sein und die schnellen und wenigen Momente privaten Spaßes ausreizen zu können. Der Empörung über den Drogenkonsum dieser berühmten Leute gesellte sich immer auch verstockt formuliertes Verständnis bei – etwa in der Bildzeitung, in der diverse Berühmtheiten öffentlich ihre Solidarität mit Friedmann angesichts seines Kokskonsums bekundeten.

Dass Koks zu den illegalen Drogen zählt, wird einerseits darin begründet sein, dass die bürgerliche Gesellschaft die Einsicht verdrängen will, dass Menschen in ihr solcher leistungsfähigen Substanzen bedürfen, andererseits darin, dass die Einnahme von Koks auf Dauer zum Gegenteil von Leistungsfähigkeit, nämlich zum burnout führt.

In keiner Weise sind jene Wirkungen und damit die sie verursachenden Drogen akzeptiert, die zu Müßiggang und Verlust der Konstitution des bürgerlichen Subjekts führen, die nicht zuletzt auf dem Arbeitsmarkt wichtig ist. Wer Heroin nimmt und dadurch abspannt, verliert jene Angespanntheit, die Voraussetzung wäre, um am allseitigen Kampf in der kapitalistischen Produktionsweise teilzunehmen. Ist jedoch kein Heroin da, dann wächst die Anspannung der Abhängigen in so immenser Progression, dass die Abhängigen zu keiner Rücksichtnahme auf ihre Umwelt mehr bereit sind.

Neben den genannten Wirkungen gibt es noch weitere Wirkungen, wie etwa Schmerzlinderung, und Mischformen, wie etwa die durch Partydrogen hervorgerufenen Wirkungen, die den User zum einen geselliger, zum anderen so leistungsfähig machen sollen, wie es eben eine Tanzveranstaltung verlangt, die den Arbeitsalltag nachäfft.

Heroin-Abhängige sind unter den herrschenden Bedingungen sowohl eine Gefahr für die auf konkurrenz- und leistungsfähige Arbeitskräfte angewiesene kapitalistische Produktionsweise, als auch für das Gemeinwesen, das in der anarchischen kapitalistischen Produktionsweise als Ordnung fungiert. Gerade in Krisenzeiten wird mehr zu repressiven als zu sozialen Maßnahmen gegriffen, um mit den Abhängigen fertig zu werden und die Ordnung aufrechtzuerhalten. Die Probleme, die Heroin-Abhängige mit sich und der Umwelt zweifelsohne haben, sind in der bürgerlichen Gesellschaft nicht gänzlich aufzuheben, aber doch zu mindern – etwa durch legale Druckräume, Drogen-Legalisierung, drugchecking, ärztliche Beratung etc.

Dass jeglicher Drogenrausch per se gut wäre in einer versöhnten Gesellschaft, ist schwer vorstellbar. Einige Forsche behaupten ja, dass Drogen nach dem Ende der unvernünftigen Vergesellschaftung keine Probleme mehr bereiten würden, da die Menschen total frei sind. Solche ganz Forschen scheinen zu glauben, der Mensch bestünde nur aus Gesellschaft und dass das Ende des bürgerlichen Subjekts das Ende aller Fremdbestimmung wäre. Doch die menschliche Kreatur besteht auch aus Natur, die nicht geleugnet werden kann und die vom Bewusstsein nicht beeinflussbare Reaktionen – z.B. auf Drogenkonsum – hat, und mit deren Bedürfnissen und Erfordernissen umzugehen wäre.

Zu hoffen ist vielmehr, dass in einer Gesellschaft, in der eine vernünftige Reproduktion der Menschen gelingt – also eine, die die Menschen in ihrem eigenen Interesse selbstbestimmt regeln, statt einer verselbständigten fetischistischen Reproduktion des Kapitals zu gehorchen –, die Menschen ihre Not nicht mehr verdrängen müssen, es einen allseits aufgeklärten und offenen Umgang mit Drogen gibt, die Menschen entsprechend ihrer Glücksvorstellungen mit Drogen umgehen und die möglicherweise damit verbundenen – zum Glück gegebenenfalls dazugehörenden – Süchte in ihre Entscheidung vernünftig miteinbeziehen, statt von einer Sucht überrollt zu werden.

Belebte Zweierbeziehung

Eine kritische Auseinandersetzung mit motivationalen und tiefenpsychologischen Ursachen der Romantischen Zweierbeziehung und ein psychologisch gesünderer, d.h. beziehungsfördernder Ansatz zur Gestaltung der Zweierbeziehung als „Sinnliche Assoziation"

Hannah Roller

Der folgende Beitrag versteht sich als Ergänzung und erklärende Untermauerung der meiner Meinung nach nicht genügend komplexen nichtsdestotrotz richtig argumentierenden Texte gegen die Romantische Zweierbeziehung *„The Hive Mind"* (Incipito Nr. 8/ 2003) und *„Verrat an der Liebe - The Hive Mind reloaded"* (Incipito Nr. 10/ 2003) der Antideutsch Kommunistischen Aktion (AKA).

Neben den bereits vom AKA kritisierten gesellschaftlichen, soziologischen und staatspolitischen Fundamenten für die Romantische Zweierbeziehung (RZB) geht es mir um die Aufdeckung der psychologischen Ursachen dessen, wie sich die Romantische Zweierbeziehung in unserer heutigen Gesellschaft als gängiges und anerkanntes Modell für Zweierbeziehung durchsetzen konnte. Und darum welche Möglichkeiten bestehen, einen beziehungsförderlicheren Weg bezüglich der Gestaltung von Zweierbeziehung zu wählen, denn RZB ist nicht per se abzulehnen, doch in der gängigen Form zu kritisieren.

Aus psychologischer Betrachtungsweise wird der Mensch in seinem Dasein von verschiedenen Bedürfnissen bestimmt. Diese motivieren sein Handeln und formen individuelle Interessen.

Zuerst geht es um die Befriedigung der physiologischen Primärbedürfnisse wie Schlaf, Nahrung und Schutz vor Wind und Wetter durch Kleidung und Behausung. Ist das Überleben des/ der Einzelnen durch Erfüllung dieser Primärbedürfnisse abgesichert, wendet sich der Mensch den so genannten „Wachstumsbedürfnissen" zu.[1] Diese bezeichnen

- *das Bedürfnis nach Sicherheit,*
- *das Bedürfnis nach Zuwendung und Interesse und*
- *das Bedürfnis nach Selbstverwirklichung*[2].

Die Bedürfnispyramide nach Abraham Harold Maslow, einem Vertreter der humanistischen Psychologie, baut sich dem folgend auf: zu unterst die physiologischen Primär- oder Mangelbedürfnisse und auf sie hierarchisch aufbauend oben angeführte emotional- kognitiv motivierte Wachstumsbedürfnisse.

Hierbei ist herauszustellen, dass die beiden ersteren Sekundärbedürfnisse bei allen Menschen wahrnehmbar sind. Letzteres hingegen bei den Menschen, die ein Bewusstsein für ihre eigenes Wollen und Brauchen entwickelt haben und ihren Wert nicht übermäßig durch von außen vorgegebene Richtlinien definieren. Jene Richtlinien – um zu einem anerkannten Gesellschaftsmitglied zu werden - können beispielsweise die Entwicklung zu einem/einer produktiven ArbeiterIn oder die „natürliche Gründung einer Familie mit Kindern" im Erwachsenenalter sein. Diese Formen der Verwertung für das Kollektiv „staatliche Gesellschaft" sind in jedem Fall zu kritisieren. Betrachtet man Richtlinien, welchen die Incipito-LeserInnenschaft eher anheim fiele als obig genannten, wie versierte Rhetorik und Argumentationsweise plus gutes Aussehen, um zu einem/ einer anerkannten Intellektuellen in linken politischen Zusammenhängen zu avancieren, stellt sich schnell die Frage, ob es dabei um übernommene sozialisierte Normierung geht oder um einen individuellen Anspruch an die eigene Persönlichkeit bzw. eine Mischform besteht. Und ob eine Selbstwertdefinition darüber akzeptiert werden kann und darf.

Alle drei Sekundärbedürfnisse ergeben sich aus dem Sozialisationsprozess[3], den jede(r) durchläuft und der jede(n) zu einem mündigen bewusst- denkenden Menschen machen sollte. In der Empirie ist die Mündigkeit aller Menschen bedauernswerter Weise so nicht festzustellen, richtet man sein Augenmerk auf all die Arten von Mitläufertum wie z.B. Modetrends oder Veganismus, welche ein verstärktes identitäres Potential in sich bergen. Es geht dann um Identitätspolitik, individuelle Interessen gehen verloren. Man schließt sich einer Gruppe bzw. Gruppenmeinung an, um dazuzugehören, cool zu sein und um ein bestimmtes Bild von sich selbst im Wechselspiel mit Umweltreaktionen darauf aufzubauen. Überspitzt formuliert: Kollektiver Wahn. Mit „besserem" Inhalt - zumindest beim Veganismus. – Das allerdings bleibt im identitären Rahmen fragwürdig.

In der Gemeinschaft lebend verlangt es jeden Menschen – in unterschiedlicher Stärke – nach einer gewissen Sicherheit, die als Bedürfnisbefriedigung verstanden wird. Sicherheit meint hier primär, einen Platz zu wissen, an dem die eigenen Grundbedürfnisse nach Schlaf, Nahrung und Schutz gestillt werden.

Dies ist in der westlichen Gesellschaft für den überwiegenden Teil der Menschen gegeben. Somit gibt die Erfüllung dieser Primärbedürfnisse Raum,

[1] „Nach Maslow überlagern im Verlauf der Persönlichkeitsentwicklung Wachstumsbedürfnisse die anfänglich ausschließlich vorhandenen Mangelbedürfnisse. [...] Sie würden dauerhafter das Verhalten bestimmen, weil sie sozusagen unersättlich seien: Sie ließen sich nie ganz befriedigen. Das gelte insbesondere für die oberste Gruppe der Selbstverwirklichungsbedürfnisse: Selbstverwirklichung sei ein Ziel, das nie ganz erreicht werden könne. [...] früher entstandene Bedürfnisse behielten eine Priorität gegenüber später entstandenen." aus Asendorpf, J. B. (1999). Psychologie der Persönlichkeit . Berlin: Springer

[2] Definitionen der Begriffe „Sicherheit" und „Selbstverwirklichung" folgen in den diesbezüglichen Abschnitten.

sich den individuellen emotionalen Ansprüchen bezüglich Selbstverwirklichung, Zuwendung und sekundärer „Sicherheit" zu widmen.
Das sekundäre Bedürfnis nach Sicherheit – nach der Erfüllung physiologischer Sicherheitsbedürfnisse - beinhaltet den Wunsch nach Zugehörigkeit zu einer Gruppe, soziale Beziehungen aufzubauen und PartnerInnen für verschiedene Tätigkeiten zu finden. Das heißt, sich ein relativ festes System an Kontakten und Unterstützung in Problem- oder anderen Bedürfnissituationen aufzubauen und zu pflegen. Dieses System an zwischenmenschlichen Kontakten ist keineswegs als starr zu sehen, sondern vielmehr durch Dynamik um einige Konstanten charakterisiert.
Auf Sicherheit als Teil bürgerlicher Ideologie kann sich nicht positiv bezogen werden, da sie jeglicher individuellen freiheitlichen Entfaltung den Hahn abdreht und Zwänge wie Lohnarbeit, Leistungsethos oder heterosexuelle Familiengründung mit Kindern auferlegt.
Auf psychologischer Beziehungsebene gibt es keine allumfassende Sicherheit, d.h. keine Garantie dafür, dass sich das Mikrosystem „Zweierbeziehung" unveränderlich stabil erhält. In Bezug auf zwischenmenschliche Beziehungen ist ein gleich bleibender emotionaler Zustand nicht auf Dauer haltbar, d.h. dass Gefühle und Motive vom Zustand der Einzelperson und von der Situation abhängig und somit wandelbar sind. [4]
Einen unveränderlichen stabilen emotionalen Zustand versuchen allerdings viele Mitmenschen in der RZB zu finden und vor allem durch Verbindlichkeit festzulegen. Dies geschieht durch gegenseitige freiheitsbeschneidende Bekenntnisse bzw. selbstauferlegte Zwänge á la *„Ich bin Dein und Du bist mein. Wir sind uns immer treu."*.
Zwar ist dem Großteil der in RZB lebenden Menschen klar, dass sie eher eine endliche als eine für immer andauernde Beziehung eingegangen sind. Doch gibt es unter ihnen dennoch viele, die sich Garantie auf eine 100%-ig sichere Beziehung wünschen, vorgaukeln und die Augen vor dem real Machbaren verschliessen. Sie wollen die Gegebenheit der Veränderlichkeit von Gefühlen und Motivationen miteinander in Beziehung zu treten nicht anerkennen.
In der Anfangphase einer Zweierbeziehung mag man freiwillig und mit bestem Gewissen ausschließlich auf sein Gegenüber fokussiert sein. Doch mit der Zeit breitet sich der Fokus bei den meisten Menschen auf andere Personen aus, so dass sexuelle Ausschließlichkeit oder emotionale Treue repressiv aufrechterhalten werden müssen. Und das ist definitiv problematisch.
Die Romantische Zweierbeziehung erstarrt und wird unlebendig, da das Ausleben individueller Wünsche und Bedürfnisse durch versprochene gegenseitige Ausschließlichkeit stark reglementiert wird. Aus falscher Rücksicht - „dem anderen zu liebe" oder um für sich selbst die „Liebe" des anderen festzuhalten und die RZB aufrecht zu erhalten – geht man dazu über, sich selbst zu verbiegen, aufzugeben und eigene Bedürfnisse zu verleugnen oder zu unterdrücken. Dies endet eher früher als später in Frust und Unlust an sich selbst, an dem/ der anderen und der Beziehung selbst.

Fakt ist, Sicherheit in Form von infinitem Bestehen-Bleiben der RZB gibt es nicht. Dennoch existiert auf zwischenmenschlicher Beziehungsebene das Bedürfnis nach Sicherheit, welches es durch Einsatz von Erkennenwollen und Vernunft zu regulieren gilt: dass nämlich keine völlige Verbindlichkeit in Beziehungen zu erreichen ist und das Erkennen dessen emotional bedrohlich, traurig oder wütend - machend wirkt. Und dass aber kein rettender Mechanismus vor dieser letztlichen, schmerzlichen Erkenntnis existiert.

Eigenartig in diesem Zusammenhang ist, dass enge Freunde des Partners/ der Partnerin in einer RZB meist toleriert werden können. Ein(e) andere(r) SexualpartnerIn aber nicht.
Das lässt sich auf die gängige Definition der Romantischen Zweierbeziehung zurückführen, welche Sexualität als das Merkmal herausstellt, das nur ihr zueigen sei und sie so besonders mache.
Im Rahmen dieser sexuellen Exklusivität bleibt der Fakt unbeachtet, dass man zu einem/ einer engen FreundIn eine sehr nahe emotionale Verbindung haben kann, die jener in der Romantischen Zweierbeziehung ähnlich ist oder sie an Intensität womöglich noch übertrifft. Dies wird jedoch meist als weniger „schlimm" betrachtet als mit einem/einer Anderen den/ die „eigene(n)" PartnerIn im Bett teilen zu müssen. Es entsteht Höhergewichtung von bzw. Fokussierung auf Sexualität, was diese zur „Ware für Sicherheit" macht und damit der kapitalistischen Zirkulationssphäre der Warenförmigkeit Futter gibt. Und diesen Missbrauch von Sexualität, die lustvoll und erotisch und nicht hauptsächlich Verbindlichkeit- sichernd sein sollte, gilt es anzugreifen.

Im Laufe seines/ ihres Lebens muss sich ein jeder Mensch eine eigene Identität aufbauen, den eigenen Wert definieren. Das geschieht gegenwärtig beim Großteil der Leute über den Wert als „erfolgreich arbeitendes Subjekt"[5], durch den Aufbau einer Familie oder durch die überzogene Steigerung bzw. Aufrechterhaltung körperlicher Attraktivität.[6]
Das Folgeleisten der soeben genannten gesellschaftlichen Erwartungen beschreibt ein Aufopfern für Arbeit, Familie und Schönheit, welches das Individuum selbst zu kurz kommen lässt. Es geht dabei hauptsächlich darum, sich für andere herzugeben, sich für das Wohl anderer zu verarbeiten, Anerkennung für das eigene Tun oder Aussehen einzufordern. Damit die Stunden der Sinnfrage im eigenen Leben – *Was mache ich mit mir? Wofür stecke ich meine Kraft und wertvolle Lebenszeit in diese vereinnahmenden Tätigkeiten?* - nicht ganz so enttäu-

[3] Im lebenslangen Sozialisationsprozess spielen die Ausprägung eines Bewusstseins für die eigene Identität, von Gefühlen für sich selbst und für die Interaktion mit der Umwelt eine wichtige Rolle. Ebenso wie die Motivationsausbildung für eigenes Handeln, welche stark von sozialem Lernen gesellschaftlicher Maßstäbe beeinflusst wird. Der Mensch ist zu Beginn seines Lebens stark abhängig von seinen Mitmenschen, um überleben zu können, seine Grundbedürfnisse nach Nahrung, Schlaf und Schutz befriedigt zu bekommen. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit sozialer Beziehung, die mit dem Älterwerden eine andere Bedeutung bekommt, da jede(r) sich seine Grundbedürfnisse weitgehend selbstständig erfüllen kann

[4] nachzulesen in: Izard, C.E. (1977). Human emotions. New York: Plenum

[5] „Trotz alledem ist den Menschen die Arbeit quasi zur Natur geworden, weil sie genau diese Form als die eigentliche Bestimmung ihrer selbst angenommen haben und trotz des Zwangs sich mit der Arbeit, ...

als ein natürlicher, ihnen angeborener Lebenssinn, identifizieren. Der Schrei nach Arbeit in unserer Gesellschaft ist der Schrei nach der Tätigkeit, die dem Einzelnen die einzig mögliche Art der Existenzsicherung in unserer Gesellschaft bietet und zugleich seine sinnstiftende Daseinsberechtigung ist – der Zweck des Menschen." Kritik des BgR an der „Identitätsmaschine Arbeit" – Veranstaltung mit Ernst Lohoff – http://left-action.de/arbeit/old/html/event01.html

[6] Da gut aussehenden Menschen häufig andere positive Eigenschaften wie Selbstsicherheit, soziale Kompetenz, sexuelle Leidenschaftlichkeit, seelische Gesundheit und Erfolg zugeschrieben werden, glauben viele Menschen, mit Erreichen des bestehenden Schönheitsideals dem Glück näher zu kommen. - Studien zur physischen Attraktivität von Feingold (1992) aus Stroebe, Jonas, Hewstone (Hrsg.). Sozialpsychologie – Eine Einführung, 4.Aufl. (2002). Berlin: Springer Verlag

[7] Dies belegt die Reziprozitätsnorm nach A. W. Gouldner (1960), nach der wir anderen gegenüber so handeln sollten, ...

schend beantwortet werden – *Wen interessiert es schon wirklich meinetwillen, ob ich produktiv arbeite, eine tolle Familie aufbaue oder mich im Fitnesscenter für einen perfekten Körper abschinde?* - wird von Arbeit, Staat, Familie und Schönheit eine ähnliche Aufopferung für einen selbst erwartet. Es wird ein „fairer" Austausch angestrebt[7], der real meist nicht stattfindet.

Dieser Mechanismus ist grotesk, denn was kümmert das Wohlergehen des Individuums im Kapitalismus, den doch eigentlich nur verwertbare (arbeitende, reproduzierende, schönverkäufliche) Menschen interessieren? Um dennoch eine Balance zwischen „aufopferndem Geben" – *das individuelle Verarbeiten für Job, Familie und Schönheit* - und „aufgeopferten Nehmen" - *welches das kapitalistische System nicht leistet* - zu erreichen, wird nicht selten die eigene RZB zur persönlichen Aufwertung – einer Form des Ausgleichs bzw. der Reproduktion der eigenen Kräfte durch beispielsweise körperliche Zärtlichkeit, emotionale Wärme, zuhörendes Verständnis - genutzt. Eine Zweckentfremdung der RZB für den Erhalt kapitalistischer Mechanismen, die angegriffen werden muss.

Der Selbstwert wird von der Frage nach dem Umgang mit eigener Einmaligkeit und Beliebigkeit bestimmt, die sich im gegenwärtigen Gesellschaftskonstrukt von RZB ausschließen, d.h. die sexuelle Ausschließlichkeit soll der Austauschbarkeit Einhalt gewähren und verweigert sich dadurch der Auseinandersetzung mit „Beliebigkeit" durch Kompensation mit überbetonter (sexueller) Einmaligkeit. Man versucht den eigenen Wert durch sexuelle oder häufig auch emotionale Ausschließlichkeit - *„Ich liebe nur Dich."/ „Du liebst nur mich."* - in der monogamen RZB zu bestätigen. Somit wird der andere dazu missbraucht, dem Selbst einen zusätzlichen Wert zu geben – der/ die Einzigste für den anderen zu sein, jemand Besonderen darzustellen.

Hierfür scheut man sich nicht eigene Bedürfnisse nach Selbstverwirklichung zurückzustellen oder gar völlig aufzugeben – „dem anderen zu liebe" mit dem eigenen Wesen verloren zu gehen. Diese fürs Selbst falsche Rücksicht wird früher oder später (in Abhängigkeit davon wie gut eigenes Wollen und Brauchen verdrängt bzw. überhaupt nicht wahrgenommen wird) das Individuum in eine schwere identitäre Krise stürzen. Nämlich meistens dann, wenn eine solche RZB beendet wird. Die Innere Haltlosigkeit, keinen oder einen verminderten eigenen Wert ohne den anderen zu haben, wird offenbar.

Besser wäre es anzuerkennen, dass ein jeder Mensch im Grunde allein ist[8] - im Denken und Fühlen gewisser Sachen - und mit seinen zu treffenden Entscheidungen letztlich auf sich selbst gestellt ist, sich einen eigenen Wert schaffen muss. Wenn auch dabei gemeinschaftliches Interagieren, Teilen und Tätigsein möglich und nötig sind. Selbstwert entsteht zum einen durch die bloße Existenz eines Lebewesens *(Sein)* und zum anderen durch die Verwirklichung und das Ausleben eigener Potentiale und in Interaktion mit anderen Menschen oder Objekten zu treten *(Handeln)*.

Einmaligkeit in einer Beziehung zeichnet sich nicht durch ein einzelnes Merkmal wie sexuelle Ausschließlichkeit aus, sondern ist die Komplexität all dessen, was in einer Beziehung an gemeinsamen Aktivitäten möglich und auch unmöglich ist.

Selbstwert muss ein(e) jede(r) aus sich selbst heraus entwickeln - aus dem Erfahren des eigenen Wertes qua Existenz und aus dem was er/sie für die eigene Lebensgestaltung will oder auch nicht; aus dem, was innerhalb der eigenen Lebensumstände und Fähigkeiten bzw. Fertigkeiten machbar und nicht machbar ist.

Jede(r) muss sich sein/ ihr Leben selbst schön machen. Ein(e) andere(r) kann diese Funktion nicht übernehmen. Was wirklich gut für eine(n) ist, weiß jede(r) am besten nur für sich selbst – zumindest theoretisch, denn die meisten Menschen setzen sich praktisch leider nicht so ausgiebig mit der eigenen Person auseinander.

Mitmenschen reflektieren das Selbstbild, bestätigen, kritisieren oder widerlegen es. Aber es führt ins Selbstwertdilemma – der Zusammenbruch des Konstrukts der eigenen Wertigkeit - sich nur durch Urteile oder Vorstellungen anderer zu definieren. Vielmehr kommt es im Miteinander darauf an mit dem/der anderen eine Beziehung so zu gestalten, dass umgesetzt wird, was beide miteinander tun wollen und können ohne die eigenen Bedürfnisse zu stark einzuschränken.

Es kommt auf die Sinnlichkeit und den Sinnreichtum im Miteinander an.

Sinnlichkeit bedeutet hier sowohl Lust an Menschen, Dingen, Tätigkeiten und Erotik in (einigen) Beziehungen als auch bewusst und mit den eigenen Sinnen sich selbst und die Umwelt wahrzunehmen. Sinnreichtum bezieht sich auf Aktivitäten, welche individuell bestimmten Inhalt und Wichtigkeit haben und überwiegend Spaß machen sollten.

Dies kann auf körperlicher, intellektueller, kreativer oder aufgabenbezogener (Projekte wie z.B. Wohnzusammenhänge oder politische Gruppen) Ebene erfolgen. Zwänge sind dem gesunden Ausgestalten einer „Sinnlichen Assoziation" im eben beschriebenen Kontext nicht zuträglich.

Grenzen im Miteinander, d.h. unüberbrückbare Differenzen, Unterschiede im Denken, Fühlen, Wollen und Können, sollten anerkannt werden ohne gleich die ganze Beziehung in Frage zu stellen. Der oft vorhandene Wunsch, in dem/der anderen einen Menschen zu finden, der mir alle meine Bedürfnisse und Wünsche zu jedem Zeitpunkt erfüllt, ist illusorisch und nicht umsetzbar. Mein Gegenüber muss mit einem solchen absoluten Anspruch, der aus einer grossen

und schon lang vorhandenen Sehnsucht nach Zugehörigkeit und umfassender Bedürfniserfüllung herrührt, überfordert sein und kann letztlich vor dieser Überbeanspruchung nur flüchten.

Das Bedürfnis nach Zuwendung und Interesse an der eigenen Person ist ein ebenso natürlich vorhandenes wie jenes nach Sicherheit im bereits definierten humanistisch- psychologischen Sinn. Beide können durch Verstehen der dahinter stehenden gefühlsmäßigen Prozesse reguliert werden und sind eng miteinander verbunden. Um Festigkeit zu schaffen, bedarf es regelmässiger Zuwendung und Interessebekundung. Um Zuwendung und Interesse wahrnehmbar und glaubwürdig zu machen, ist eine gewisse Verlässlichkeit bzw. Regelmäßigkeit – ein Punkt, der Orientierung in der Beziehung schafft - des Gegenübers von Nöten.

Zuwendung beschreibt in einer zwischenmenschlichen Beziehung das „Sich dem/ der Anderen Widmen", sich Zeit und Aufmerksamkeit fürs Gegenüber zu nehmen. Natürlich ist dies in Gegenseitigkeit zu sehen, da eine Beziehung von Austausch lebt und Einseitigkeit über einen längeren Zeitraum schnell die Lust am Miteinander schwinden lässt.[9]
Zudem beinhaltet Zuwendung verbindende Elemente wie Gefühle, Interessen und Bedürfnisse, die zwei oder mehr Menschen miteinander teilen bzw. welche Wichtigkeit für sie haben. Hierbei spielen oft Zugehörigkeit zu Gruppen (z. B. sozialer, politischer, freizeitgestaltender Natur) und ein aus dem gemeinsam Geteilten gewachsenes Wohl- bzw. Zusammengehörigkeitsgefühl eine Rolle.[10]
Damit geht ein emotionales Stützen und Bestätigen einher.
Jener Rückhalt erweitert sich in einer Romantischen Zweierbeziehung – egal ob monogam oder polygam. Die natürlich menschlichen Bedürfnisse nach Wärme, Geborgenheit, Kuscheln, Anlehnen und Auftanken werden eher geäußert und erfahren auch eher Befriedigung als in einer losen Bekanntschaftsbeziehung, da sich die Beteiligten stärker aufeinander eingelassen haben, vom Gegenüber meist besser wissen, was sie bekommen oder geben können, und durch entstandene Verbundenheit bzw. Zuneigung eher bereit sind, diese emotionalen Ansprüche zu erfüllen, dies oft auch möchten.

An der RZB muss kritisch beleuchtet werden, dass häufig ein zu starkes Einfordern der Rundumbefriedigung oben genannter Bedürfnisse stattfindet. Hierbei soll der/ die PartnerIn nicht nur auffangen, sondern meist noch eine „Rette mich, wenn es mir schlecht geht und sorge gut für mein Gefühlsleben." – Funktion übernehmen. Dies zeugt von Überbeanspruchung des/ der Anderen, steigert sich in das Abgeben von Verantwortlichkeit für das eigene seelische Wohlergehen – wenn auch nahe stehende Menschen dieses beeinflussen. Der Einfluss aufs individuelle Wohlbefinden durch Interaktion mit PartnerInnen ist beim Menschen als sozialem Wesen unausweichlich gegeben. Aber die Mitmenschen sind nicht für das eigene emotionale Wohlergehen verantwortlich – „Wegen Dir geht es mir so schlecht." Diese Verantwortlichkeit trägt jede(r) primär für sich allein.
Zu kritisieren ist in der RZB ebenso die Definition von Zuwendung als ein „Immer füreinander Dasein" und als konstantes Level von „Liebe", die von beiden stets aufs Neue unter Beweis gestellt werden und bestätigt bzw. aufrechterhalten werden sollen. Diese absolute Konstanz ist im Rahmen einer monogamen PartnerInnenschaft nicht machbar und muss, wenn dieser Anspruch besteht, zu Enttäuschung bzw. Verkrampfung der Beziehung – beispielsweise als blockierender Erwartungsdruck - führen, indem sich beide „ein Bein für das Erreichen jener irrealistischen Ziele (permanentes Füreinander- Dasein) ausreissen".

Auch hier ist wie beim Bedürfnis nach Sicherheit dazu geraten, die eigene Begrenztheit und die des/ der PartnerIn anzuerkennen. Jede(r) braucht Zeit für sich selbst, für andere Menschen oder für von dem/ der PartnerIn losgelöste Aktivitäten. Es geht nicht, immer alles zusammen zu machen. Und diese Trennung bedeutet auch nicht, dass keine Zuwendung mehr erfolgen oder die Zuneigung schwinden wird.
Wichtig ist es doch, an sich Zeit gemeinsam zu verbringen, diese zusammen auszugestalten und mit der bewussten Entscheidung dazu, die Bedeutsamkeit füreinander zum Ausdruck zu bringen. Nicht unbedingt der Betrag der gemeinsam verbrachten Zeit spielt hierbei die entscheidende Rolle, sondern vielmehr die individuell empfundene Wohligkeit oder Bereicherung.

wie sie sich uns gegenüber verhalten sollten. Diese Theorie ist eine von der Gemeinschaft geteilte Vorschrift und hat in den meisten Gesellschaften der Welt Gültigkeit, was bedeutet, dass ein Ausgleich von „Geben und Nehmen" notwendig ist, um sich nicht benachteiligt oder bevorteilt, sondern fair bzw. angemessen behandelt zu fühlen

[8] Die Erkenntnis der eigenen Einsamkeit ist allerdings schmerzhaft und konfrontiert mit dem Gefühl von Verlorensein. Nichtsdestotrotz entspringt aus ihr Leichtigkeit und Befreiung, eine Nähe zum Ich, die sich aus dieser nackten Tatsache und Ehrlichkeit speist – insofern man sich nicht in lähmende Depressivität fallen lässt.
[9] siehe Fußnote 7 zur Reziprozitätsnorm nach A. W. Gouldner (1960)
[10] Prinzip der Eigengruppendynamik nach Sherif (1966) aus Stroebe, Jonas, Hewstone (Hrsg.). Sozialpsychologie – Eine Einführung, 4.Aufl. (2002). Berlin: Springer Verlag

Ein Gespenst geht um in Leipzig

LEIPZIG:UMSONST!

Einleitung

Der Umsonst- Kampagne geht es um kostenlose Aneignungen, mit dem Ziel die kapitalistische Produktionsweise zu hinterfragen, zu kritisieren und zu ihrer Überwindung beizutragen.

Kapitalismus ist nicht an den Bedürfnissen der Menschen orientiert, auch nicht, wenn uns die Werbewelt das immer wieder vermitteln will, sondern folgt der Logik von Warenproduktion und –tausch mit dem Ziel der immer größeren Anhäufung von Geld um des Geldes Willen.

Die Produktion orientiert sich nicht daran ,was die Menschen brauchen, sondern am Marktgeschehen. Das heißt, es wird hergestellt, wofür sich KäuferInnen finden, womit möglichst viel Profit erwirtschaftet werden kann.

Doch kaufen kann nur wer Geld hat. Alle andern haben Pech.

Eine von Menschen geschaffene und getragene Produktionsweise, die die Menschen nur als Produktionsfaktoren, Konsumenten oder störende Randerscheinung betrachtet, ist zutiefst irrational und menschenverachtend. Wer im System nicht mehr funktioniert, wird einfach kaltgestellt oder darf jämmerlich verrecken.

Hier erscheint dieser, dem Kapitalismus eigne Effekt momentan als Abbau des staatlichen Sozialsystems. Arbeitslosen wird die Unterstützung gestrichen, medizinische Versorgung kostet noch mehr Geld und Ausgaben für öffentliche Bildung gehen zurück.

Mit dem Wegbruch der sozialstaatlichen Standards „dürfen" nun auch wir Sozialstaatsgewöhnte Kapitalismus in seiner ganzen Härte am eignen Leib erfahren.

Es lässt sich immer weniger verleugnen, dass nicht der Abbau des Sozialstaats, sondern seine Existenz die Ausnahme von der kapitalistischen Regel darstellt. (Wie diese aussieht, zeigt ein Blick in die ärmeren Regionen dieser Welt. Dort verhungern tagtäglich Menschen durch die Ausbeutung durch westliche Industrienationen.)

Die vergleichsweise hohen sozialen Standards in Deutschland verschleierten die Unmenschlichkeit des kapitalistischen Systems nur zeitweise. Zwar verbesserten sie die Lebensbedingen der Arbeiter, ließen aber das Prinzip des Privateigentums/der Lohnarbeit unangetastet.

Die sozialen Widersprüche waren befriedet, nicht beseitigt. Aber die Zeit in der sich aufgrund des „Wirtschaftswunders BRD" damit zumindest materiell ganz gut über die Runden kommen ließ, ist schon lange vorbei. Die standortpolitischen „Sachzwänge" greifen die Lebensgrundlagen der Menschen, zum Beispiel in Form von Gesundheitsreform und Hartz-Konzepten, immer stärker an. Ihnen steht eine schwache soziale Bewegung und allgemeine Ratlosigkeit gegenüber.

Dabei wird verkannt, dass auch die klassischen Kampfmittel von ArbeiterInnen und Gewerkschaften, deren sich zumindest dem Namen nach, noch bedient wird, heute nicht mehr greifen. Da das Kapital auf immer weniger Arbeitskraft angewiesen ist, ist deren Versagung in Form eines Streiks beispielsweise, weniger wirksam.

Doch auch die Lohnabhängigen selbst sehen nicht mehr die Notwendigkeit, ihre materiellen Interessen gegen Kürzungen und Einsparungen durchzusetzen.

Oder sie wagen es nicht, aus Angst vor Entlassungen, denn Lohnarbeit gilt ihnen schon als Privileg. Heute redet von Glück, wer noch Arbeit hat.

Zunehmende Rationalisierung macht immer mehr menschliche Arbeitskraft überflüssig. Die Folge freilich sind Entlassungen, damit verbundene strukturelle Arbeitslosigkeit und dadurch die Überbelastung des sozialen Systems. Es kommt zu Kürzungen, und es entsteht ein. Kreislauf, der immer mehr Menschen ihrer Existenzgrundlage beraubt. Sei es, dass sie keine Arbeit mehr finden, nicht mehr in der Lage sind zu arbeiten oder sich dem Ausbeutungssystem entziehen wollen

Dabei ist diese Rationalisierung eigentlich wünschenswert, da sie ermöglicht, dass die Arbeitszeit reduziert werden kann und genug für alle produziert wird. Trotzdem scheint sie im Kapitalismus als Problem: Denn Essen darf nur wer arbeitet.

Diese Entwicklung ist die logische Folge des Kapitalismus. Immer wieder hören wir, wir müssten den Gürtel enger schnallen, mehr Opfer bringen, es gäbe keine Alternative...

Aber das ist falsch. Es gibt eine Alternative. Doch diese liegt jenseits der kapitalistischen Verhältnisse.

Deshalb will die Umsonst - Kampagne das kapitalistische Verwertungssystem selbst und nicht allein dessen Auswirkungen kritisieren.

Wir sind der Meinung der Zugang zu Gütern (welcher Art auch immer), Orten und Ressourcen muss für alle Menschen unabhängig von Geld möglich sein. Dies wird zunächst durch symbolische Aneignungen in die Tat umgesetzt.

Der bewusste Verstoß gegen das Diktat des Eigentums propagiert eine Gesellschaftsform nach humanen Prinzipen.

Diese Form der Aneignung kann keineswegs nur die lebensnotwendigsten Dinge umfassen, sondern soll sich auf die Teilhabe am gesamten gesellschaftlichen Reichtum beziehen.

Denn aus dem gleichen Grund, aus dem sie keine Yacht besitzen, aus dem das Arbeitslosengeld gestrichen wird, sterben Menschen an Hunger, werden Kriege geführt und die Umwelt zerstört.

Aber der Angriff aufs Eigentum endet nicht beim Konsum. Zu einer humanen Gesellschaft gehört ebenso die selbstbestimmte Produktion, der bewusste Umgang mit der Natur und eine solidarische Form des Zusammenlebens.

Deshalb: Alles für Alle! Und zwar umsonst!

Leipzig-Umsonst@gmx.net

Bilder im Netz ...

EA-Leipzig

Ja toll, wie man sich so einfach und schnell darüber informieren kann, was so geht in der Szene!!! Ob Partys, Demos oder andere Aktionen ... in Zeiten des Internets ist es weniger schlimm, nicht immer selbst dabei zu sein. Man kann sich auch im Nachhinein über alles im Netz informieren.

Wir wollen nun noch einmal darauf hinweisen, dass das Internet wirklich allen zugänglich ist. Es bietet somit nicht nur eine bequeme und schnelle Veröffentlichung von Informationen, sondern ermöglicht auch eine Recherche für alle, die in erster Linie daran interessiert sind, linke Zusammenhänge und Strukturen auszuspionieren bzw. zu zerschlagen.

Auch wenn man der Überzeugung ist, dass man selbst nicht gefährdet ist, bei einer illegalen Party oder bei einer Aktion gesehen worden zu sein. Es gibt immer Leute, welche z.B. illegalisiert sind und somit mit ernsthaften Konsequenzen wie Bußgeldern, Strafanzeigen, Haftstrafen oder Abschiebung zu rechnen haben. Andere sind vielleicht schon vorbestraft oder sie wollen nicht, dass sie einem linken Umfeld zugeordnet werden, weil sie sich eventuell nicht immer unter Gleichgesinnten bewegen. Es gibt einige Gründe, die gegen eine unkontrollierte Verbreitung von Fotos im Netz sprechen; letztendlich hat allerdings jedeR das Recht, auch ohne Angabe von Gründen, nicht fotografiert und dann gar noch im Internet veröffentlicht zu werden. Deshalb stimmen wir mit dem Artikel aus dem Incipito Nr. 11 in vielen Punkten überein. Aber statt Hatemails zu schreiben, wollen wir noch einmal erklären, was es heißen kann, wenn Personen gut erkennbar im Netz zu sehen sind.

Es ergeben sich daraus vielerlei Risiken, da Informationen im Netz auch dem Staatsschutz und den Faschos zugänglich sind. So schreibt die Anti Antifa in einem ihrer Blätter, dass „auch ein Linker gewollt oder ungewollt Informant, Zuträger und Mitarbeiter der Anti Antifa" sein kann. Die Anti Antifa ist an allen Daten, die sie dem linken Spektrum zuordnen kann, interessiert. So spielen Bilder im Netz, zumal wenn sie die beteiligten Personen deutlich erkennen lassen, den Faschos in die Hände. Da die Nasen z.T. auch mit dem bürgerlichen Milieu (dazu gehören PolizistInnen, Justiz, FinanzbeamtInnen und AngestelltInnen der Stadt) zusammenarbeiten, können dann Bilder aus dem Netz, mit bekannten Daten abgeglichen werden. So werden diese Fotos ganz schnell zu einer Gefahr für die so ausspionierten Personen. Die Recherche beschränkt sich dabei nicht nur auf als politisch aktiv eingeschätzte Leute, sondern auf alle, die den Faschos irgendwie links vorkommen. Deshalb gilt ihr Interesse nicht nur politischen Aktionen, sondern auch Partys und jenen Projekten in denen sie stattfinden. Die Anti Antifa selbst behauptet, dass zu ihrer Recherche die regelmäßige Kontrolle aller Informationsquellen über „linke Umtriebe" gehört.

Was sind dagegen ein paar Bilder, die letzten Endes ja oft der eigenen Selbstdarstellung oder einer Selbstbestätigung dienen??

Auch Material, welches selbst keine Strafbestände zeigt, kann ein wichtiges Puzzleteil bei Ermittlungen sein. So reicht es wenn klar ist, dass eine beschuldigte Person kurz vor oder kurz nach einen Aktion vor Ort war. Schnell kommt man auch in die unangenehme Situation, als ZeugIn vorgeladen zu werden. Dann kann die Aussage – außer bei der Polizei - oft auch nicht mehr ohne Konsequenzen verweigert werden.

Es ist möglich, dass gelöschte Daten aus der Digitalkamera rekonstruiert werden können. Hier ist insbesondere die KamerabesitzerIn gefährdet, wenn ermittlungstechnisch bedeutsame Bilder auf der Kamera sind. Denn keineR von uns kann wirklich einschätzen, was strafrechtlich relevant oder für SchnüfflerInnen interessant sein könnte.

Schneller als mensch denkt, ist auch mal ein Computer beschlagnahmt (eventuell auch wegen ganz anderen Sachen).

Also geht mit Fotos und speziell mit jenen, die ihr ins Netz stellen wollt, verantwortungsvoll um!!! Eine Aktion muss keine Gesichter zeigen, um eine Öffentlichkeit zu erreichen. Eine Party ist nicht weniger cool, wenn sie danach nicht mit Fotos der Lokalität und allen BesucherInnen, mehr oder weniger verpeilt vom Abend, im Netz dokumentiert ist.

Denkt also daran, dass es immer für Euch und auch für andere, deren Bilder im Internet zu sehen sind, unangenehme Konsequenzen haben könnte.

Der Ermittlungsausschuss

Telefon: 0341-2119313 (EA-Nr. bei Aktionen)

Fax: 0341-3013269

Öffnungszeiten: Do. 17:30 - 18:30 Uhr

Bornaische Straße 3d, 04277 Leipzig

EA-Leipzig@gmx.net

Sportlich in den Untergang

Wertkritische Kommunisten Leipzig (WKL)

Dokumentation eines Redebeitrags, gehalten auf der antiolympischen Demonstration am 15. Mai 2004 in Leipzig.

Leipzig dreht am Rad. Nachdem Tausende Menschen '89 für Begrüßungsgeld und Bananen auf die Straße gegangen sind, hat die Leipziger Bürgerbewegung wieder ein neues Betätigungsfeld gefunden: Olympia 2012 in Leipzig. Demonstrationen, Kirchengebete und Sportstudenten die täglich 24 Stunden für Olympia im Kreis rennen - Ein absurdes Ziel erfordert absurde Methoden. Und wir würden nicht in Deutschland leben, wenn sich nicht alle Leipziger hinter der Idee von Olympia sammeln. Die Vision folgen, für den gilt das ohnehin scheinheilige Recht auf demokratische Meinungsäußerung nicht mehr. Dann entfernen Putzgruppen der Stadt deine Plakate, Bürger greifen dich gewalttätig an und Menschenketten formieren sich, um deine Demonstrationen zu verhindern. Wenn sich Massen hinter der Idee von Olympia zusammenschweißen und kritisches Denken zum Untergang verurteilen, dann ist es heute an uns, die Notbremse zu ziehen. Ganz Leipzig befindet sich im Ausnahmezustand, weil die Idee von



Olympia steht über allem und erst recht über dem Einzelnen. Überall wird getönt, dass es jetzt an der Zeit sei, sich für Olympia abzurackern und man von heute an auch Entbehrungen in Kauf nehmen müsse. Und wer sich weigert, diesen Aufruf des kollektiven Wahnsinn zu Olympia wirtschaftlichen Aufschwung mit einschließt. Leipzig soll dank Olympia eine der wenigen marktwirtschaftlich funktionierenden Inseln in der Zusammenbruchsregion Ostdeutschland werden. Arbeitsplätze, Aufschwung und Leipzigs Aufstieg zur Metropole.

Das alles und noch vielmehr soll Olympia besorgen, eine Hoffnung, die dem Warten auf den Messias gleicht. Der einzige Rekord, der hier jedes mal aufs neue gebrochen wird, ist die Zahl der Arbeitslosen. Und das wird sich auch mit Olympia nicht ändern. Denn die Ursache der Arbeitslosigkeit ist die massive Abschaffung von Arbeitsplätzen infolge mikroelektronischer Rationalisierungsmaßnahmen. Die im Zeitalter der Globalisierung erfundenen Technologien haben den Verkauf der Arbeitskraft weitestgehend überflüssig gemacht. Die Aufgaben, die früher Massen von Fließbandarbeitern übernommen haben, erledigen heute computergesteuerte Maschinen präziser, billiger und in viel kürzerer Zeit. Der Kapitalismus gräbt sich sein eigenes Grab, durch das Abschmelzen der Wertsubstanz, der abstrakten Arbeit.

Diese Entwicklung wird sich auch durch Olympia nicht aufhalten lassen, genauso wenig wie sich Arbeitsplätze durch einen Haufen Olympiaverrückter herbeidemonstrieren lassen. Falls Leipzig den Zuschlag für Olympia erhält, dann wird hier nur der Verkauf von Bratwürstchen ein lukrativer Job sein. Mehr aber auch nicht. Die Arbeitsplätze, die der Bau von Sportstätten schafft, werden nach Olympia so überflüssig sein, wie die Sportstätten selbst. Dem Geld, dass aus den Portemonnaies der hunderttausenden Besucher in die

Stadtkassen fließt, stehen gigantische Kosten für den Ausbau der Infrastruktur und Stadien und einer gewaltigen Marketingkampagne entgegen. Das Leipziger Finanzierungskonzept steht an Löchrigkeit dem der Bewerbung Berlins 2000 in nichts nach. Noch eher als die Polizei, wird die zu erwartende Explosion der Wohn- und Lebenshaltungskosten Arbeitsunwillige aus der Stadt treiben. Projekte wie das Conne Island nagen schon jetzt infolge der olympiabedingten Sparmaßnahmen am Hungertuch. Sogenannte „Schandflecke", wie Bettler, Migranten und Drogenkonsumenten werden für ein sauberes Stadtbild aus der Innenstadt vertrieben. Für den Bau von Sportstätten wird auch der letzte grüne Fleck in Leipzig mit Autobahnen, Stadien und anderen Investmentruinen zubetoniert. Doch Bedenken dieser Art kümmern in Leipzig freilich niemanden. In Zeiten der finalen Krise des Kapitals ersetzt der Glaube an Arbeitsplätze das kritische Denken.

Daher lässt sich mit Großprojekten wie Olympia vortrefflich von gesellschaftlichen Widersprüchen ablenken. Sport ist das Opium des Volkes, ließe sich heute in Anlehnung an Karl Marx sagen. Vernebelte damals die Religion das Denken, so tut heute der Sport sein übriges. Für einen Aufschwung, den es nie gab und nie geben wird, sollen sich alle kollektiv abrackern, ein Ruck müsse durch das Land gehen und alle an einem Strang ziehen. Selbst Arbeitslose will die Bundesregierung in Zukunft zur körperlichen Ertüchtigung zwingen. Mit dem Engagement in Sportvereinen soll ständige Leistungsbereitschaft und Disziplin demonstriert werden, damit kein Arbeitsloser faul herumlungert und die Früchte seiner Nichtarbeit genießt. Derart groteske Beschäftigungsmaßnahmen und Kampagnen wie „Sport tut Deutschland gut" sind Ausdruck einer Arbeitsgesellschaft der die Arbeit ausgeht, aber der Leistungswahn bleibt. Dieser Leistungswahn drückt für uns die Unzumutbarkeit der kapitalistischen Verhältnisse aus.

Was im allgemeinen für den Kapitalismus, gilt im besonderen für den Leistungssport. Absolute Leistungsbereitschaft, menschenverachtende Konkurrenz und Rücksichtslosigkeit gegenüber den eigenen Bedürfnissen gehören auch hier zu den Voraussetzungen, um am Wettbewerb teilzunehmen. Wie Hamster im Laufrad müssen sich die SportlerInnen verausgaben, ganz gleich ob sie an den Folgen ihres brutalen Trainings erkranken, oder mit Dopingmitteln ihren Körper zu neuen Höchstleistungen treiben. Dabei spielt es keine Rolle, ob viele LeistungssportlerInnen mit schweren Gesundheitsschäden aus ihrer Karriere scheiden oder manche gar an den Folgen der Überanstrengung sterben. Eine Gesellschaft, der Menschen nur als „Arbeitskraftbehälter" von Nutzen sind, nimmt keine Rücksicht auf die Bedürfnisse des Einzelnen. Nicht die Muße im Spiel steht im Mittelpunkt, sondern die absolute Zurichtung, um den Anforderungen eines konkurrenzorientierten Wettbewerbs zu genügen.

Um permanenten Trieb- und Lustverzicht Einhalt zu gebieten, muss für uns kollektiver Müßiggang auf der Tagesordnung stehen. Unsere Antwort auf den olympischen Gedanken kann nur lauten: rumhängen, saufen und vögeln.

No Olympia - nicht in Leipzig und schon gar nicht anderswo

mit dem castor ueber die berge

laatsch (incipito)

wochenlang stritten sich in der oeffentlichkeit die saechsische und die nordrhein-westfälische landesregierung um den transport von 18 castorbehaeltern aus dem saechsischen rossendorf ins nordrhein-westfaelische ahaus. waehrend man in dresden auf die grandiose idee kam einfach 18 mal mit einem lkw hin und her zu fahren, um den radioaktiven muell los zu werden, zeigten sich die herrschaften in duesseldorf bockig. diese meinten, dass es ja nun wirklich sehr viel einfacher und billiger waere nur einmal die strecke zurueckzulegen und zwar mit dem zug, was in dresden wiederum gekontert wurde, indem auf die fehlenden verlademoeglichkeiten/ schienenanschluss in rossendorf verwiesen wurden. um den diplomatischen weg einzuhalten, entschied man sich in dresden, es mit einem kompromissangebot zu versuchen: nur drei transporte mit jeweils sechs castoren, aber auf der strasse, sprich mit lkw's sollten es werden. auf der gegenseite war man immer noch nicht begeistert und wollte sich auf das angebot nicht einlassen, eine reaktion, die auf saechsischer seite nach incipito-informationen absolut beabsichtigt war. da der saechsischen landesregierung die genehmigung fuer den transport der castoren bereits vorlag und diese genehmigung ausdruecklich den transport auf der strasse einschließt, sitzt sie naemlich am laengeren hebel, was das bockige beharren auf der eigenen position betrifft. doch es ist nicht nur dieser laengere hebel, der in sachsen die vorfreude auf 18(!) transporte wachsen laesst, es geht hierbei auch um ganz handfeste, lokale interessen.

doch um dies klarer zu machen eine kleine geschichte aus dem radsport: wenn sich jedes jahr im sommer etwa 150 radsportler treffen, um drei wochen lang quer durch frankreich zu radeln und sich ueber alpen- oder pyrenaeen-paesse zu quaelen, ist dies nicht nur ein grosses medienereignis, sondern auch ein grosser anziehungspunkt fuer eine unmenge an radsportfans. interessant dabei ist, dass die staedte, die etappenorte der tour de france (so nennt sich das spektakel) werden wollen, eine nicht unbetraechtliche summe an die organisatoren des radrennens ueberweisen muessen, um dann einen tag lang von medialer aufmerksamkeit und verzehr- und schlafwilligen radsportfans und radsportlern samt therapeutischen anhang finanziell zu profitieren. doch neben dem materiellen gewinn ist auch der gewinn fuer das image der betreffenden orte nicht zu unterschaetzen, was durchaus als investition in die zukunft verstanden werden kann (gerade die leipzigerInnen unter den leserInnen sollten das nach der leider gescheiterten bewerbung fuer olympia verstehen).

nun muss es wohl in der hiesigen landesverwaltung eine gewisse anzahl an radsportfans geben, denn wie aus vertraulichen, der incipito vorliegenden unterlagen hervorgeht, sollen die strassentransporte des castors dazu dienen die strukturschwachen gegenden etwas aufzupaeppeln und ihnen nach dem scheitern der bewerbung fuer die olympischen spiele etwas hoffnung auf den aufschwung zu vermitteln. wie sich einem schreiben an die kommunen des landes sachsen entnehmen laesst, wurden diese von der landesregierung aufgefordert bis zum 30.04.04(!) einen antrag zu stellen, wenn sie wollen, dass der castor auch durch ihre staedte/ gemeinden rollen soll. im gegenzug muessen die kommunen – abhaengig von ihrer groesse – zwischen 5000 und 20000 euros fuer die polizeiliche absicherung des transportes aufbringen. Was sich wie ein schlechter scherz anhoert, ist in der praxis ein durchaus taugliches mittel, die gesellschaftliche toleranz gegenueber den transporten zu erhoehen, denn nicht nur, dass polizistInnen etwas zu essen und zu

Veranstaltungshinweis

30. Juni, 19 Uhr, linXXnet, Bornaische Str. 3d, Leipzig

Der deutsche Drang nach Osten
Zur Geschichte, Ideologie und gesellschaftlichen Relevanz der Vertriebenenverbände

Vor dem Hintergrund der EU-Erweiterung werden von Seiten so genannter Vertriebenenverbände revisionistische Entschädigungsforderungen wieder lauter.
In der Veranstaltung werden die Deutsche Volksgruppenpolitik in Osteuropa sowie die Debatten um das vom Bund der Vertriebenen geforderte „Zentrum gegen Vertreibungen" sowie das dazu vermeintlich alternative europäische Netzwerk gegen Vertreibungen kritisch beleuchtet.

Referent: Jörg Kronauer (Köln)

Veranstaltet von: Roter Baum e.V. Leipzig und www.lavka.info (Internetportal für linke Politik in Mittelosteuropa)

trinken brauchen, was sie sich nach langem anstehen beim oertlichen baecker besorgen muessen, auch die gegnerInnen der transporte muessen essen, schlafen und scheißen und werden umso erfreuter sein auf kommunen zu treffen, die sich fuer den (die) großen tag(e) herausgeputzt haben, um ihre protestierenden gaeste gebuehrend zu empfangen. aber auch fuer reisebueros bietet sich die einmalige chance mittels angeboten fuer alternative reisen, touristen aus der ganzen welt nach sachsen zu locken, um hier in landschaftlich reizvoller umgebung ihren umweltpolitischen eingebungen eine oeffentlich wahrnehmbare stimme zu geben.

diese mischung aus finanziellem anreiz fuer die beteiligten staedte und gemeinden samt ihrer einwohnerInnen und den damit verbunden moeglichkeiten fuer den arbeitsmarkt auf der einen seite und dem verbesserten rahmen fuer die protestierenden, die nun von allen beteiligten willkommen geheißen werden und am straßenrand mit sprechchoeren und transparenten dem castor entgegentreten duerfen auf der anderen seite, koennte die akzeptanz fuer die transporte bei den einwohnerInnen der finanziell profitierenden staerken und die militanz der proteste schwaechen.

zu den atomkraftgegenerInnen scheinen die plaene der saechsischen landesregierung auch durchgedrungen zu sein. in nichtoeffentlichen diskussionsforen wird bereits ueber die bessere transportstrecke debattiert. „falls sich die suedstrecke ueber chemnitz, gera, jena, erfurt, und kassel durchsetzen sollte, gaebe es eine ganze menge an bergankuenften bei denen der castor sehr langsam fahren muesste, was wiederum zu einer guenstigeren moeglichkeit fuehren wuerde, unseren protest oeffentlich wahrnehmbar und fuer den buerger nachvollziehbar zu machen.", schreibt beispielsweise ein mensch mit dem pseudonym „aaa". weiter heißt es dort: „falls sich die nordstrecke ueber leipzig, halle, magedeburg und braunschweig durchsetzen sollte, ließen sich hingegen die radikalen atomkraftgegnerInnen in leipzig und berlin besser mobilisieren, was unserem protest ein groeßeres maß an kraft und wut verleihen wuerde." welche strecke sich auch durchsetzen sollte, das konzept der saechsischen landesregierung sei eine neue chance fuer die antiatombewegung, ihre inhalte in die oeffentliche debatte einzubringen, da sind sich die diskutantInnen im worlwide web einig. so gruendete sich auch in leipzig ein anti-atom-plenum, welches offensichtlich auf der grundlage neuer informationen davon ausgeht, dass der transportweg auch



durch leipzig fuehren wird. dies waere allerdings ein erfeulich deutliches zeichen, dass das land sachsen auch nach dem olympia-aus weiter hinter leipzig steht und auch zukuenftig bereit ist, im rahmen der moeglichkeiten großveranstaltungen an die stadt an der pleiße zu vergeben. nicht zuletzt hat das finale der deutschland-tour (ein radsportevent aehnlich der tour de france, nur drei nummern kleiner), welches in leipzig stattfand und bei dem zehntausende menschen an die straßen gestroemt sind, gezeigt, dass die leipzigerInnen in der lage sind, einen wuerdigen rahmen fuer ein derartiges ereignis zu schaffen.

auf nachfrage der redaktion wollte sich der pressesprecher der stadt noch nicht aeussern, ob leipzig als etappenort fuer den castor in frage kommt und wo der transportbehaelter die nacht verbringen soll, bevor er am naechsten morgen eine neue etappe in angriff nimmt. aufgrund der bauarbeiten auf dem markt, wird aber der augustusplatz wahrscheinlich der ort sein, der fuer einen tag im mittelpunkt des bundesweiten interesses steht. „falls wir etappenort werden, werden wir alles tun um den transport abzusichern und ein friedliches spektakel zu bieten", erklaerte dazu der pressesprecher. und auch bei den gegnerInnen sieht man das aehnlich: „zeit also auch in leipzig ein deutliches X zu setzen. werden wir aktiv, stellen wir uns quer!" heisst es beim leipziger anti-atom-plenum, welches sich in vorbereitung des großen tages jeden 2 und 4.dienstag im monat in der libelle (kolonadenstraße 19) trifft.

bleibt abzuwarten, ob die leipzigerInnen diese chance nutzen, sich bundesweit zu praesentieren.

drueckerkolonnenszenekrieg

laatsch (incipito)

„wer kann denn das sein?, wunderte sich oma klaus als der ton der tuerklingel sie beim leeren der einkaufstueten aus der vorfreude auf einen schluck aus der gerade erworbenen nordhaeuser-doppelkornflasche riss. gerade war sie von ihrer lieblingsbeschaeftigung, dem taeglichen einkauf im marktfrisch zurueckgekehrt, um es sich anschließend vor dem heimischen fernseher gemuetlich zu machen und nun musste sie an die tuer, um jemanden abzuwimmeln von dem sie sich nicht vorstellen konnte, wer es sein soll. „vielleicht die muellersche?", fragte sie sich, als sie richtung wohnungstuer schlurfte. „aber die war doch gestern schon hier und eigentlich kommt sie doch nur alle ein, zwei wochen." die vorstellung die naechsten zwei stunden ueber das schlimme bein ihrer nachbarin reden zu muessen, war ihr extrem zuwider.
als sie an die tuer kam, spaehte sie durch den spion. vor der tuer wartete ein junger mann, der die 20 schon eine weile hinter sich hatte, aber noch nicht vom depremierenden einschnitt 30 zu werden aus seiner lebensfreude gerissen wurde. seine sonnengebraeunte haut wirkte auf sie, wie ein stich ins herz. kurz erinnerte sie sich der zwei monate nach ihrem studium als sie hermann kennen gelernt hatte, mit dem sie damals tagelang an den seen in ihrer gegend rumgelegen hatte und ueber nichts nachdenken musste, als ueber die naechste flasche sekt und die kleine brandwunde unterhalb seines bauchnabels, die sie so faszinierend fand. sie seufzte kurz, als sie sich entschied die tuer doch zu oeffnen, nicht etwa weil hermann jetzt schon acht jahre tot war, sondern, weil diese zeit im sommer nur eine episode in ihrem ansonsten trueben beziehungstrott war.
„guten abend frau klaus", schallte es ihr entgegen, kaum dass sie die tuer einen spalt geoeffnet hatte. „ich bin der michael. ich wollte gar nicht lange stoeren, aber ich wollte sie mal fragen, wie sie so zu europa stehen."
oma klaus war etwas verwirrt. sie hatte erwartet, dass der junge mann vor der tuer mit ihr ueber ihr verhaeltnis zu gott reden, einfach nur eine zeitung verkaufen oder in den keller wollte, um an den kasten fuer das kabelfernsehen zu kommen, aber die frage nach europa brachte sie zusehends durcheinander „wie meinen sie das?", fragte sie unsicher zurueck, um ein wenig zeit zu gewinnen, waehrend sie sich auf ihre gemuetliche couch zu ihrem nordhaeuser doppelkorn wuenschte. „keine angst," antwortete der junge mann, dem die unsicherheit der frau an der tuer nicht entgangen war „ich bin von keiner partei und sie sollen mir auch nicht versprechen jemand bestimmtes waehlen zu gehen. ich bin vertreter einer gruppe junger menschen, die aus leipzig und besonders hier aus dem sueden der stadt kommen und die in ihrer freizeit ueber unsere gesellschaft diskutieren. und wir moechten gerne in kontakt mit den normalen menschen treten, um herauszufinden, was sie denken. vielleicht haben sie ja ein paar minuten zeit?"
oma klaus war immer noch verwirrt. warum wollte dieser junge mann ausgerechnet von ihr wissen, was sie von europa hielt. sicher hatte sie sich auch gelegentlich ueber den euro beschwert und nicht verstanden, warum jetzt so viele neue laender auch zu europa gehoeren sollten, aber seitdem hermann tot war, der immer ueber die neuesten politischen entwicklungen geschimpft hatte und glaubte, dass die da oben das land an die buerokraten in bruessel verkaufen wuerden, war ihr interesse an der großen welt da draußen praktisch erloschen.
„wissen sie, ich kann ihnen dazu gar nichts sagen. ich bin ja nur eine alte frau mit einer bescheidenen rente in einer kleinen wohnung und was die politiker machen, das verstehe ich ja alles nicht mehr so richtig." sie versuchte ihren rueckzug zu organisieren, weil sie wusste, wie schlecht sie nein sagen konnte.
„das macht gar nichts", konterte der junge mann, dessen namen sie schon wieder vergessen hatte. „es geht mir ja genau um ihre eigene meinung. wie es ihnen gerade so geht und welche gedanken sie mit der neuen europaeischen gemeinschaft verbinden und was sie von der situation in der welt halten; ich meine den irakkrieg und so. wie gesagt, ich bin von keiner partei und sie sollen auch nichts unterschreiben oder so." der junge mann setzte ein gewinnendes laecheln auf. oma klaus dachte kurz an ihre nachbarin, die muellersche und daran, dass diese bestimmt gerade an der tuer lauschen wuerde. „na gut, kommen sie rein. aber nicht so lange, ich erwarte gleich meinen sohn.", sagte sie einen moment spaeter. dass sie gar keinen sohn hatte, konnte michael ja nicht wissen, aber es erschien ihr sicherer, falls er doch nicht so freundlich sein sollte, wie er sich gab.
„wie war gleich noch mal ihr name?", fragte oma klaus als sie ins wohnzimmer traten. „michael.", antwortete der junge mann, als er das riesige stillleben ueber der couch musterte. „ein familienerbstueck.", sagte oma klaus, die die blicke des jungen manns bemerkte. „schoen.", log michael, ohne dass oma klaus dies weiter beachtete. „so etwas sieht man heutzutage nur noch selten.", fuegte er hinzu, weil ihm nichts besseres einfiel. „das stimmt.", meinte oma klaus, die immer noch nicht recht zugehoert hatte, weil sie ueber die moeglichkeit nachdachte, etwas von ihrem nordhaeuser doppelkorn zu probieren. „moechten sie etwas trinken? einen kleinen schnaps vielleicht?" „ich will ihnen gar keine umstaende machen. wenn sie etwas trinken, wuerde ich davon kosten." oma klaus war sich etwas unsicher. „ich wollte mir gerade einen korn genehmigen.", brachte sie schließlich doch hervor. „das ist ok fuer mich.", kam es zurueck und die anspannung wich aus ihr.
nachdem sie zwei glaeser gefuellt hatte, prosteten sie sich zu und tran-

ken in einem zug aus. „das tat gut.", sagte michael. „ich bin heute schon den ganzen tag auf den beinen. zuerst war ich arbeiten und jetzt versuche ich noch mit meiner nachbarschaft ins gespraech zu kommen.", log er wieder, obwohl er gar nicht arbeitete, da er die zwanghaftigkeit dieser taetigkeit nicht ausstehen konnte.

nachdem er ihr ueber die erfundene arbeit bei den leipziger verkehrsbetrieben erzaehlt hatte und sich wie immer anhoeren musste, dass ja die preise fuer eine fahrt viel zu hoch seien, kam er zu seinem anliegen zurueck. „wir diskutieren in unserer gruppe viel ueber europa und wir wuerden gerne wissen, wie das die menschen um uns herum sehen. haben sie angst vor europa?" „wissen sie junger mann," oma klaus wirkte jetzt wieder sehr angespannt, „ich habe schon viel gesehen in meinem leben und nach allem, was ich mitgemacht habe, denke ich, dass es gar keine rolle spielt, was die da oben machen. wir kleinen leute muessen immer selbst sehen, wie wir durchs leben kommen." michael nickte in der zwischenzeit angespannt, um zu signalisieren, dass er aufmerksam zuhoerte. „aber," fuhr oma klaus fort „wenn sie mich fragen, so richtig gut finde ich das mit europa nicht. ich meine, die streiten sich doch nur und zum schluss kommt nichts bei raus. das gab es frueher bei uns nicht. ich meine, es war nicht alles gut, was entschieden wurde, aber wenigstens wurde nicht so viel um den heißen brei geredet und zum schluss wusste jeder, was entschieden wurde und dann war es halt so." michael nickte immer noch und dachte darueber nach, wie er darauf reagieren sollte. „unsere gruppe ist auch nicht fuer europa." sagte er schließlich. „wir versuchen auch diesem europa ein wenig an gegenwehr entgegenzusetzen. wir machen da so diskussionsveranstaltungen und manchmal auch eine demonstration, um zu zeigen, dass nicht alle mit diesem europa zufrieden sind." oma klaus fuellte noch mal die glaeser nach und entspannte sich wieder ein wenig. „das finde ich ja interessant. und ich dachte immer, die jungen leute heute interessieren sich fuer nichts mehr, sondern beschmieren nur noch haeuserwaende.", erwiderte sie. sie schaute interessiert auf ihren gespraechspartner. „sieht doch eigentlich ganz sympathisch aus.", dachte sie, waehrend sie das zweite glas korn leerte.

„wissen sie frau klaus," setzte michael wieder an, „wir brauchen menschen wie sie, die sich gedanken machen und nicht alles glauben, was im fernsehen kommt." oma klaus, die durch den korn etwas geloester wirkte, versuchte ein laecheln zu unterdruecken. „das ist aber nett.", sagte sie schließlich, „aber wie koennte ich ihnen denn helfen? ich bin doch viel zu alt fuer so was."

„nun ja," begann michael, „wie sie sich vielleicht denken koennen, kostet es geld, veranstaltungen zu organisieren und ab und zu ein flugblatt zu drucken, mit dem wir die menschen ueber europa aufklaeren wollen. sie koennen uns unterstuetzen, indem sie foerdermitglied bei unserer gruppe werden. das kostet normal nur zehn euro im monat, fuer sie als rentnerin aber gar nur sieben."

oma klaus ueberlegte. dieser junge mann imponierte ihr. seine art des auftretens gab ihr das gefuehl, dass diese jungen menschen noch etwas erreichen koennten. „gut," sagte sie, als sie noch ein glas korn nachschenke, „ich denke sieben euro fuer eine gute sache kann ich verkraften."

„sie verpflichten sich damit auch zu gar nichts", beeilte sich michael zu sagen, der die leisen zweifel in oma klaus' stimme sofort zerstreuen wollte. „ich weiss.", kam als antwort, obwohl oma klaus genau das nicht wusste. michael holte in aller ruhe ein formular aus seiner tasche und nachdem oma klaus das papier ausgefuellt hatte, prosteten sie sich noch mal zu und leerten ein letztes mal ihre glaeser. michael hatte es jetzt sehr eilig. „ich muss los, ich habe noch ein treffen heute und ihr sohn kommt ja auch gleich.", erklaerte er als er sich erhob und aus dem wohnzimmer strebte. „richtig, das stimmt.", stotterte oma klaus, der die kleine luege inzwischen peinlich war. „kommen sie doch mal wieder vorbei und erzaehlen sie mir mehr von ihrer gruppe.", rief sie michael im treppenhaus hinterher. „mach ich bestimmt.", ertoente dessen stimme aus dem stockwerk unter ihr.

am abend

„oh mann, das war heute wieder echt hart.", stoehnte michael, als er abends mit seiner gruppe, dem buendnis gegen die realitaet (bgr) zusammenkam. „da hat mich so 'ne oma mit ihrem europaunsinn zugequatscht. ich habe lieber nicht nachgefragt, sonst haette sie mir noch was ueber die schlimme usa und das monster bush erzaehlt. aber wenigstens gab es was zu trinken. und außerdem habe ich sie als foerderin fuer unsere gruppe geworben. das waere dann schon die fuenfte diese woche, die ich bequatscht habe. das ist doch gar nicht so schlecht."

„das stimmt", gab klara zurueck, „das macht zusammen mit den anderen zwoelf neue diese woche plus ein richtiges mitglied." sie wies in die richtung eines unauffaelligen mannes in der ecke. „insgesamt haben wir also 67 foerdermitglieder und 17 regulaere mitglieder. das kann sich schon sehen lassen. aber wir duerfen jetzt nicht nachlassen. organisierung ist alles."

in der zwischenzeit bei der incipito

eine handvoll menschen quetschte sich in den schlecht beleuchteten redaktionskellerraum, in dem die konspirativen redaktionstreffen fuer gewoehnlich stattfanden.

„was macht eigentlich das bgr gerade?", fragte eine unbedarfte stimme aus dem nicht ausgeleuchteten hintergrund, als das gespraech bei politischem klatsch und tratsch angekommen war.

„irgendwas mit europa.", antwortete ein wertkritischer vertreter der redaktion mit dem versuch einer sarkastischen anspielung.

„ich habe gehoert", reagierte der zustaendige fuer szeneinfos, „dass ein großer teil der antira gruppe jetzt beim bgr mitmacht."

„das ist ja auch nicht verwunderlich." ein redakteur mit hang zum klassenkampf kratzte sich in aller ruhe am kopf. „die sind ja auch so unglaublich gut organisiert."

fuer einen moment nickte die redaktion im takt, da alle um die mittel des bgr und um die eigene unglaubliche desorganisiertheit wussten.

„wie sieht es eigentlich mit unseren schulden aus?", unterbrach die reale stimme des chefredakteurs die einigende stille...

Diese Wüsten-Sonne!

Angela Merkel

Botswana-Bohlen

Ghana-Gottschalk

Sonnen-Kanzler

Werden wir alle Afrikaner?

Dienstag, 12. August 2003, 0,50 €

Bild

Jahrhundert-Sommer, Tag 30. Auch heute werden es wieder 40 Grad bei uns. Macht uns die Wüsten-Sonne jetzt alle zu Afrikanern? Hat Dieter Bohlen bald Rasta-Locken? Wird der Kanzler schick wie Nelson Mandela und Angela Merkel braun wie eine Schokokugel? Was Klima-Forscher sagen – Seite 9.

SUPER-BINGO

Verkaufsstellen

AJZ Döbeln • B12 • Buchladen König Kurt (Dresden) • Conne Island • Connstanze • Culton • el libro • Giesserstr. 16 • Infoladen • Libelle • LiWi • Mellory • Mrs. Hippie • Plaque • Reilstr. 77 (Halle) • Shahia • Similde • Uni-Imbiss • Weltladen Stockartstrasse • Zeitungsladen am Augustusplatz



incipito
Bornaische Str. 3d
04277 Leipzig



www.left-action.de/incipito
incipito-kontakt@left-action.de